

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

des

3. Bundesparteitage

der

ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

Abgehalten vom 2. bis 4. März 1951 in Salzburg, Stieglbrunn.

1. Tag:

Arbeitsgemeinschaft
der
PARLAMENTSSTENOGRAPHEN
Wien I., Parlament
Tel. A 19 500

Karl v. Vogelsang Institut
Tivoligasse 73
1120 Wien

I N H A L T .

1. Tag 1951

Seite

1. Eröffnung und Begrüssung durch den Bundesparteiobmann, > Bundeskanzler HR.h.c.Ing. Leopold F i g l	1
Landeshauptmann Dr. K l a u s	6
Ansprache der ausländischen Gäste:	
Minister Jakob K a i s e r	12
Abgeordneter n.deutschen Bundestag J. S t r a u s	20
Nationalrat Dr. R o h r	26
Generalsekretär L e h n e n	32
Oberbürgermeister Dr. A l b e r i n g	51
2. Wahlen	
a) des Tagungspräsidiums	36
b) der 3 Schriftprüfer	41
3. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung für den 3. Bundesparteitag	37
Dr. H. Mara	37
HR Dengler	37 u. 39
HR Dr. Strachwitz	40
HR Dr. Gschnitzer	40
Annahme der Geschäftsordnung	41
4. Bestätigung über die Zusammensetzung der Ausschüsse und Kommissionen.....	41
a) Wahlkommission	42
b) Antragsprüfungskommission	43
c) Mandatsprüfungskommission	44
d) Politischer Ausschuss	45
e) Volkswirtschaftlicher Ausschuss	46
f) Gemeindepolitischer Ausschuss	47
g) Organisationsausschuss	48
5. Bericht des Bundesparteiobmannes, Bundeskanzler HR.h.c.Ing. Leopold F i g l	56
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission Ref. Dr. J u n g	77
7. Bekanntgabe der eingebrachten Anträge und deren Zuweisung an die Ausschüsse Ref. HR.Dr. S c h e f f	106
8. Bericht des Generalsekretärs Bundesminister Dr. Felix H u r d e s	80
Erklärung d.HR Dr. Ü b e l h ö r	105

2.Tag 1951

V o r m i t t a g .

1. Eröffnung durch Landeshauptmann Dr.Klaus.....	109
2. a) Anträge zur Abänderung des Bundespartei- organisationsstatutes	
Ref. Bundesrat Weinmayer	109
Vizebürgermeister Min.a.D.Weinberger ..	114
b) Wahlvorschläge des Politischen Ausschusses	
Ref.Nationalrat Frisch	117
c) Wahlen (Abgabe der Stimmzettel bei den Wahlkommissionen)	119
d) Berichte und Anträge der Ausschüsse; Wechselrede	
<u>Organisationsausschuss</u>	
Ref.Bundesrat Weinmayer.....	121,133,136,137
Jochberger	133
Vizebürgermeister Weinberger	134
Zotter	135
Dr. Kraft	137
<u>Gemeindepolitischer Ausschuss</u>	
Ref. Landesrat Lugger	144
Landesrat Waltner	153
e) Bericht der Finanzprüfer	
Ref. Präsident Krammer	140
Entlastung des Finanzreferenten	144

N a c h m i t t a g .

3. Bericht der Wahlkommission	
Min.a.d.Dipl.-Ing. Raab	154
Bundeskanzler Dr.Ing. Figl	160
4. Fortsetzung der Berichte und Anträge der Aus- schüsse; Wechselrede.	
<u>Volkswirtschaftlicher Ausschuss.</u>	
Ref.Min ² D.Dr.Fleischacker	167,181,183,186,187
Landtagsabg. Lifka	173
NR. Grete Rehor.....	179,182,183,185
<u>Organisationsausschuss.(Ergänzung)</u>	
Ref. NR. Griessner	191
Präs. Krammer	192
<u>Politischer Ausschuss.</u>	
Ref. NR. Dr.Toncic	192,204
NR. Brunner	199
Weinkauff	203

Beginn des Bundesparteitages: 14 Uhr 30 Minuten.

Bundesparteivorsitzender Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. F i s c h e r

Hoher Bundesparteitag! Die Österreichische Volkspartei ist heute hier in Salzburg zusammengetreten, um ihren Delegierten zu diesem Bundesparteitag über die letzten zwei Jahre und über den Weg für die nächste Zeit Rechenschaft zu geben.

Bevor ich aber in diese Tagesordnung eingehe, glaube ich einen Akt der Pflicht erfüllen zu müssen. (Die Delegierten erheben sich.) Wir wollen all der Frauen und Männer unserer Partei gedenken, die seit dem letzten Bundesparteitag nicht mehr unter uns weilten: Parteifreunde von Altministern, Landeshauptleuten, Landesräten, Hauptreferenten der Partei, Bundesparteileitungsmitgliedern, Bezirks-, Gemeinde- und Ortsfunktionären. Keine Namen will ich nennen, weil es Art der Österreichischen Volkspartei ist, dass nicht die Funktion, sondern der Wille, die Arbeit entscheidet. Daher wollen wir heute in Dankbarkeit dieser verdienstvollen Männer und Frauen gedenken, die für unsere Idee gearbeitet haben, und ihnen hindürrufen: So wie Ihr der Partei und Österreich die Treue gehalten habt, so wollen wir arbeiten und die Treue halten unserer Partei und mit der Partei unserem Vaterlande und in Österreich mithelfen, der Welt den Frieden und die Freiheit zu sichern. Wir neigen uns in Ehrfurcht vor unseren toten Freunden.

Sie haben sich, meine Damen und Herren, zum Zeichen der Anteilnahme von den Sitzen erhoben. Ich darf diese Trauerkundgebung dem Protokoll der heutigen Sitzung einverleiben. (Die Delegierten nehmen wieder ihre Plätze ein.)

Hoher Bundesparteitag! Zwei Jahre sind es her, dass wir den letzten Bundesparteitag abgehalten haben. Zum erstenmal haben wir heuer den Bundesparteitag von der Hauptstadt Wien in eine Landeshauptstadt verlegt, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass die Österreichische Volkspartei bei ihrer Gesamteinstellung zum Staate aber auch den Föderalismus, der die Eigenständigkeit der Länder respektiert und anerkennt, ja sie sogar noch dadurch verstärken und bekräftigen will, dass wir heute den Bundesparteitag in unserer schönen Stadt an der Salzach, in Salzburg abhalten.

Partei

Ich darf Euch, liebe/Freunde, aus allen Bundesländern, vom Bodensee bis zum Neusiedlersee, von der Thaya bis zu den Karawanken herzlich begrüßen und Euch danken für Euer Bekenntnis, dass Ihr die weite Reise und manche Umwege nicht gescheut habt, um zu bekennen: Wir sind Arbeiter an Werke für unser Vaterland!

Ich glaube in Eurem Sinne, liebe Parteifreunde, zu sprechen, wenn ich sage: Wir sind sehr stolz, dass wir so viele Gäste aus dem Auslande begrüßen dürfen, Gäste, die in ihren Heimatländern genau so wie wir denselben Idealen der abendländischen Kultur nachgehen und daran arbeiten, die Freiheit und den Frieden für ihre Völker zu erhalten und zu sichern, und dass wir die Abordnungen der Bruderparteien, der christlich-demokratischen Parteien, aus dem übrigen Europa auf unserem Parteitag heute herzlich begrüßen. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf namentlich begrüßen den Herrn Bundesminister der Westdeutschen Republik, Herrn Minister Jakob Kaiser.

Ich darf herzlich begrüßen den Unterrichtsminister des den Salzburger so nahegelegenen Nachbarlandes Bayern, Herrn Minister Dr. Josef Schwalber, mit seinen Parteifreunden, dem Bundestagsabgeordneten von Bonn Franz Josef Strauss und dem stellvertretenden Generalsekretär der CSU Bayerns, Herrn Dr. Brunner.

Wir freuen uns herzlich, unser Nachbarland Schweiz mit ihrem Nationalrat Dr. Max Rohr und dem Chefredakteur Dr. Dollinger in unserer Mitte auf das herzlichste begrüßen zu dürfen.

Unser herzlicher Gruss gilt auch den Vertretern des Saarlandes, dem Herrn Präsidenten der Saarländischen Christlichen Partei Emil Lehnen sowie seinen Mitarbeitern, dem Herrn Oberregierungsrat und Chef der Präsidialkanzlei des Staatsamtes Schlehofer und Herrn Erbsenrat Schneider.

Ich darf ferner herzlich grüssen den Vertreter der MRP Frankreichs,
Capitän Bandet.

(Die Versammelten spenden bei jeder Namensnennung herzlichen Beifall.)

Freunde aus Italien, aus Belgien, aus Holland werden im Laufe
der Tagung noch in Salzburg erscheinen. Die Vertreter der konservativen
Partei Englands, der Unterhausabgeordnete Hollis und das Mitglied des
House of Lords Earl of Selkirk werden morgen in Salzburg erscheinen,
um ihre Anteilnahme und ihre Zusammengehörigkeit mit der Österreichischen
Volkspartei zu dokumentieren. (Erneuter Beifall.)

Viele Freunde wären gern gekommen, darunter auch Altministerpräsident Bidault, der aber gestern mit der Regierungsbildung Frankreichs beauftragt wurde, so dass er nun nicht kommen kann. Anthony Eden hat ein Entschuldigungskabel geschickt, dass er in letzter Minute nicht abkommen kann, Bundeskanzler Adenauer hat sich ebenfalls in letzter Minute entschuldigt wie Ministerpräsident Erhard von Bayern und auch viele Freunde aus Italien usw., weil in all den Ländern eben die verantwortlichen Männer, die sich mit uns verbunden fühlen, auch so viel Verantwortung zu tragen haben, dass der Herzenswunsch nicht immer realisiert werden kann.

In diesem Sinne darf ich Sie alle, meine Freunde aus dem Ausland, herzlich grüssen. Wollen Sie die zwei, drei Tage in Salzburg, in Österreich gut verbringen, wollen Sie mit meinen Parteifreunden Gedankenaustausch pflegen, wollen Sie daraus erkennen und verstehen, welchen Kampf diese Österreich um seine Selbständigkeit führt, wollen Sie daraus verstehen dass es nicht Egoismus sondern Altruismus ist, was Österreich veranlasst den Kampf zu führen für die Freiheit und den Frieden Europas. (Beifall.)

Die Freunde aus Österreich, die hohe Regierungsfunktionen eingenommen hatten und die heute als altherwährte Freunde in unserer Mitte sitzen, sich verbunden fühlend, glaube ich, darf ich in diesem Sinne herzlich begrüßen, ohne Namen zu nennen, weil wir eine Familie, eine Gemeinschaft von bekennnistreuen Österreichern sind, ganz gleich, ob wir gewesene oder aktive Regierungsmitglieder sind, ob wir heute oben stehen oder eine kleine Funktion als Österreicher zu erfüllen haben. Denn ich weiss dass all die Freunde heute in ihren Ortsgruppen und Gemeinden, in ihrer Bezirken und Ländern wertvollste Mitarbeit leisten. So seien auch diese Freunde herzlichst als österreichische Freunde besonders begrüßt. (Bei

Zwei Namen darf ich aber nennen, von Männern, die heute am Parteitag nicht teilnehmen könnten, das ist unser Altpresident, unser Hektor, der Präsident des Nationalrates, Leopold Kunschak (lebhafter Beifall), der durch meinen Mund Ihnen, liebe Parteifreunde, seinen herzlichsten Gruss entbietet und Ihnen nur den einen Spruch mitgibt: Bleibet an der Arbeit und kämpft weiter für Österreichs Wohlergehen! (Beifall.)

Ein zweiter Gruss, den ich Ihnen wortwörtlich verlese, ist von unserem Organisationsreferenten, unserem Staatssekretär Graf, der heute nicht in unserer Mitte weilen kann. Er ist krank, muss sich für die nächsten Wochen zu dem schweren Gang unter das chirurgische Messer vorbereiten. Er sandte einen Brief und bittet die Parteifreunde, folgende Botschaft zur Kenntnis zu nehmen: "Behalten Sie bei Beurteilung der getanen Arbeit und der Planung für das Komende den klaren Blick, der ehrliche Arbeit neidlos anerkennt und verstörend die Kritik mitvoll verurteilt. Was unsere Österreichische Volkspartei seit 1945 an Positiven für Österreich und die freie Welt getan, ist so gewaltig, dass der fehl am Platze ist, der als Funktionär der Partei nicht den Mut aufbringt, sich auch vor dem Negative bekannt zu machen. In Zeiten der Bewährung und der Gefahr braucht unsere Partei ganze und nicht halbe Bekanner. Möge der dritte Bundesparteitag zum Parteitag des Bekennens und der Treue zu Österreich und unserer Volkspartei werden." (Beifall.)

Ich glaube, liebe Parteifreunde, Sie sind mit mir einverstanden, wenn wir unseren kranken Freunden, die heute an diesem Bundespartei-tag nicht teilnehmen können - Staatssekretär Graf, Landeshauptmann Karall vom Burgenland, dem Bürgermeister von Innsbruck Dr. Helzer und dem Stadt^{rat} von Wien Hkfm. Dr. Robetschek - ein Begrüssungstelegramm und ein Telegramm des Wunsches auf baldige Genesung, damit sie wieder mit voller Kraft an unserer Parteiarbeit teilnehmen können, übersende. (Beifall.)

Damit, meine verehrten Damen und Herren, darf ich in der Tagesordnung weiterschreiten. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann von Salzburg. (Lebhafter Beifall.)

Landeshauptmann Dr. K l a u s (Salzburg): Hoher Parteitag !

Als Landeshauptmann von Salzburg gebe ich meiner Freude Ausdruck, dass der Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei diesmal in der Festspielstadt und in der wohl als Herznitte Österreichs zu bezeichnenden Bundesland Salzburg stattfindet.

Ich darf daher hier ehrenvollen Gastgeberpflichten Genüge leisten und in unserer Mitte dem Herrn Bundeskanzler und Bundesparteiobmann, der zugleich daneben die hohen Funktionen des Staatsoberhauptes bekleidet, herzlich begrüßen. (Starker Beifall.) Mit ihm begrüße ich unsere Minister in der Bundesregierung, die Landeshauptleute, die Landesparteioberhäupter, das Bundesparteipräsidium und nicht zuletzt unsere Ehren Gäste, besonders die Gäste der befreundeten Parteien aus dem Auslande.

Lasst uns, liebe Freunde, nicht sagen, dieser Bundesparteitag finde in einem westlichen Bundesland statt, sondern lasst uns betonen, dieser Bundesparteitag findet mitten in Österreich statt (Beifall), mitten in unseren gemeinsamen Alltagsorgen und Aufgaben, an denen Ost und West gleichen Anteil und gleiche Verantwortung tragen. Es gibt für uns nur ein Österreich. In Bewusstsein der Österreichischen Volkspartei und aller patriotisch denkenden Österreicher gibt es keine Einzelnie. (Beifall.) Wir stehen zu unseren Brüdern in Wien, Niederösterreich und in Burgenland in Freud und Leid, in Not und Gefahr! Der Föderalismus, die alten angestammten Gerechtsame der Länder sind uns heilig, noch hehrer aber strahlt über uns das gemeinsame Vaterland, und niemals soll ein unfruchtbarer oder gar gefährlicher Separatismus unsere Kräfte schwächen. (Erneuter Beifall.)

Unser Bundesparteitag hat "Österreich und Recht und Freiheit" auf seine Fahnen geschrieben: Österreich zuerst! Seine Einheit, Integrität, seinen Wiederaufbau, seine europäische Aufgabe. Recht und Freiheit aber auch für die kleinen Gemeinschaften und für den kleinen Mann, Recht und Freiheit für alle, die heimgeliebt sind aus politischen Irrwegen, aus Krieg und Gefangenschaft, oder vertrieben aus den Stellungen des Altösterreichs.

Recht und Freiheit, diese hohen Menschheitsgüter, ohne die das Leben nicht lebenswert wäre, gründen sich nicht allein auf theoretischen und historischen Ansprüchen; sie werden vielmehr befestigt und gerechtfertigt durch unsere tägliche Bewährung, durch eine realistische Gegenwartspolitik, durch den Fleiss und Schwiss unserer Hände, denn "nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobert muss". Deshalb wird dieser Bundesparteitag nicht vorbeireden an den Alltagsorgen unseres Volkes, an der Wohnungsnot, an dem oft unzulänglichen Lebensstandard, an den Forderungen nach vermehrter Beschäftigung und Produktivität, an den Hoffnungen der Jugend. Gerade das schlichte Volk erwartet ja, von der Volkspartei zu erfahren, woran es bei den grundlegenden Fragen unserer Staats-, Wirtschafts- und Sozialordnung ist. Die Österreichische Volkspartei lässt sich die Führung und die Initiative in den Fragen der Wirtschaft, der Kultur- und Sozialordnung nicht aus der Hand nehmen!

Möge dieser Bundesparteitag unseren Wählern und Freunden, aber auch unseren Gegnern und Kritikern die Überzeugung bringen, dass sich die Österreichische Volkspartei einig ist im Willen und fest brennt im Können, für Österreich die einzig wahren Grundlagen von Recht und Freiheit

zu schaffen; sie liegen in der weiteren Steigerung unseres Wirtschaftspotentials und in der gerechten Verteilung des Ertrages, in der Überwindung vielfach überholter politischer, weltanschaulicher und gesellschaftlicher Gegensätze, in der praktisch erwiesenen Bekundung unserer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit und unseres staatlichen Lebenswillens.

Mögen Sie, Hoher Bundesparteitag, die Teilnehmer und Gäste aus nah und fern sich in unseren Mauern wohl fühlen, und möge das stets vereinende und ausstrahlende Wesen Salzburgs diesem Bundesparteitag mit seine Frögnung verleihen. (Starker Beifall.)

Vors. Bundeskanzler Dr. Ing. F i s c h e r : Ich danke namens unseres Parteitagos dem Landeshauptmann von Salzburg für seine freundlichen Worte der Begrüßung. Wir wissen, was Salzburg ist. Wir ^{hoffen} ~~wollen~~ - ja wir brauchen nicht zu hoffen, wir sind überzeugt: Salzburg bleibt auch weiterhin die Metropole der österreichischen Kunst und österreichischer Gestaltung und Anziehungspunkt für die ganze Welt.

Ich darf nun zur Freude der Delegierten den Herrn Bundesminister Jakob Kaiser bitten, das Wort zu nehmen.

Minister Jakob K a i s e r (mit lebhaftem Beifall begrüsst):

Meine österreichischen Freunde, seien Sie bitte damit einverstanden, dass ich diese und nur diese eine Anrede vor Euch gebrauche. Wer mich kennt, weiss, wie sehr ich diesem Lande, Eurem Österreich, und seinen Menschen von jeher zutiefst verbunden war und verbunden bin. (Lebhafter Beifall.) Ich stehe hier gewiss auch als Mitglied des ersten Kabinetts der Deutschen Bundesrepublik, die in schwerem Ringen um die Erneuerung, um den Wiederaufbau unseres Landes steht. In dieser Eigenschaft, meine Freunde, bringe ich Euch die Grüsse und Wünsche des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer. (Starker Beifall.) Er hat mir noch gestern abend kurz vor meiner Abfahrt von Bonn gesagt, wie unsagbar gerne er nach Salzburg gekommen wäre.

Mehr noch stehe ich hier als der Vertreter einer Partei, die aus gleichem Geist und mit den gleichen Zielen der Wiederaufrichtung des deutschen Volkes dient. In dem gleichen Sinne, wie Ihre Partei, wie die Österreichische Volkspartei, der Erneuerung, der Wiederaufrichtung Österreichs dient.

Die christlichen Demokraten Deutschlands grüssen durch mich die christlichen Demokraten Österreichs. (Beifall.) Man hat mir den aufrichtigen, den dringenden Wunsch mit auf den Weg gegeben: Beide Parteien möchten Sorge tragen, dass unsere beiden Länner und ihre Menschen stets der Freundschaft und Kameradschaft eingedenk sind, die Kinder eines Blutes miteinander zu verbinden pflegt. (Beifall.) Wir alle haben den Wunsch, dass doch bald die Zeit kommen möge, in der diese beiden Parteien wieder ungehindert und ungehemmt zu fruchtbarem Austausch miteinander kommen, zum Besten unserer beiden Völker, zum Besten der europäischen Völkerfamilie.

Ich will Ihnen aber nicht nur in amtlicher und parteiamtlicher Eigenschaft begegnen. Ich will Sie nicht nur amtlich und parteiamtlich grüssen, sondern ich will Sie grüssen als der Mann Jakob Kaiser, der sich einfach schicksalhaft mit diesem Lande Österreich verbunden weiss. (Beifall.)

Meine Freunde! Grosse Tote Eures Landes sind auch meine Toten. Ich erinnere mir an den ernsten, verantwortungsbewussten Bundeskanzler Ignaz Seipel, dessen Staatskunst ich oft bewundern konnte. Ich denke Engelbert Dollfuß (stürmischer Beifall), der in grausamer Weise mitten aus seiner Schaffenskraft herawegerissen wurde. Ich bin diesem Tapferen zuletzt im Jahre 1932 in Essen an der Ruhr, der Stadt, die mein Wahlkreis für den Bundestag ist, begegnet. Ich erinnere an Mathias Allinger, den Generalsekretär der früheren christlichen Gewerkschaften Österreichs. (Beifall.) Er war mir, dem Manne der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, in engster Freundschaft verbunden. In den unruhigen Tagen des Wien vom Juli 1927 haben wir ihn von der Votivkirche aus zu Grabe getragen.

Ich erinnere an den letzten Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes vor Hitler. An meinen unvergesslichen Freund Johann Staud. (Beifall.) 1938 schleppte ihn die SS nach Dachau und von dort nach Flossenbürg. Während ich selbst in Düsseldorf im Gefängnis der Gestapo sass, haben meine engeren Freunde alles versucht, Johann Staud aus dem Lager zu befreien. Als sie sich dem Ziele nahe glaubten, traf die Nachricht ein, dass er in Flossenbürg den Tod gefunden habe. Es war das, meine Freunde, in der gleichen Zeit, in der die Angehörigen Ihres jetzigen verehrten Bundeskanzlers

Leopold Figl versuchten, ihn aus den Händen der Gestapo zu befreien. Auch er sass ja hinter Stacheldraht.

Ich brauche in dieser Stunde der Begegnung vor Euch auch nicht zu verhehlen, dass ich mich während der Hitlerzeit in enger Fühlung mit Männern befand, die heute in Ihrem Lande Verantwortungen tragen. Wir waren uns einig, dass das Hitler-system Unheil für Euch, für uns, Unheil für die ganze Welt bedeutete. Die Zahl der Toten nicht nur in unseren Ländern sondern in vielen Ländern der Welt, die Heimatvertriebenen, die DP's, das Schicksal unserer beiden Länder selbst haben uns leider nur zu sehr recht gegeben. Wir, das heisst die Männer wie die Generale Beck und von Hammerstein - dessen Sohn Ludwig mich zu Euch hierher nach Salzburg begleitet hat -, Männer wie Carl-Friedrich Goerdeler und der Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner, mit denen ich in all den Hitlerjahren in enger Zusammenarbeit und Freundschaft stand, haben versucht, dieses furchtbare Schicksal abzuwenden. Sie wissen, dass zahlreiche, dass fast alle meine engeren politischen Freunde aus jener Zeit diesen Versuch der Rettung unserer beiden Länder mit dem Tode durch den Strang bezahlt haben. Ich selbst - es ist Euch bekannt - konnte mich wie durch ein Wunder vor dem Tode retten.

Sie wissen aber auch, dass mancher meiner Freunde in Österreich nach dem 20. Juli 1944 für diesen Versuch mit den Qualen der Zuchthäuser und Konzentrationslager zahlen musste. Ich denke dabei an den Landeshauptmann dieses Landes, des Landes Salzburg, Dr. Franz Rehrl und an manche andere, deren Namen ich nicht alle nennen brauche. Ich denke auch an Heinrich Gleissner, der nach dem

20. Juli ebenfalls nur wie durch ein Wunder von den Fängen der Gestapo verschont blieb. Vorher hatte er aber ihre Konzentrationslager zur Genüge kennengelernt. Und ich denke nicht zuletzt, ich denke in besonderer Dankbarkeit an meine beiden Freunde Felix Hurdiss und Lois Weinberger. (Beifall.) Sie sind als verantwortliche Männer heute hier unter Ihnen. Ich danke diesen beiden hier noch einmal für ihre Aufrechtheit und für ihre Tapferkeit. Sie haben ja auch für mich manche Qual zu tragen gehabt.

Es sind das, meine Freunde, nur einige Beispiele für meine schicksalhafte Verbundenheit mit diesem Lande Österreich. Diese Verbundenheit, von der ich zu sprechen suche, ist nicht nur aus gleichem Blut, aus gleichen weltanschaulichen, politischen und sozialen Zielen erwachsen, sie kommt nicht nur aus der Liebe und Bewunderung für die österreichische Tradition und Kultur, nicht nur aus der Bewunderung für die vielbensidete Charaktereigenschaft der Österreicher, für ihre unvergleichliche Gelassenheit, sondern es ist eine Verbundenheit, die durch gemeinsame Not, durch gemeinsame Tote und - lasst es mich ruhig sagen - durch gemeinsame Märtyrer für die gleiche Idee geschaffen wurde. Deshalb bewegt es mich heute zutiefst, endlich einmal wieder auf österreichischem Boden stehen zu dürfen (lebhafter Beifall) und noch dazu, meine Freunde, auf diesem alten Kulturboden von Salzburg, der jedem Deutschen - insbesondere jedem Süddeutschen - so viel bedeutet.

Deshalb bewegt mich aber auch das Schicksal, der Existenzkampf Bures Landes Österreich nicht weniger als der politische und wirtschaftliche Kampf unseres eigenen Landes. Wenngleich - lasst mich das sagen - das Abenteuer des zweiten Weltkrieges mit seinen verhängnisvollen Folgen auf Deutschland noch schwerer lastet

als auf Österreich - Eurem Land blieb wenigstens und Gott sei Dank die Einheit erhalten. Mit innerster Anteilnahme verfolgen wir drüßse die Anstrengungen Eurer Regierung - insbesondere Eures wackeren Bundeskanzlers - Eurem Lande seine Staatseinheit zu erhalten. Unsere aufrichtigen und unsere besten Wünsche verfolgen Tag für Tag diese Eure Politik. Die bewahrte Einheit allein ist ja schon Gewähr dafür, dass die Gesundung schneller fortschreitet, schneller, als das bei uns in Deutschland drüben der Fall sein kann. Vielleicht, meine Freunde, ist das auch ein Grund mit, dass Ihr Österreicher schneller Euer seelisches Gleichgewicht wiedergefunden habt als wir. Wir freuen uns darüber aufrichtig und wir wünschen von Herzen, dass der Staatsvertrag, der Eurem Lande die Unabhängigkeit wiedergeben soll, nunmehr bald abgeschlossen wird.

Unser Weg - d r Weg unseres Landes - ist und bleibt schwerer. Auch für uns ist das oberste Gesetz der deutschen Politik die Wiedergewinnung der Einheit unseres Landes. Aber es darf und es soll nur eine Einheit in Freiheit sein. (Lebhafte Zustimmung.) Es muss eine Einheit sein, die auch unsere Menschen in der Sowjetzone - es sind, wenn ich Ost-Berlin einschliesse, rund 20 Millionen Deutsche - wieder frei atmen lässt.

Das Österreichische und das deutsche Volk haben in den Jahren einer verhängnisvollen Diktatur die Freiheit doppelt und dreifach achten, lieben und schätzen gelernt, genau so wie jeder Deutsche und gewiss auch jeder Österreicher den Frieden doppelt und dreifach achten, lieben und schätzen gelernt hat. Lassen Sie mich folgendes gerade von dieser Stelle aus sagen: Nichts weisen wir so weit von uns wie Völkerhass und Völkerkampf. (Starker Beifall.)

Wir wollen Frieden mit jedem Volk. Wir wollen Frieden im Osten und Frieden im Westen. Man soll uns nur endlich die Möglichkeit geben, unser Land nach unserem eigenen Gesetz zu gestalten. In diesem Gesetz, meine Freunde, nehmen Freiheit und Menschenwürde den obersten Platz ein. Ich betone das hier vor Euch, weil nicht zuletzt für unsere beiden Parteien - für die österreichischen und deutschen christlichen Demokraten - Freiheit und Menschenwürde im Leben des einzelnen und ^{im} Leben der Völker oberste Verpflichtung bedeuten.

Im Namen dieser unserer gemeinsamen Verpflichtung sage ich Euch noch einmal meinen Gruss und den Gruss aller deutschen christlichen Demokraten. Unseren Gruss und unsere Wünsche; Nicht zuletzt auch Gruss und Wünsche unserer getreuen Menschen in Berlin und in der Sowjetzone, die mir - Ihr wisst es - ganz besonders am Herzen liegen. (Beifall.)

Von diesen Tagen in Salzburg - in dieser Stadt an der Grenze, die uns nicht Trennung sondern Verbindung bedeutet - möge auftrieb und neue Kraft für Euch und für uns ausgehen. Und nicht nur für Euch und nicht nur für uns, sondern auch für alle christlichen Demokraten der übrigen europäischen Länder.

Seit wir 1945 die Partei der christlichen Demokraten für unser Land begründet haben, seit dem Weg, den diese Partei durch die schweren Nachkriegsjahre in unserem Lande gegangen ist, weiss ich jeden Tag neu, dass die christlichen Demokraten nicht nur in Österreich und nicht nur in Deutschland, sondern dass sie in Europa eine Aufgabe zu erfüllen haben. Und: Schliesslich nicht nur für Europa, sondern für die Welt. Die christlichen

Demokraten haben die Welt von jedem Doktrinarismus und von jedem Fanatismus von links und rechts zu erlösen. (Beifall.)

Doktrinarismus und Fanatismus sind es, die so unsagbares Elend über die Völker gebracht haben. Erlösung von ihnen kann nur eine politische Gemeinschaft bringen, deren Lebensgesetz bestimmt wird durch die Grundsätze einer Humanität, einer Freiheit und einer Toleranz, die ^{den} in christlichen Sittengesetz wurzelt.

Ich wünsche, meine Freunde, dass Ihr in Österreich und wir in Deutschland alle in diesem Sinne unsere Pflicht zu erfüllen suchen. (Starker Beifall.)

19
Vors. Bundeskanzler Dr. Ing. F i s c h e r: Ich darf Dir, verehrter Herr Bundesminister, für Deine freundlichen Grüsse und Wünsche namens aller Delegierten herzlichst Dank sagen. Ja, wir fühlen uns verbunden durch die christliche Idee, wir wollen jeder auf unserem Platze, jeder in unserem Lande unsere Pflicht erfüllen für das eigene Land und durch das eigene Land für die Freiheit und den Frieden der Menschheit. Nochmals herzlichen Dank! (Beifall.)

Nun darf ich den Abgeordneten zum deutschen Bundestag, Franz Josef Strauss aus München, bitten, das Wort zu nehmen. (Beifall.)

Abgeordneter zum Deutschen Bundestag Franz Josef Strauss:

Meine lieben österreichischen Parteifreunde! Es ist mir eine hohe Ehre, zum erstenmal an einem Parteitag der Österreichischen Volkspartei teilnehmen und Ihnen als Vertreter der Christlichsozialen Union Bayerns die Grüsse unserer bayrischen Landespartei entbieten zu dürfen. Es ist mir aber eine ebenso grosse Ehre und eine dankbar begrüßte Aufgabe, als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Christlichdemokratischen und Christlichsozialen Union in Bonn die Grüsse dieser Fraktion und das Gefühl der Verbundenheit dieser Fraktion mit Ihrer Arbeit, Ihrer Aufgabe und Ihren Zielen hier vor Ihnen zum Ausdruck bringen zu dürfen. (Beifall.)

Ich bin gestern abend um 9 Uhr unmittelbar aus einer sehr ernsten Fraktionssitzung, in der wir uns über den weiteren wirtschaftlichen und politischen Weg in diesem entscheidungsreichen Jahre für unser deutsches Vaterland die richtige Lösung zu finden bemüht haben, hierher nach Salzburg gekommen, nach Salzburg, das ja mir und meiner altangestammten bayrischen Heimat zunächst einmal rein geographisch viel näher liegt als Bonn. (Heiterkeit und ~~mit~~ Beifall.) - Minister Jakob Kaiser: Ich habe gar nichts dagegen.) Damit das nicht falsch verstanden wird, meine lieben österreichischen Parteifreunde! Das soll nicht etwa eine Distanz nach Norden bedeuten, sondern nur zum Ausdruck bringen, dass Bayern sozusagen die richtige Brücke ist zwischen dem übrigen Deutschland und dem österreichischen Nachbarlande. (Lebhafter Beifall.) Und darum hat die Fraktion der Christlichdemokratischen und Christlichsozialen Union in Bonn gestern mich als Bayern gerade besonders mit dieser Mission betraut, hier vor Ihnen

bei der Eröffnung dieses Parteitages zu sprechen und Ihnen die Grüsse dieser Fraktion und damit die Grüsse aller deutschen christlichen Demokraten in diesen beiden deutschen Parteien zu entbieten.

Meine lieben österreichischen Parteifreunde! Ich glaube, wir stehen heuer - Sie in Ihrem Lande und wir in unserem Lande - in einem Jahre ernster Entscheidungen. Wir haben nach dem Kriege, wenn auch unter veränderten politischen Umständen, wenn auch unter sehr harten Zeiten, ein gleiches oder ein ähnliches Schicksal erlebt, und vor uns steht auch in unserer Arbeit und in unserer Zukunft das gemeinsame Schicksal der Errettung, der Erhaltung Europas und des Aufbaues unserer beiden Staaten, des Aufbaues Ihres Vaterlandes und des Aufbaues unseres deutschen Vaterlandes.

Innerhalb unserer beiden Länder besteht noch ein Gemeinsames: Bei Ihnen ist noch eine Zonengrenze vorhanden, wenn Ihnen auch Gott sei Dank die staatliche Einheit, wie schon Minister Kaiser betonte, erhalten geblieben ist. Durch unser deutsches ~~Land~~ Vaterland, dessen einzig legale und rechtmässige, demokratisch gewählte Repräsentanten wir sind (Beifall), zieht sich heute ein eiserner Vorhang. Und wenn die Fraktion der CDU und CSU in Bonn mich als Bayern, beauftragt hat, zu Ihnen zu sprechen, dann hat das Bundeskabinett den Minister Jakob Kaiser zu Ihnen delegiert, der als verantwortlicher Bundesminister für die gesamtdeutsche Einheit des deutschen Vaterlandes verantwortlich ist und seit zwei Jahren auf diesem Gebiet mit grossem Erfolg und mit unermüdlichem und zielstrebigem Fleisse arbeitet.

Uns verbindet, meine österreichischen Parteifreunde, von Partei zu Partei die gleichen Ideen, uns verbinden die gleichen Ziele,

1515 K 3

und uns verbindet die gleiche politische Willenskraft, die Sie bei der Gestaltung Ihres Vaterlandes, wir im Neuaufbau unseres Vaterlandes beweisen. Wir haben auch - und ich glaube hier nicht zu viel zu sagen - über die zukünftige Gestaltung einer grösseren europäischen Heimat die gleiche Vorstellung. Wir haben das Ziel und wir haben die Aufgabe, diese europäische Gemeinschaft auf föderativer Grundlage und in christlicher Gesinnung aufzubauen, damit das nicht mehr wiederkehrt, was hinter uns liegt, was über unser Vaterland ein so schweres Schicksal und über Ihr Vaterland so grosses Leid gebracht hat.

Hier erstreckt unseren Parteien eine grosse Aufgabe in dem Ringen um die Gesamtgestaltung Europas auf föderativer Grundlage und mit christlicher Zielsetzung.

Uns verbinden ja von Bayern aus, wenn ich das hier auf diesem Platze und an dieser Stelle meiner Ausführungen sagen darf, ganz besonders enge Bande der Abstammung, der Sprache, der Kultur, der Tradition. Es ist für uns eine grosse Freude gewesen, und wir haben uns redlich darum bemüht, dass in Laufe der letzten Jahre manche psychologische Grenze die nicht von uns oder durch unsere Schuld zwischen Bayern und Österreich zwischen Deutschland und Österreich aufgerichtet worden war, wieder einge- ebnet wurde, und dass wir jeder in Respektierung des Vaterlandes der anderen Partei das gemeinsame grosse Ziel, den Aufbau Europas auf christlicher Grundlage, gemeinsam erkennen und gemeinsam anstreben.

Es war nicht Ihr Wille, und es war nicht unser Wille, dass uns nach dem Kriege Grenzen daran verhindert haben, dass uns allfällige Bestimmungen daran verhindert haben, den menschlichen Austausch, die politische Gemeinschaft derselben Grundidee wieder zu pflegen. Die Grenzen sind heute wieder weitgehend geöffnet; für uns ist es jetzt wieder leichter, zu Ihnen zu kommen, und für Sie ist es leichter, jetzt wieder zu uns zu kommen. Ich glaube, was an uns liegt und was wir von der Christlichsozialen Union in Bayern aus dazu beitragen können, wollen wir unter bewusster Ablehnung der Vergangenheit, der 12 Jahre für uns und der 7 Jahre für Euch, diese echte deutsch-österreichische Gemeinschaft, diese Gemeinsamkeit pflegen, in Respektierung des Vaterlandes des anderen, aber auch im Bewusstsein der Gemeinsamkeit unserer Kultur, der Gemeinsamkeit unserer Grundlagen und der Gemeinsamkeit unserer Zielsetzung. (Lebhafter Beifall.)

Es handelt sich für Sie, meine österreichischen Parteifreunde, und für uns im Grossen gesehen um die gleiche Aufgabe: unser Vaterland wieder frei zu machen, und zwar frei zu machen im besten Sinne des Wortes, und ihm die staatliche Einheit zu geben, die staatliche Einheit aber so zu geben, dass Freiheit und Einheit eine unteilbare Kombination darstellen. Wir wissen ganz genau, dass für uns in Deutschland diese Frage eine besonders schwere Schicksalskraft erlangt hat, und wir bekennen uns zuerst zur Freiheit und wir wünschen die Einheit nur unter der Freiheit - und unter keiner anderen Voraussetzung! (Starker Beifall.)

Es ist unsere Aufgabe, auch die Schlacken, die Reste, die Grenzen, die aus der Vergangenheit, aus einer unseligen Vergangenheit uns überkommen sind, zu beseitigen, einen Schlussstrich zu machen unter die Vergangenheit nach allen Seiten, und wir erwarten, meine sehr verehrten Anwesenden, diesen Schlussstrich auch von Seiten der Alliierten uns gegenüber.

Es hat im Europarat in Strassburg vorletztes Jahr Churchill ein gutes Wort gesprochen, als er sagte: Wer immer sich an die Vergangenheit erinnert, der ist in Gefahr, die Zukunft zu verspielen! Es gibt heute keine Front der ehemaligen Besiegten und der ehemaligen Sieger mehr, es gibt heute nur die grosse Front derer, die bereit und willens sind, Europa in neuem Geiste aufzubauen und auf föderativer Grundlage und mit christlicher Zielsetzung zu einer neuen Heimat dieser leidgequälten europäischen Völker zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Vieles ist verschüttet worden in der Vergangenheit, vieles an gutem Willen ist zerstört worden. Unsere Aufgabe ist es, heute wieder diese Brücke von Land zu Land, von Vaterland zu Vaterland zu schlagen und alles zu vermeiden, was einen falschen Eindruck und einen falschen Sinn hervorrufen könnte.

Wir denken heute nicht mehr in alter nationaler Enge oder in falschen Wünschen. Wir haben diese Vergangenheit abgelegt und wir wissen, welches Unglück und welches Schicksal durch diese Vergangenheit über unser und Euer Vaterland gekommen ist.

So darf ich Ihnen am Abschlusse meiner Ausführungen den herzlichsten Dank der Christlichsozialen Union Bayerns für die Einladung zu Ihrem Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei überbringen. Darf ich Ihnen noch versichern, dass die Christlichsoziale Union in Bayern mit wärmstem Herzen und mit aufrichtiger Anteilnahme, die politischen Ziele, die politischen Gefühle und die schwere Arbeit verfolgt hat, die Sie in Österreich geleistet haben.

Uns verbindet noch eines, und das ist unser Stolz, unser gemeinsamer Stolz; für Sie in Österreich, für uns in Deutschland und in meiner angereichen Heimat, in Bayern, dass wir vom ersten Monat nach dem Zusammenbruch an gemeinsam in unseren Vaterländern die Verantwortung getragen haben, die Verantwortung für den Wiederaufbau, die so schwer zu tragen ist und unter deren Last manche kleinmütig geworden und abgebröckelt sind.

Wenn aber einmal in späterer Zeit an diese Jahre von 1945 bis 1951 und später zurückgedacht werden wird, so wird es das Ruhmesblatt in der Geschichte unserer Staaten, in der Geschichte unserer Vaterländer sein, dass bei Ihnen die Österreichische Volkspartei, bei uns die Christlich Demokratische und die Christlich Soziale Union in der schwersten Stunde ihres Vaterlandes die besten und treuesten Söhne ihrer Heimat gewesen und aus christlicher Verantwortung heraus an die Arbeit gegangen sind! (Lebhafter Beifall.)

Vors. Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l : Ich darf Ihnen, verehrter Herr Abg. Strauss für diese freundlichen Grüsse und für dieses Bekennen zur Gemeinsamkeit der Pflichterfüllung für Freiheit und Frieden der Völker, im besonderen als Nachbarn herzlichen und aufrichtigen Dank sagen. Keine Ressentiments, sondern Bekennen zur Zeit und durch die Zeit für die Zukunft, an der Arbeit geblieben, glaube ich, ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht.

Ich darf nunmehr herzlich danken für die Freundlichkeit, dass der Herr Präsident der Schweizer Konservativen Volkspartei, Herr Nationalrat Dr. Rohr, das Wort nehmen wird.

Nationalrat Dr. R o h r : Herr Bundeskanzler, Herren Bundesminister, meine lieben österreichischen Gesinnungsfreunde! Aufrichtige

Freunde werden durch gemeinsames Leid noch inniger miteinander verbunden. Vor wenigen Wochen hat eine Naturkatastrophe von wohl noch selten erlebtem Ausmass Euer Land und Euer Volk, meine Heimat und mein Volk schwer heimgesucht. Unermassliches Leid ist in zahllose Familien eingekehrt. Eure Trauer ist auch unsere Trauer. Und ich habe Ihnen, Ihrem Lande, den betroffenen Familien im Namen meines ganzen Volkes ohne Unterschied der Partei und der Konfession das herzlichste Beileid auszusprechen.

Herr Bundeskanzler, meine sehr verehrten Gesinnungsfreunde! Es ist mir eine grosse Ehre, aber eine noch viel grössere Freude, Ihnen die Grüsse aus meiner schweizerischen Heimat zu Ihrer heutigen Veranstaltung überbringen zu dürfen. (Beifall.) In erster Linie ganz persönliche Grüsse eines ganz persönlichen aufrichtigen Freundes Ihres Landes, die persönlichen Grüsse von Herrn Bundesrat Escher, der am letzten Parteitag zu Ihnen gesprochen hat und der inzwischen in die Bundesregierung vorgerückt ist. (Beifall.)

Dann aber überbringe ich die Grüsse Eurer Schweizer Freunde, und die Schweizer sind Eure Freunde, Eure aufrichtigen Freunde. Wohl noch nie ist dieser Gedanke der engen Verbundenheit und Freundschaft so spontan zum Ausdruck gekommen, wie im März 1938, als unter dem Vorwand, Euch heim ins Reich zurückzuführen, man Euch Eurer Selbständigkeit berauben wollte.

Damals ging ein Sturm der Entrüstung durch das ganze Schweizer Volk. Die Presse, jeder einzelne Bürger, der Bundesrat und das Parlament haben in eindrucksvollen Kundgebungen ihrer Sympathie gegenüber dem befreundeten Österreich Ausdruck gegeben.

Die Grüße, die ich Euch überbringe, sind in erster Linie der Ausdruck der Achtung für ein Volk, das unter schwierigsten Umständen seine Freiheit und seine Selbständigkeit erhalten hat, für ein Volk, das unter den schwierigsten Verhältnissen dem inneren und äusseren Druck standgehalten hat. Meine Grüße sind auch der Ausdruck der Achtung für die Männer, die in schwerster Zeit die schwere Verantwortung auf sich genommen haben, das Volk immer wieder aufzurufen, es immer wieder zu ermuntern, für die Männer, die berufen sind, jene Revolution herbeizuführen, von der Clemenceau einstens sagte: Die grösste Revolution wäre die, wenn die Christen mit ihrem Christentum wieder ernst machen wollten. (Beifall.)

Ich bringe Ihnen aus meiner Heimat auch Wünsche, vor allem den Wunsch, dass Ihr Eure friedliche Arbeit wieder unabhängig und nach eigenem Willen und eigenem Entschlusse aufnehmen und in voller Freiheit wieder aufbauen könnt. Ich bringe Ihnen den Wunsch, dass das Wort "Friede" nicht nur für Euer Land sondern für die ganze Welt, für die ganze Menschheit wieder seine frühere Bedeutung und seinen früheren Inhalt bekomme. Der Österreicher hat ja so viel Herz und Gemüt - und da habe ich den dritten Wunsch, dass wieder Herz und Gemüt auch in die Weltpolitik einziehen und den Gedanken des Hasses, der Rache, der Feindschaft, der Missgunst und der Lüge aus der Politik vertreiben mögen. (Erneuter Beifall.)

18

Die Österreicher und die Schweizer haben ja einander vor einigen Jahrhunderten gelegentlich "vernöbelt" (Heiterkeit), und die Schweizer hatten ja die ersten Freiheitskämpfe gegen die Österreicher zu führen. Aber inzwischen sind wohl unsere beiden Völker zum Gebrauche der Vernunft gelangt (Zustimmung) und haben einzusehen gelernt, wie schöner, wie netter und angenehmer es ist, miteinander in Frieden zu leben. Und heute sind die Schweizer und die Österreicher Freunde geworden. Wenn in der ganzen Welt alle Völker die gleiche Gesinnung gegeneinander hätten, wenn sie die gleiche Aufrichtigkeit, die gleiche Freundschaft hegten wie die Schweizer und die Österreicher - oh, das müsste ja der Himmel auf Erden sein! (Starker Beifall.)

Dann, meine lieben Gesinnungsfreunde, könnten wir auch den eigenen Vorhang auf Abbruch verkaufen und das Material für nützlichere Zwecke verwenden.

Meine lieben Gesinnungsfreunde, oft schon habe ich mich gefragt, warum die Schweiz während zweier Weltkriege ein unversehrtes und unbesetztes Land geblieben ist. Haben wir das verdient? Noch nie habe ich diese Frage zu bejahen gewagt. Aber ich glaube, es ist eine Fügung der göttlichen Vorsehung, die inmitten eines kriegsumtobten Europas ein kleines Flecklein Erde erhalten wollte, über das hinweg die Völker sich wieder einmal die Hand zum Frieden und zu friedlicher Arbeit reichen könnten.

Deshalb sind wir so gerne zu Euch gekommen. Wir wissen wohl, dass wir nur einen kleinen Beitrag leisten können, aber auch ein kleiner Beitrag ist ungeheuer wertvoll zur Erreichung eines grossen Zieles.

Meine lieben Gesinnungsfreunde! Möge Eure Tagung erfolgreich verlaufen, möge aus Eurer Tagung Eure Partei noch stärker verbunden, noch stärker geeinigt hervorgehen, möge auf dieser Eurer Tagung der unbändige Wille zur Erhaltung Eurer Freiheit und Eurer Selbständigkeit noch lebendiger werden! Ihr empfindet es wohl nicht als Eirmischung in Eure internen Verhältnisse, wenn ich Euch sage, dass wir christlichen Schweizer wünschen möchten, dass dem christlichen Österreich ein Mann als Bundespräsident beschieden sei, der die schwere Aufgabe und die schwere Verantwortung nicht nur aus Vaterlandsliebe auf sich nimmt, sondern der aus dem Gedanken der christlichen Weltanschauung heraus die Verantwortung für die Leitung Eures Landes übernimmt. (Starker anhaltender Beifall.)

Ich bin überzeugt, dass ich von Ihrer Tagung in meine Heimat zurück-
kehre und Ihren Schweizer Freunden sagen darf, dass ich hier bei einem
Volk gewesen bin, das ich bei Männern gewesen bin, die aus christlichen
Glauben, aus christlicher Überzeugung heraus die Kraft aufrufen, auch
unter schwierigsten Umständen durchzuhalten, und dass ich vor allem
meinem Lande sagen darf, ich sei überzeugt, dass Österreich bleiben
wird, was es bisher gewesen ist: der unburchtrefliche Damm gegen die
verheerende Flut des gottlosen Kommunismus! (Starker Beifall.)

Vors. Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l Darf ich Ihnen, Herr National-
rat, für diese freundlichen Worte und heißen Wünsche herzlichsten Dank
sagen! Ich glaube, den Beweis der Richtigkeit Ihrer Worte haben wir gerade
aus Anlass der grossen Naturkatastrophen von Ihnen augenscheinlich
empfangen. Der erste, der sich in meinem Amte zur Linderung der Not
meldete, war ein Schweizer. (Lebhafter Beifall.) Und erst vergangene
Woche hat mir unser Gesandter Wildmann eine Spende von 10,000 Schweizer-
franken in Banknoten als Hilfe für Österreich übergeben (erneuter Beifall).

1540 Ha 1

mit der Betonung, das sei die erste Tranche der Hilfe, die die Schweizer Freunde den Österreichischen Freunden durch die Tat beweisen wollen. Augenscheinlicher kann eine Freundschaft nicht unter Beweis gestellt werden, als in Not zusammen^{zu}stehen, in der Not, die das Schweizer Volk ja genau so betroffen hat wie das Österreichische Volk. Aber hier gilt vielleicht das alte Wort vom Rütli-Schwur, das für uns alle christlichen Demokraten gilt: Wir wollen sein ein einzig Volk, in keiner Not uns trennen und Gefahr! Ja, wir christlichen Demokraten, wir wollen freie Völker sein, wir wollen zusammenstehen, in keiner Not uns trennen und Gefahr, wir wollen kämpfen für die Freiheit und für die Freundschaft. (Beifall.)

Herzlichen Dank, Herr Nationalrat Rohr! (Beifall.)

Man darf ich den Generalsekretär der Christlichen Volkspartei des Saarlandes, Lehnen, um das Wort bitten.

Generalsekretär L e h n e n : Meine lieben und verehrten Österreichischen Parteifreunde! Ich freue mich sichtlich, heute erneut wieder in Ihrem Lande zu weilen und mich mit österreichischen Freunden in Gemeinschaft zu befinden. Denn Ihr Land und Ihre Menschen lernte ich bereits kennen und lieben in den Jahren 1926 bis 1930 in Ihrem schönen Feldkirch in Vorarlberg. Ich möchte nun von dieser Stelle aus der Bundesparteilitung der Österreichischen Volkspartei den herzlichsten Dank für die Einladung an die Christliche Volkspartei des Saarlandes zu Ihrem Bundesparteitag aussprechen.

Der Landesparteivorstand der Christlichen Volkspartei des Saarlandes hat mich und meine Freunde beauftragt, Ihnen zu Ihrem Bundesparteitag besonders herzliche und freundschaftliche Grüße mit dem besten Erfolgswünschen für Ihre Partei und für Ihr Land zu

Übermitteln. (Beifall.) Ganz besondere Grüsse der Freundschaft und Verehrung Ihnen, Herr Bundeskanzler, sowie Ihnen allen zu überbringen, hat mich der Landespartei-Vorsitzer, unser Ministerpräsident des Saarlandes, Johannes Hoffmann, beauftragt. (Beifall.)

Ich freue mich feststellen zu dürfen, dass gerade hier in diesem Kreis Parteifreunde zugegen sind, die aus den verschiedensten Anlässen bei uns im Saarland weilten und aus eigener Anschauung Gelegenheit hatten, das Saarland und seine Menschen kennenzulernen. Die Entsendung einer parteioffiziellen saarländischen Delegation zu Ihrem Bundesparteitag, meine lieben Freunde, möge Ihnen ein Beweis aufrichtiger Freundschaft, vor allem aber ein Beweis christlichen Solidaritätsgefühls sein. (Beifall.)

Mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt die Christliche Volkspartei des Saarlandes die Haltung und die Bereitschaft zum Handeln ihrer Bruderpartei in Österreich. Meine lieben Parteifreunde, wir kennen Ihre politische Situation, in der Sie sich befinden.

1545 K 1

Wir wissen, dass sich Ihre Arbeit im Wetterwinkel des politischen Atmosphärenbereiches vollzieht. Wir wissen, dass Sie in vorderster Linie des politischen und auch des ideologischen Kampfes diesen austragen. Ihren Erfolgen und Ihrer Standhaftigkeit gelten deshalb unsere uneingeschränkte Bewunderung und auch unsere Mit-Solidarität Ihnen gegenüber. Wenn ich das Wort Solidarität besonders betone, so muss dieses Wort in seiner Praxis eine grössere Selbstverständlichkeit werden, insbesondere unter allen christlichen Parteien der westlichen Staaten.

Das Saarland - um kurz von meiner Heimat zu sprechen -, eingebettet zwischen zwei grossen Nationen und Kulturen, hat sich aus eigener Verantwortlichkeit heraus die Aufgabe gestellt, Bindeglied zu sein. Die Menschen im Saarland wollen nichts anderes als friedlich ihrer Arbeit nachzugehen. Sie wollen einen wesentlichen Beitrag zur Völkerverständigung und zur Vereinigung Europas leisten. Mit unserem bisher zurückgelegten Weg - davon sind wir überzeugt - glauben wir bereits einen guten Beitrag für dieses neue Europa geleistet zu haben.

Es erscheint allerdings höchste Zeit, dass dieses Europa eine Form erhält, die in allen Verfassungen der westeuropäischen Länder Freiheit, Menschlichkeit, Recht und Moral als Grundlage verankert. Mögen die christlichen Staatsmänner und Politiker und auch die christlichen Parteien Westeuropas den Mut aufbringen, die Wahl der entsprechenden Mittel so zu treffen, dass diese Grundsätze geschützt und verteidigt werden können. Es ist immer noch Zeit zum Handeln. Warten wir nicht ab, bis erneut ein System über uns hereinbricht, welches nicht davor zurückschrecken wird, Methoden

der Rücksichtslosigkeit anzuwenden, um sich ihre Diktatur zu sichern.

Abschliessend möchte ich Ihren Arbeiten im Rahmen Ihres Parteitages den Erfolg wünschen, den Ihre Partei für die Menschen Ihres Landes und darüber hinaus im westeuropäischen Raum braucht. Mögen die Arbeiten aller christlichen Parteien Europas auf sozialen, wirtschaftlichem und kulturellen Gebiet sich so verstärken, dass ein von christlichen Grundsätzen getragenes Europa entsteht. Das, meine lieben und verehrten Parteifreunde, bedarf des Mutes, der Entschlossenheit und des gegenseitigen Verstehens, vor allen Dingen aber der gegenseitigen Achtung und der gegenseitigen Respektierung und besonders einer festen, über alle Grenzen hinweg zu schaffenden Solidarität! (Starker, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l : Ich danke dem Herrn Generalsekretär der Christlichen Volkspartei des Saarlandes herzlich für seine freundlichen Worte der Begrüssung und für seine Wünsche. Die Freunde aus dem Saarland kennen ja einen Grossteil unserer Delegierten schon vom letzten Parteitag. Möge Ihr Streben und Ihr Wollen für Ihr Volk und für die westeuropäische Völkergemeinschaft vom Erfolg gekrönt sein.

Meine Damen und Herren ! Ich darf laut Tagesordnung nun zum nächsten Punkt schreiten, das ist

Wahl des Tagespräsidiums.

Namens der Bundesparteileitung darf ich dem Hohen Delegierten-
tag vorschlagen, folgendes Tagespräsidium zu bestätigen:
Landesparteiobmann von Wien Fritz Polcar;
Landeshauptmann von Niederösterreich Johann Steinböck ;
Landeshauptmann von Oberösterreich Dr. Heinrich Gleissner ;
Landeshauptmann von Salzburg Dr. Josef Klaus ;
Landeshauptmannstellvertreter von Tirol Josef Anton Mayr;
Landeshauptmann von Vorarlberg Ulrich Ilg;
Nationalratspräsident Landesparteiobmann von Steiermark Dr. Alphons
Gorbach;
Landesparteiobmann von Kärnten Hermann Gruber;
Landesrat des Burgenlandes Johann Bauer;
für die Frauenbewegung Frau Prof. Eleonore Hiltl aus Wien und
für die Bundesjugendführung Bundesjugendführer-Stellvertreter Karl
Heider.

Ich bitte um Gegenvorschläge. (Niemand meldet sich.) Dann darf
ich die Damen und Herren, die mit diesem Antrage einverstanden sind,
bitte, zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu erheben. (Geschicht.)

Beschlussfassung über die Geschäftsordnung für den 3. Bundesparteitag.

Als Nächstes darf ich Sie bitte, meine Damen und Herren, sich zu der Geschäftsordnung, die jedem Teilnehmer vorgelegt worden ist und von jedem Delegierten eingesehen werden konnte, zu äußern, ob Sie mit dieser Geschäftsordnung für den 3. Bundesparteitag einverstanden sind. Wortmeldungen?

Dr. Heribert M a r a (Hauptbezirksparteiobmann von Voithberg):

Es entspricht dem Wunsche einer Reihe von Delegierten, dass die Tagesordnung eine Änderung erfährt. Als Sprecher dieses Kreises stelle ich nunmehr den Antrag, der Bundesparteitag wolle beschliessen:

1. Mass zum Bericht des Bundesparteiobermannes Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Leopold Figl sowie 2. zum Bericht des Generalsekretärs Bundesminister Dr. Felix Hurdes nach Punkt 2a und 3. vor den Wahlen in die Bundesparteileitung nach Punkt 2b der Tagesordnung eine Debatte abgeführt werde.

Vors. Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l: Der Antrag geht also dahin, über die beiden Hauptreferate am Samstag, also morgen, nach Punkt 2a die Debatte einzuschalten. Habe ich den Antrag richtig verstanden? (Nach einer Pause:) Bitte wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort?

Nationalrat D e n g l e r: Hoher Parteitag! Namens der Delegierten Niederösterreichs stelle ich folgenden Antrag. Der Punkt 1/der Geschäftsordnung für den 3. Bundesparteitag steht im Widerspruch zum Bundesparteiorganisationsstatut, da die Delegierten zum 3. Bundesparteitag durch das derzeit geltende Bundesparteiorganisationsstatut in § 19 genau festgelegt sind und auf Grund dieser rechtlichen Voraussetzung einberufen wurden.

1550 L 3

Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Bundesparteitag möge beschliessen, lit. d des § 1 der Geschäftsordnung zu streichen.

Vors. Bundeskanzler Dr. Ing. F i s c h e r : Ich verstehe, verehrter Freund Dengler, diesen Antrag nicht ganz. Nachdem hier der Antrag von dem ordentlichen Delegierten von Voithsburg gestellt worden ist, sehe ich hier keinen Zusammenhang mit Punkt d der Geschäftsordnung. Das ist ein ganz anderer? Der hat mit diesem ersten Antrag nichts zu tun. (Zustimmung.)

Dann muss ich bitten, die Delegierten mögen sich an die parlamentarische Gepflogenheit halten, und werde zuerst den Antrag, eine Debatte über die beiden Hauptreferate morgen nach Punkt 2a einzuschalten, behandeln.

Wünscht zu diesem Antrag noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Das ist nicht der Fall. Gegenantrag? (Nach einer Pause): Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich diejenigen Delegierten, die mit dem Antrag Voitsbergs einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.)

Dr. M a k r e k: Der Antrag wurde nicht

Vors. Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l: Nicht zum Wort gemeldet! Ich muss leider feststellen, die Minderheit. Gegenprobe: (Nach einer Pause): Der Antrag ist mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Es wird in den Ausschüssen Gelegenheit genug zur Debatte sein.

Jetzt kann erst die Frage gestellt werden, Herr Kollege Dengler, dass der Punkt d) aus der Geschäftsordnung gestrichen wird: "Personen, deren Teilnahme am Bundesparteitag (mit beschliessender oder beratender Stimme) beschlossen wird." Da kein Antrag vorliegt, einen solchen Beschluss zu fassen, verehrter Freund Dengler, glaube ich, dass es auch überflüssig ist, über Deinen Geschäftsordnungsantrag abzustimmen. Es ist kein Antrag hier.

Nationalrat D e n g l e r: Den Antrag habe ich doch verlesen, Herr Parteivorsitzmann. Ich wiederhole ihn: Ich stelle den Antrag: "Der Hohe Bundesparteitag möge beschliessen, lit. d) des § 1 der Geschäftsordnung zum Bundesparteitag zu streichen." In formeller Beziehung ersuche ich, diesen Antrag dem Organisationsausschuss zuzuweisen. Ich bitte im übrigen um die Abstimmung.

Vors. Bundeskanzler Ing. Dr. F i g l: Ich kann Deinen Wunsch erfüllen, verehrter Freund Dengler, obwohl er überflüssig ist. Aber wir wollen parlamentarisch demokratisch darüber abstimmen. (Abstimmung und Gegenprobe.- Nach einer Pause): Ich muss schon bitten, entweder

pro oder contra. (Heuerliche Abstimmung.) Das ist die Mehrheit;
angenommen. Punkt d) wird gestrichen.

Nationalrat Dr. Strachwitz: Hoher Parteitag! Wie wir
den Antrag meines Kollegen Dengler entnommen haben, nehmen an diesem
Parteitag im Gegensatz zum letzten Parteitag keine Delegierten der
Jungen Front teil.

Ich habe in diesem Zusammenhang daher folgende Erklärung abgegeben:

Vors. Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l: Das ist aber nicht zur
Geschäftsordnung, verehrter Freund Strachwitz, das ist eine Erklärung,
die erst nachher abgegeben werden kann. Momentan steht die Geschäfts-
ordnung des Parteitages zur Debatte. Und zu dieser Geschäftsordnung,
zu diesen 14 Paragraphen, ist die Debatte. Nur zu dieser Frage, welche
Abänderungen oder Wünsche zu diesen 14 Paragraphen zu stellen sind,
kann ich jetzt unter diesem Punkt der Tagesordnung das Wort erteilen.

Nationalrat Dr. G s c h n i t z e r: Das ist eine Täuschung. Wir
haben ja gerade früher über einen Antrag abgestimmt, der mit dieser
Geschäftsordnung selbst, mit diesen 14 Paragraphen, auch nichts
zu tun hatte. (Widerspruch.)

Vors. Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l: Oh ja, verehrter Freund
Gschntzer! Ich muss bitten, § 1 Abs. 1 lit. d) zu lesen. Er wünscht
die Streichung des Passus " Personen, deren Teilnahme am Bundesparteitag
beschlossen wird ". Er will nun nicht beschliessen lassen.

Nationalrat Dr. G s c h n i t z e r: Ich meinte den vorhergehenden
Antrag.

Vors. Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l: Zur Tagesordnung.

Nationalrat Dr. S t r a c h w i t z: Zur Tagesordnung! Da es
mir nicht möglich ist, diese Erklärung abzugeben, ist zu sagen, dass

der Antrag Dengler gar nicht nötig war, weil die Junge Front an dieser Versammlung nicht teilnimmt. (Beifall und Unruhe.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l : Wir wollen darüber nicht Debatte führen. (Zwischenrufe und Unruhe.) Ich bitte um Ruhe.

Die Tagesordnung geht weiter. Wer wünscht noch zur Geschäftsordnung das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn sich niemand meldet, kann ich annehmen, dass der Delegiertentag mit der Geschäftsordnung einverstanden ist. Gegenprobe. (Niemand erhebt die Hand.) Es ist keine Stimme dagegen. Somit ist die Geschäftsordnung angenommen.

Ich darf zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergehen: Wahlen. Wir haben noch drei Schriftprüfer zu wählen. Ich darf mir erlauben, Ihnen folgenden Vorschlag zu unterbreiten: Herr Nationalrat Prof. Dr. Gschnitzer ... (Prof. Dr. Gschnitzer: Ich lehne die Wahl ab!) Dann bitte ich um einen Gegenvorschlag. Vorgeschlagen sind weiter Edith Halbgebauer und Bundesrat Dr. Lugmayer. Dazu kommt jetzt als neuer Vorschlag Herr Direktor Straub. Wird ein Gegenvorschlag gemacht? (Niemand meldet sich.) Ich lasse also über den Vorschlag, Dr. Lugmayer, Halbgebauer und Direktor Straub als Schriftprüfer zu bestellen, abstimmen. Ein Gegenvorschlag wurde nicht erstattet. (Abstimmung.) Ist a n g e n o m m e n.

Das Tagungspräsidium haben wir bereits bestellt.

Wir kommen zu Punkt 4: Ausschüsse und Kommissionen. Ich darf der Zeitersparnis wegen gleich auch die ~~weiteren~~ Zusammensetzung der weiteren Ausschüsse rasch zur Kenntnis bringen.

Wahlkommissionen.

Wahlleiter: Dr. Alphons Gorbach, Dritter Präsident des Nationalrates.

Kommission I:

Geisslinger Ferdinand, NR

Amann Gebhard, Landtagsvizepräsident

Kindl Ely, Bund.Mid.Führ.

Hauschke Franz

Schmied Wilhelm, Landesobmann-Stellvertreter

Kommission II:

Klaus Dr. Josef, Landeshauptmann

Machunze Erwin, NR

Falkner Valentin, LAbg.

Stampfer Dr. Hannes

Mitterhauser Ing. Josef, Landessekretär

Kommission III:

Strobl Hofrat Ing. Franz, NR

Fröss-Ehrfeld Thessa, Landesleiterin

Cerny Theodor, NR

Matt Josef, NR

Gassner Martin, NR a.D.

Erhebt sich gegen diese Zusammensetzung der Kommissionen
ein Einwand? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall.
Dann darf ich die Zustimmung annehmen.

Antragsprüfungskommission:

BPL Scheff Dr. Otto, NR
 Wien Skodak Rudolf, Bez.P.Sekr.
 NÖ. Nagl Dr. Rupert, Präs.Sekr.
 OÖ. Zelenka Franz, Kammerrat
 Slabg. Hell Franz, Landtagspräsident
 Tirol Jagger Dr. Alois, LAbg., Land.P.O.
 Vorarlberg Rhomberg Dr. Armin, L.Abgr.
 Stmk. Weber Heinz, Hauptbez.P.Obm.
 Kmt. Schmied Richard, L.Abgr.
 (an Stelle des nicht anwesenden Dkfm. Herzele)
 Bglä. Nemeoz Dr. Alexander, NR
 ÖAAB Prinke Franz, NR
 ÖEB Schreiner Georg, Direktor
 ÖWB Prutscher Dr. Pius, L.Abgr.
 ÖFB Oberhammer Sonja, Landesleiterin
 ÖJB Druschkowits Dr. Wilhelm

Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Ist genehmigt.

Mandatsprüfungskommission.

BPL	Jung Dr. Hans
Wien	Krafft Dr. Peter, Rechtsanwalt
MÜ.	Hilgarth Josef, L.Abg.
ÖÖ.	Rausch Buscher Matthias, Vizepräsident
Slabg.	Freundlinger Josef, L.Abg.
Tirol	Oberhauser Josef, L.Abg.
Vlbg.	Neumann Josef K.F., Land.P.Sekr.
Stmk.	Kraker Prof. Johann
Krnt.	Munder Gottfried, Vizepräsident
Bgld.	Mehl Jakob, BR
ÖAAB	Küblböck Alois, Sekt.Obm.
ÖEB	Haus Ing. Otto, Direktor
ÖWB	Ott Ing. Heinrich, BR
ÖFB	Weiser Rosa, Landesleiterin
ÖJB	Allerstorfer Hans

Eine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Das ist nicht der Fall. Somit ist dieser Vorschlag genehmigt.

Politischer Ausschuss:

BPL	Hurdes Dr. Felix, Bund.Min., NR
	Gruber Dr. Karl, Bund.Min., NR
	Weinberger Lois, Bund.Min.a.D., Vi.Bgm., NR
	Raab Ing. Julius, Bund.Min.a.D., NR, Präs.
	Hartmann Ing. Eduard, NR, Dir.
Wien	Polcar Fritz, Land.P.Obm.
	Winter Karl, LAbg.
	Kresse Kom.R. Dr. Josef, Präs.
	Lugmayer Prof.Dr. Karl, Staatssekr.a.D., BR
NÖ	Mayrhofer Franz, NR
	Eichinger Karl, NR
	Müllner Viktor, Präs., NR, LR
	Kargl Ing. August, Land.Hptm.-Stv.
ÖÖ.	Gleissner Dr. Heinrich, Land.Hptm.
	Breitwieser Dr. Franz, LR
	Maletz Dr. Alfred, NR
Slabg.	Toncio Dr. Lajo, NR
Tirol	Gschütz Prof. Dr. Franz, NR
	Oberhammer Ob.Reg.Rat Dr. Alois, NR
VlbG.	Vögel Adolf, LR
Stmk.	Gorbach Dr. Alphons, III.NR-Präs.
	Krainer Josef, Land.Hptm.
	Udler Dipl-Ing. Tobias, Land.Hptm.-Stv.
Krnt.	Gruber Hermann, Präs., Land.P.Obm. LAbg.
Bgl.	Frisch Hofr. Anton, NR
GAAB	Liska Franz, LAbg.
ÖBD	Steinböck Ök.R.Johann, Land.Hptm.
ÖWB	Ludwig Prof. Eduard, Bund.Min.a.D., NR
ÖFB	Solar Lola, NR
ÖJB	Heider Karl, Bund.Jug.Führ.-Stv.
BöF	Leinkauf Hans, Land.P.Sekr.
KpV	Serschen Ing. Karl

Liegt ein Gegenantrag vor? (Nach einer Pause:) Es ist dies
nicht der Fall. Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Genehmigt.

Volkswirtschaftlicher Ausschuss.

BPL Kraus Josef, Bund.Min., NR
 Margaretha Dr. Eugen, Bund.Min., NR
 Kolb Dr. Ernst, Bund.Min., BR
 Altenburger Erwin, Bund.Min.a.D., NR
 Bock Dr. Fritz, Gen.Sekr., NR
Wien Böck Ignaz, Land.Obm.d.ÖAAB
 Prinke Franz, NR
 Dworak Komm.R.Franz, NR
 Krippner Komm.R. Franz, NR
NÖ. Strommer Josef, Präs., NR
 Müller Dr. Leo, Kammeramtsdir.
 Kaspar Josef, Sekr.
 Kuchner Johann, LAbg.
 (an Stelle von NR Böck-Greissau)
OB. Blüchl Johann, LR, Staatsbeauftragter
 Schütz Dr. Franz, LAbg.
 Bayer Alfred
Slzbg. Hasenauer Barthlmä, Land.Hptm.-Stv.
 Gugg Friedrich, BR, Bgm.
 Glaser Karl, LAbg.
Tirol Mayr Josef Anton, Land.Hptm.-Stv.
 (an Stelle von LAbg. Alois Grauss)
 Gamper Prof. Dr. Hans, LR
 Foradori Komm.R. Esio, Präs.
Vibg. Rauch Josef, Land.Obm.
 Lins Komm.R. Herbert, Land.Obm.
 Amann Gebhard, Landt.Vizepräs.
Stmk. Wallner Josef, LAbg.
 Illig DDr. Udo, LR
 Solf Sophie, LAbg.
Krnt. Sagaischek Komm.R. Franz, LR
 Ferlitsch Hans, Land.Hptm.-Stv.
 Grossauer Hans, BR
Bglä. Bauer Johann, LR
 Wagner Johann, LR
 Haberer Johann, LAbg.

SAAB Kuzner Dr. Karl, Sekr.
 ÖBB Thoma Ök.R. Franz, Landt.Präs.
 ÖWB Fleischacker Dr. Dagon, Bund.Min.a.D., BR
 ÖFB Motzko Dr. Alma, Gen.Sekr.
 ÖJB Kittel Franz, Ref.
 BGF Aigner Franz, Bez.Rat
 KpV Fillitz Dr. Franz, Komm.Rat

Eine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht
 der Fall. Genehmigt.

Gemeindepolitischer Ausschuss.

BPL Ilg Ulrich, Land.Hptm.
 Müllner Viktor, Präs., NR, LR
 Nathschlagger Dkfm. Richard, Stadtrat
 Blüchl Johann, LR, Staatsbeauftr.
 Jagger Dr. Alois, LAbg.
 Wien Schwaiger Anton, LAbg.
 Mühlhauser Karl, Gen.Dir., Landt.Präs.
 Bauer Franz, Stadtrat
 Kammermayer Hans, LAbg.
 NO. Waltner Johann, LR
 Seesmann Ök.R. Hans, Landt.Präs.
 Gindler Anton, NR
 Mayer Komm.R. Horbert, Sekt.Obm.
 OO. Mandorfer Peter, Bund.Min.a.D., Landt.Präs.
 Pöschl Komm.R. Wilhelm
 Zimmerbauer Wilhelm
 Slzbg. Klaus Dr. Josef, Land.Hptm.
 Tirol Obermoser Johann, Landt.Präs.
 Süß Heinrich, Dir., Vizebgm.
 Vlb. Tizian Dr. Karl, Bgm.
 Stmk. Anschütz Dr. Hans, LAbg., Vizebgm.
 Pirsch Ferdinand, LR
 Jawornik Franz, Stadtrat
 Kmt. Ritscher Josef, Präs.
 Bgl. Kotzmann Stefan, Ob.Amtm.
 SAAB Zach Prof. Johann, LAbg.
 ÖBB Lechner Ing. Dr. Franz, BR
 ÖWB Schöpf Dr. Albert, NR, Land.P.Obm.
 ÖFB Hiltl Prof. Eleonore, LAbg.
 ÖJB Scheidenreiter Prof. Viktor

Eine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Das ist nicht der Fall.
 Ist genehmigt.

Organisationsausschuss:

BPL Polcar Fritz, Land.P.Obm.
Scheidl Josef, Dir.
Kramer Hans, Hofrat, Leiter des ÖVP-Pressedienstes,
Eckert Fritz, Gen.Sekr.BR

Wien Habl Dr.Ferdinand, Land.P.Org.Ref.
Jung Dr.Hans
Husinsky Dr.Leopold, Chefred.
Lakowitsch Karl, NR

NÖ. Straub Eduard, Dir.-Stellv.
Weinmayer Leopold, BR Land.P.Sekr.
Dengler Josef, NR geschf.Land.Obm.
Schebesta Karl, Land.Sekr.

ÖÖ. Kern Felix, Land.Hptm.-Stellv.
Kletzmayer Hermann, Dir.
Radlmaier Leopold, Land.Sekr.

SLZBG. Griesener Isidor, NR

TIROL Kranebitter Franz, NR
Kathrein Dr.Rudolf, Land.P.Sekr.

VLBG. Grubhofer Franz, NR

STMK. Wegart Franz, LAbg.Land.P.Sekr.
Mikola Frieda, Land.Leit.
Babitsch Dipl.-Ing.Leopold, NR

KRNT. Vogl-Eöckh Paul, Land.P.Sekr.

BGLD. Lentsch Josef, LR Land.P.Sekr.

ÖAAB Hochberger Leopold, Org.Ref

ÖBB Franz Georg, NR

ÖWB Hofbauer Dr.Franz

ÖFB Halbgebauer Edith, Gen.Sekr.

ÖJB Stangler Franz, LAbg.

Eine Einwendung ? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall. Genehmigt!

Damit wären eigentlich alle Ausschüsse vom Bundesparteitag gewählt.

Bevor ich nun das Tagungspräsidium bitte, die Plätze einzunehmen,
freut es mich ausserordentlich, ~~zu~~ den Vertreter der Konservativen Partei

Englands, Mister Shephard, in unserer Mitte herzlichst begrüßen zu dürfen.
(Lebhafter Beifall.)

Ebenso herzlich darf ich begrüßen die Vertreter Hollands, Herrn de Gou und Herrn Dr. Albering. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Herzlichst begrüßt auf unserem Parteitag, wollen wir hoffen, dass Sie die Tage, die Sie bei uns verbringen, angenehm finden und mit guten Eindrücken von unserem Bundesparteitag in Ihre Heimat wieder zurückkehren.

Ich darf jetzt bitten, dass das gewählte Parteitagepräsidium die Plätze einnimmt und die Tagesordnung weiter abwickelt.

(Das Parteitagepräsidium nimmt die Plätze auf der Tribüne ein. -
Landeshauptmann Ilg übernimmt den Vorsitz.)

Vors. Landeshauptmann J. L. K.: Hochverehrter Bundesparteitag!

Als erster aus der Mitte des Präsidiums übernehme ich den Vorsitz und danke Ihnen namens des Präsidiums für das Vertrauen, das Sie uns mit Ihrer Wahl entgegengebracht haben. Ich möchte Ihnen versichern, dass wir uns dieses Vertrauens durch objektive Verhandlungsführung würdig erweisen wollen.

Ehe wir in der Tagesordnung weiterfahren, habe ich die Freude bekanntzugeben, dass der Vertreter Hollands, Herr Oberbürgermeister Dr. Albering, die Güte haben wird, auch noch einige Worte zu uns zu sagen. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Oberbürgermeister Dr. A l b e r t i n g (Holland):

Meine hochverehrten Damen und Herren! Es ist mir ein aufrichtiges und grosses Vergnügen, dass es mir als Vertreter der holländischen katholischen Volkspartei, als Mitglied des Präsidiums gestattet ist, hier in dieser schönen Umgebung, auf dem Kongress Ihrer Partei, Ihr Gast zu sein.

Starke Freundschaftsbände fesseln die Niederlande und Österreich. Starke Bände mögen auch wachsen zwischen Ihrer Partei und der unsrigen. Von allen Mitgliedern unserer Partei überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüsse. Sie werden sich einige Tage besinnen auf die zahlreichen Probleme, welche in diesen mühevollen Zeiten Sie um eine Lösung bitten.

Wir hoffen, dass Sie damit Erfolg haben werden. Für uns ist es äusserst wichtig, um nebst den Einführungen durch vertrauliche Beratungen im Freundeskreis ein wenig tiefer in die Sorgen und Probleme Ihres Landes einzudringen, Vor allem aber um zusammen zu sprechen über das allerhöchste Ideal, das unsere beiden Parteien anstreben: Die Verwirklichung einer christlichen Gesellschaft. (Beifall.) In dieser Auffassung liegt das Problem so international, dass es weit über die engen Landesgrenzen hinaussteigt. Es ist die Lebensaufgabe eines jeden Christen auch im politischen Sinne.

Es ist ein Ziel, so schön, dass es mit Recht Zeit, Kraft, Anstrengung und Sorge von einem jeden fordern darf.

Es ist eine Frage, so brennend durch Aktualität, weil die Verwirklichung dieser Frage, diese grossen und tiefreichenden Vorteile eines wahrhaftig erlebten Christentums in Teilen der Welt, die schwarzen Schlagschatten anderer Systeme völlig aufheben kann.

Das aufrichtige Erleben eines wahren Christentums, auch in der Politik, wird wie eine Fackel Europa erleuchten mit einem Feuer der Liebe und Gerechtigkeit für unsere Mitmenschen.

Erst dann werden unsere Gegner, geblendet durch dieses ewige Licht, das diese Welt überstrahlt, in alter Ehrlichkeit gestehen können: Jetzt verstehe ich etwas von einer christlichen Gemeinschaft.

Wir stehen so oft mit dem Rücken dem Licht zugekehrt, wie Toren arbeitend am Babelbau unserer materiellen Vergnügungen; da ist es, wie wenn das Licht nicht mehr durchbrechen würde, ^{als} ob es grau und düster wäre in dieser zerschlagenen Welt.

Die Sehnsucht nach Gott, in allen unseren Gesetzen und Formen, die auch politisch eine Gesellschaft bilden müssen, wird uns bauend wieder den Menschen finden machen, während wir nun beim Suchen von all dem Menschlichen das Göttliche so oft verloren haben. Ihn suchend, finden wir den Menschen, der in seinem grossen Lebensziel seinen Schöpfer zurück findet.

Möge dies das Feuer sein, dass unsere Herzen erwärmt und uns das grosse Vertrauen gibt, dass wir durchkommen werden, wie düster es auch überall ringsherum aussieht. Möge dies der Geist sein, der die Gedanken und Zielsetzungen aller christlichen Parteien durchdringt, das ewige Verlangen nach einer christlichen Gemeinschaft, von der einer meiner holländischen Freunde in einem Gedicht so treffend gesprochen hat, dass ich seine Worte in freier Übersetzung hier wiedergeben möchte. Ich bitte um Entschuldigung, wenn einige Grammatik-Fehler unterlaufen sein sollten.

Er sagt:

"Brüder, die Welt ist voller Schmerz
Und die Völker sind
Zerrissen und zerschlagen.
Und es weht ein Wind von Klagen,
Der über die Erde weint:
Brüder, seht, wie die Menschheit leidet.

Der Mensch hat an die Welt geglaubt
Und das Licht des Himmels gelöscht;
Jetzt sehnt er sich in seinem Elend
Und stöhnend nach dem verkannten
Verlorenen Paradies,
Und ist auf einer Reise,
Einer endlosen Reise.

Brüder, jetzt ist Zeit
Kommender Herrlichkeit,
Um nach der Fülle der Zeiten
Die Wanderer zu geleiten:
Die Zeit vor dem blinden Gesicht
Zu heben das strahlende Licht.

Die Menschheit zerrissen
Und auch wir sind niedergeschlagen
So oft in Niederlagen,
Aber nicht für immer zerschlagen.
Jetzt schwellt in einer frischen Flut
Der Strom in unserem Herzensblut.

Und sei auch unsere Liebe klein,
Wie Feuer wird das Verlangen sein,
Sie zu lehren in festen Rhythmen
Und der Brüderschaft zu widmen
Den täglichen Teil von Kampf und Schmerzen,
Einen Tropfen Blut, ein Klopfen des Herzens.

Diese stille Aufgabe von treuer Geduld
 Und mit der Liebe Gottes erfüllt
 Wird nach dem Sturz von Paradiesen
 Für alle Wanderer wie ein Riese
 Erheben diese Bruderschaft
 Von Segen in heiliger Eintracht.

Die Bienen schwärmen ab und an,
 Tragen Honig und Blütenstaub an,
 Sammelnd Nahrung für alle.
 Die Liebe bindet die Tausende!
 Der Mensch ruft Gott - lebt Gott in uns.
 Die Welt ruft auch uns!"

Es lebe Österreich! (Starker, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Hochverehrter Herr Bürgermeister! Ich danke Ihnen bestens für die herzlichen Worte, die Sie soeben an uns gerichtet haben. Wir sind mit Ihnen einig in dem Appell, dass vor allem das Licht und Feuer der Liebe und Gerechtigkeit die Grundlagen sind und sein müssen für die internationale Zusammenarbeit. Wir wollen gerade diese Worte aber auch auf uns anwenden und in diesem Geiste auch unsere nun laufenden Beratungen beginnen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Bericht des Bundesparteiobmannes.

Ich darf unseren allseits geschätzten Herrn Bundeskanzler bitten, das Wort zu seinem Bericht zu nehmen. (Starker Beifall.)

Bundeskanzler DBr.h.c. Ing. Leopold Figl: Meine sehr verehrten Gäste! Meine lieben Parteifreunde! Als ich am 20. Mai 1949 auf dem zweiten Bundesparteitag in Wien meinen Bericht als Bundesparteiobmann erstattete, gab ich gleich anfangs meiner tiefen Enttäuschung darüber Ausdruck, dass unser Land noch immer in den Fesseln einer vierfachen militärischen Besetzung liegt. Seither sind wieder zwei Jahre vergangen, ohne dass sich an diesem beschämenden Zustand Wesentliches geändert hätte. Es bleibt der Zustand bestehen, dass wir noch immer nicht Herr in eigenem Lande sind, dass fast sechs Jahre nach Kriegsende mitten in Europa auf dem Boden eines kleinen, wehrlosen Volkes und am Teil auf dessen Kosten Geplänkel des sogenannten kalten Krieges ausgefochten werden.

Wir wollen uns von jeder Parteinahme freihalten. Wir wollen nichts anderes, als unsere staatliche Freiheit und Unabhängigkeit zurückerkalten und unser Leben nach eigenen politischen und wirtschaftlichen Prinzipien einrichten. Wenn diese Prinzipien eher jenen der westlichen Lebensformen gleichen, so ist es eine grosse Ungerechtigkeit, uns daraus den Vorwurf einer einseitigen Orientierung zu machen. Eine geschichtliche Entwicklung und die traditionell gewordene Denkweise eines Volkes lassen sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen, und es ist eben eine Tatsache der historischen Entwicklung und der Tradition, dass das österreichische Volk als ein wesentlich mitbestimmender Faktor an dem Werden der abendländischen Kultur und Zivilisation in seinem Denken und Handeln diesem Kulturkreis angehört und damit auch seine Freiheit liebt, die Freiheit auf allen Gebieten menschlichen Denkens und Schaffens, von der Wirtschaft angefangen bis in die Bereiche der

Wissenschaft, der Kunst und der Religion. Wer diese Freiheit antasten will, wer den Versuch unternimmt, das österreichische Volk der Willkür und der Gewalt eines seinen Denken fremden politischen Systems zu unterwerfen, der muss damit rechnen, auf heftigsten Widerstand zu stossen. (Lebhafter Beifall.) Das aber, meine lieben Parteifreunde, ist nicht ein Akt der Feindseligkeit, sondern ein selbstverständlicher Akt der Notwehr. Wir haben nichts gegen den legalen Import von Waren und Gütern aller Art in unser Land, sei es vom Westen oder Osten her. Jedoch wahren wir uns gegen den Import politischer Ideologien, für die wir absolut keine Verwendung haben, wenn sie auch noch so angepriesen werden. (Starker Beifall.)

Die Last, die wir durch die militärische Besetzung unseres Landes zu tragen haben, ist gross, in materieller und seelischer Beziehung. Wenn aber damit gerechnet werden sollte, dass wir schliesslich unter dem andauernden Druck dieser Last doch noch zusammenbrechen und zu Kriechen werden, dass man uns müde machen kann, dann soll von diesem Forum unseres Bundesparteitages aus der ganzen Welt die Versicherung gegeben werden, dass nur rohe, brutale und nackte Gewalt imstande sein könnte, unser völlig entwaffnetes Volk zu bezwingen. (Stürmischer, sich wiederholender Beifall.)

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir den Staatsvertrag wollen. Wir haben auch alles getan, was von uns Österreichern als Voraussetzung für den Abschluss eines solchen Vertrages verlangt wurde. Aber eines wollen wir nicht: einen Vertrag, der uns an Stelle von Freiheit und Unabhängigkeit eine politische Diktatur bringen würde. Das österreichische Volk will endlich Ruhe haben von allen politischen Heilslehren, die seinem natürlichen geistigen und charakterlichen Wesen fremd sind. Mögen diese Lehren jenseits unserer Grenzen ruhig praktiziert werden. Wir wollen uns darum so lange nicht kümmern, so lange man nicht versucht, auch uns damit

zu beglücken. Jedes Volk soll nach seiner Art leben können. Das ist unser Grundsatz, der einzige, der aggressive Absichten ausschliesst und den Frieden der Welt verbürgt. Wenn wir es auch nicht verhindern können, dass wir im Spannungsfeld der weltpolitischen Auseinandersetzungen liegen, so wollen wir doch selbst nichts tun, was diese Spannungen vergrössern könnte. Wir wollen unser Leben nicht auf dem Prinzip nicht eines Gegeneinander der Staaten und Nationen aufbauen, sondern auf dem Grundsatz des Miteinanders. Würden auch alle vier Besatzungsmächte nach diesem Grundsatz handeln, dann könnte der Staatsvertrag bei seinen gegenwärtigen Stände in wenigen Stunden fertiggestellt werden und es wäre damit eine Friedenshandlung gesetzt, die alles aufwiegen würde, was in der letzten Zeit an Friedensaktionen aufgeboren wurde.

Einstweilen könnte sich aber die Friedensgesinnung noch auf eine andere Weise dokumentieren, z.B. damit, dass auch die letzten Kriegsgefangenen in ihre Heimat entlassen werden (lebhafte Zustimmung) und dass aber auch jene anderen unglücklichen Menschen wieder ihren Angehörigen zurückgegeben werden, die auf ihrem Heimathoden, der Macht eines Stärkeren preisgegeben, eingefangen und über die Grenzen unseres Landes gebracht wurden. (Zustimmung.) Nichts hat sich so sehr als ein typisches Beispiel völliger Rechthäßigkeit des einzelnen und willkürlicher Gewaltanwendung im Bewusstsein des österreichischen Volkes festgesetzt, als diese Verhaftungen von Zivilisten, über deren Schicksal auch die höchsten Stellen unseres Staates im unklaren gelassen wurden. Es ist uns aus der Mentalität unseres europäischen, unseres österreichischen Denkens unbegreiflich, wie das alles geschehen konnte.

Wenn ich diese Angelegenheiten besonders herausgestellt habe, so deshalb, weil ich weiss, dass die grösste Sorge unseres Volkes die Frage bildet, wie wir aus solchen Verhältnissen wieder herauskommen werden. Es ist die Frage nach dem Morgen und Übermorgen unseres Landes und damit eines jeden einzelnen von uns. Hört man in das Volk hinein, so hört man wohl über die Schwierigkeiten und Nöte des täglichen Lebens klagen, über zu hohe Preise und zu niedrige Löhne und Gehälter, über die Wohnungsnot und mannigfache andere Dinge, die uns das Leben schwer machen, über allen aber - und das sei zur Ehre des österreichischen Volkes gesagt - stehen die anderen Fragen: Wann wird dieses Österreich wieder allein den Österreichern gehören? Wann werden wir befreit sein von der Angst, noch einmal Opfer eines Gewaltaktes zu werden? Wann werden wir wieder freie Menschen sein, die über den Tag hinaus instande sind, die Steine zu setzen zu einem Weg in das Morgen und Übermorgen einer schöneren, friedlicheren, gesicherten Zukunft? Um diese Fragen geht es den Österreichern vor allem, um die persönliche Mitbestimmung ihres Schicksals, um die Befreiung von der Angst, dieses Schicksal fremden Gewalten überantwortet zu sehen.

So wie beim einzelnen ein gesunder Körper nur bei einer gesunden Seele bestehen kann, so kann sich auch der Organismus eines Volkes nur dann gesund erhalten, wenn die seelischen Voraussetzungen dazu gegeben sind. Ich sehe daher eine der wichtigsten Aufgaben, die die österreichische Volkspartei als die Hauptverantwortliche in unserem Staat in der nächsten Zukunft zu leisten hat, darin, unsere Bevölkerung von der Angst zu erlösen, dass sie dem unentrinnbaren Schicksal einer neuen Gewaltherrschaft anheim gegeben sei. Wir müssen unserer Bevölkerung immer wieder zum Bewusstsein bringen, dass ihre Zukunft ausschliesslich in

ihre Hand gegeben ist, indem sie sich mit eiserner Konsequenz gegen diejenigen wehrt, die ihre Widerstandskraft aushöhlen wollen. So wie die gegnerische Propaganda keine Stunde und keine Gelegenheit vorbeiziehen lässt, um ihre Giftpfeile losszuschiessen, so müssen auch wir stündlich bereit stehen zur Gegenaktion. Die Gefahr, politisch überrannt zu werden, liegt nicht so sehr an der Stärke des Gegners als an der Schwäche des Überfallenen. Wenn es heute in den kommunistischen Parteien Europas bereits gewaltig kriselt, so ist diese Tatsache darauf zurückzuführen, dass sich die andere Welt auf ihre Kraft besonnen hat und zur Gegenwehr angetreten ist.

Diese Gegenwehr muss aber einen geistigen Inhalt haben und muss in der Praxis zu einer Lösung jener Probleme führen, in deren Ungelöstheit die Unruhe der heutigen Welt begründet erscheint. Und damit, hoher Parteitag, komme ich auf unsere Innenpolitik zu sprechen. Für diese Politik ist die Österreichische Volkspartei seit mehr als fünf Jahren zunächst verantwortlich; denn sie ist es, die die Mehrheit der Minister und der Landeshauptleute stellt. Wir haben diese Verantwortlichkeit niemals bestritten und haben auch gar keinen Grund, sie auf andere abwälzen zu wollen; denn wer das Österreich von 1951 mit dem von 1945 vergleicht, der wird, wenn er nicht mit der Böswilligkeit eines starrköpfigen Feindes urteilt, zugeben müssen, dass sich in diesen mehr als fünf Jahren ein Fortschritt vollzogen hat, der im Jahre 1945 als unmöglich bezeichnet worden wäre. Diesen Fortschritt dürfen und wollen wir zunächst zum grössten Teil auf unser Gutkonto schreiben, auf das Konto der Österreichischen Volkspartei. (Lebhafter Beifall.)

Es sind vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet in den letzten zwei Jahren wieder grosse Leistungen vollbracht worden, über deren Einzelheiten meine Parteifreunde Weinberger, Kraus und Raab berichten werden. Wir verdanken diese Leistungen zu einem erheblichen Teil den Hilfen aus dem Marshallplan, dessen Ziel es von allem Anfang an war, die Produktivität unserer Wirtschaft durch entsprechende Investitionen zu steigern. Die österreichische Industrie hat ja in der unmittelbaren Nachkriegszeit vernehmlich daran gelitten, dass ihre Einrichtungen veraltet waren oder dass wichtige Maschinen überhaupt gefehlt haben. Ohne eine technische Erneuerung, bzw. Ergänzung des industriellen Betriebsapparates wäre es für Österreich ganz unmöglich gewesen, auf den Weltmärkten wieder Fuss zu fassen und konkurrenzfähig zu werden. Wir sind aber ganz wesentlich auf eine Steigerung unseres Wareneckportes angewiesen, weil wir nur auf diese Weise das Gleichgewicht mit dem für uns notwendigen Warenimport herstellen vermögen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die grundlegende Bedeutung des europäischen Hilfsplanes für unsere Wirtschaft zu erkennen. Sie findet ihren besonders charakteristischen Ausdruck übrigens auch darin, dass die Kommunisten nichts stärker bekämpfen als den Marshallplan, der der erste grosse Gegenschlag der westlichen Welt gegen die kommunistischen Absichten war, die Wirtschaft der europäischen Staaten auf einem möglichst tiefen Produktionsniveau zu halten und damit die Voraussetzungen für jenen sozialen Unfrieden zu schaffen, der allein den fruchtbaren Boden für ihre destruktive Politik abgibt.

Wir müssen uns aber vor Augen halten, dass die Zeit unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues unter den Auspizien des Marshallplanes einmal zu Ende geht, und wir müssen unsere ganze Aufmerksamkeit der Tatsache zuwenden, dass mit dem Ausbruch des Koreakonfliktes eine allgemeine Steigerung

der Weltmarktpreise und eine Verknappung der Rohstoffe eingetreten ist. Daraus ergibt sich für uns eine Erschwerung der Importe an Rohstoffen, an Nahrungsmitteln und an technischen Investitionsgütern. Es ist deshalb auch notwendig geworden, für eine stärkere Ausnützung der eigenen Rohstoffquellen zu sorgen und dass durch gesetzliche Massnahmen eine rationelle Lenkung der Rohstoffe gewährleistet wird. Diese Massnahmen, die in der letzten Woche im Parlament erörtert wurden, sollen keineswegs in eine bürokratische Bewirtschaftung ausarten, sondern auf eine nur unbedingt notwendige Einflussnahme zentraler Stellen beschränkt werden. Es wäre andererseits unverantwortlich, wollten wir die Dinge nur einfach laufen lassen, wie sie eben laufen. Wir müssen uns immer bewusst bleiben, dass unsere Wirtschaft mehr als viele andere von den Ereignissen in der Weltpolitik abhängig ist und dass wir vorausschauend handeln müssen, um unser so empfindliches wirtschaftliches Gefüge nicht grösseren Erschütterungen aussetzen. Dabei ist und bleibt es unser Grundsatz, die Freiheit unseres wirtschaftlichen Handelns, soweit nur möglich, zu bewahren und uns nicht durch momentane Schwierigkeiten in eine Wirtschaftspolitik hineinmanövrieren zu lassen, die gerne Notstandsmassnahmen zu einem dauernden Zustand bürokratischer Lenkung und Planung gestalten möchte.

Wenn unsere Wirtschaft einerseits im nachteiligen Sinne von den weltpolitischen Ereignissen abhängig ist, so muss doch andererseits auch darauf hingewiesen werden, dass es in Zusammenhang mit der ERP-Hilfe zu einer für Österreich sehr vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den übrigen Teilnehmerstaaten des Marshallplanes gekommen ist. Es sind im intereuropäischen Handel wesentliche Erleichterungen eingetreten, vor allem durch eine Vereinfachung des Verfahrens bei der Ein- und Ausfuhr der Waren und Güter und im Zahlungsverkehr.

Von grosser Wichtigkeit für die österreichische Wirtschaft ist auch, dass wir alles unternehmen, um den Fremdenverkehr in unserem Lande zu heben. Von ihm hängt es zum guten Teil ab, wieviel ausländische Devisen unserer Nationalbank zufließen, die wieder für Importe verwendet werden können. Von staatlicher Seite wird gewiss nichts versäumt werden, um alle Voraussetzungen für eine Steigerung des Fremdenverkehrs zu schaffen. Andererseits aber muss auch von den Vertretern des Fremdenverkehrs alles geschehen, was den Fremden den Aufenthalt in unserem Lande wertvoll macht, nicht nur in Bezug auf die Ausstattung der Fremdenverkehrsstätten, sondern auch bezüglich der Preise, die jedenfalls bei ihrer Zahlung im Einklang stehen müssen, mit dem, was verabredet war.

Wesentlich für das weitere Gedeihen unserer Wirtschaft wird ferner sein, die Produktivität nicht nur von der technischen Seite her zu heben, sondern auch durch eine Erhöhung der individuellen Leistungen der Arbeitnehmer. Das kann aber nur erreicht werden, wenn der Arbeiter einen entsprechenden Lohn erhält und in seinen sonstigen Lebensbeziehungen jenen Schutz geniesst, der seine Existenz und die seiner Familie sichert. Unsere Aufgabe muss es daher sein, diese Sicherungen zu schaffen. Was die Lohnverhältnisse betrifft, so stehen diese in einem unlösbaren Zusammenhang mit den Preisen.

Diese Relation hat im vergangenen Herbst zu dem 4. Lohn- und Preisübereinkommen geführt, mit dem versucht wurde, eine notwendig gewordene Erhöhung der Getreidepreise und mit dem Abbau staatlicher Subventionen verbundene Preiserhöhungen durch Lohn- und Gehaltssteigerungen abzugleichen. Wir sind nun nicht der Meinung, dass durch dieses Lohn- und Preisbündel ein durchaus zufriedenstellender Zustand geschaffen worden wäre. Die

die aber an diesem Abkommen geübt wurde, ging doch an den wesentlichen Ursachen vorbei, die zu dem Missverhältnis von Löhnen und Preisen geführt haben. Diese Ursachen liegen darin, dass sich die österreichische Wirtschaft aus dem Zustande einer fast völligen Zerstörung ihrer technischen und finanziellen Mittel gegenwärtig im Zustand einer allmählichen Aufwärtsentwicklung und einer ebenso allmählichen Anpassung an die Weltmarktverhältnisse befindet, eine Entwicklung, in der die Löhne und Preise mit inbegriffen sind, wobei deren Relation sehr leicht in ein Missverhältnis geraten kann und dann einer entsprechenden Korrektur bedarf.

Die Menschen, beschwert mit den gegenwärtigen Sorgen des Alltags, vergessen nur all zu leicht, woher denn ihre gegenwärtigen persönlichen Schwierigkeiten und die ihres Staates in Wirklichkeit kommen. Sie haben schon wieder vergessen, dass ihnen ^{ein} fast sechsjähriger Krieg alles genommen hat, womit man ein halbwegs sorgenloses Leben führen kann, und sie wenden sich in ihrem Unmut gegen diejenigen, die das überaus schwierige Werk übernommen haben, allmählich wieder aufzubauen, was durch andere zerstört wurde. Durch wenige Bomben sind ganze Häuserreihen in wenigen Minuten in Schutt und Asche gelegt worden. Um diese Häuser wieder aufzubauen, ist nicht nur eine unverhältnismässig längere Zeit notwendig, sondern man braucht dazu auch Kapital, das in Österreich erst erarbeitet werden muss.

Wer sich nur dieses eine Beispiel vor Augen hält, der wird in der Beurteilung von Massnahmen, wie es das letzte Lohn- und Preisabkommen ist, sicher gerechter urteilen. Man kann von einer Wirtschaft und einem Staate, die vor sechs Jahren noch einfach vor dem Nichts gestanden sind, nicht Leistungen erwarten, die nur eine blühende Wirtschaft und ein vollkommen konsolidierter Staat erbringen können.

der Sozialinstitute schaffen, und zweitens, wenn das Bewusstsein der sozialen Sicherheit nicht zu einer Erschlaffung, sondern zu einer Erhöhung des Pflichtgefühls in den sozialen Beziehungen des Einzelnen führt. Dies vorausgesetzt, sind wir der Überzeugung, dass Sozialpolitik der Weg ist, der uns allmählich aus dem gefährlichen Zustand der Unzufriedenheit grosser Bevölkerungsteile mit ihren Lebensverhältnissen herausführen wird. Nur dürfen wir uns dabei nicht wieder einer Einseitigkeit schuldig machen.

Die Arbeiterschaft hat in seinem süssen Ringen manches schon erreicht was ihren Lebensstandard wesentlich gehoben hat. Einstweilen aber sind andere Bevölkerungsteile ins Hintertreffen geraten. Ich denke an die kleine selbständigen Gewerbetreibenden, an die Kleinbauern der Berge und des Tales die auf ihren Berghöfen, auf ihren kleinen Kenschlerhöfen mit ihrem relativ hohen Kinderreichtum, aus dem dem österreichischen Volk immer neues gesunde Blut zugeführt wird, und ich denke vor allem auch an unseren arg mitgenommenen Mittelstand der geistigen Berufe, der Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes, die unter der geringen finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates bitter zu leiden haben. Ihnen zu Hilfe zu kommen, muss unsere Sorge sein, wenn wir eine Proletarisierung dieser Bevölkerungskreise, die auch für das österreichische Kulturniveau entscheidend sind, verhindern wollen. Die Österreichische Volkspartei, die es prinzipiell ablehnt, alles gleichzuschalten, fühlt sich verpflichtet, den Vertretern der geistigen Berufe, deren Arbeit im Laufe der Zeit eine nicht zu rechtfertigende Minderbewertung erfahren hat, beizustehen und Mittel und Wege zu finden, mit denen ihnen in ihrer gegenwärtigen Lage geholfen werden kann. (Beifall.) Sie verlangt, dass jeder nach seiner Leistung beurteilt wird. Ich hoffe in kürzester Frist auch hier eine richtige Lösung gefunden zu haben. (Beifall.)

der Sozialinstitute schaffen, und zweitens, wenn das Bewusstsein der sozialen Sicherheit nicht zu einer Erschlaffung, sondern zu einer Erhöhung des Pflichtgefühls in den sozialen Beziehungen des Einzelnen führt. Dies vorausgesetzt, sind wir der Überzeugung, dass Sozialpolitik der Weg ist, der uns allmählich aus dem gefährlichen Zustand der Unzufriedenheit grosser Bevölkerungsteile mit ihren Lebensverhältnissen herausführen wird. Nur dürfen wir uns dabei nicht wieder einer Einseitigkeit schuldig machen.

Die Arbeiterschaft hat in seinem zähen Ringen manches schon erreicht was ihren Lebensstandard wesentlich gehoben hat. Einstweilen aber sind andere Bevölkerungsteile ins Hintertreffen geraten. Ich denke an die kleine selbständigen Gewerbetreibenden, an die Kleinbauern der Berge und des Tales die auf ihren Berghöfen, auf ihren kleinen Kenschlerhöfen mit ihrem relativ hohen Kinderreichtum, aus dem dem österreichischen Volk immer neues gesunde Blut zugeführt wird, und ich denke vor allem auch an unseren arg mitgenommenen Mittelstand der geistigen Berufe, der Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes, die unter der geringen finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates bitter zu leiden haben. Ihnen zu Hilfe zu kommen, muss unsere Sorge sein, wenn wir eine Proletarisierung dieser Bevölkerungskreise, die auch für das österreichische Kulturniveau entscheidend sind, verhindern wollen. Die Österreichische Volkspartei, die es prinzipiell ablehnt, alles gleichzuschalten, fühlt sich verpflichtet, den Vertretern der geistigen Berufe, deren Arbeit im Laufe der Zeit eine nicht zu rechtfertigende Minderbewertung erfahren hat, beizustehen und Mittel und Wege zu finden, mit denen ihnen in ihrer gegenwärtigen Lage geholfen werden kann. (Beifall.) Sie verlangt, dass jeder nach seiner Leistung beurteilt wird. Ich hoffe in kürzester Frist auch hier eine richtige Lösung gefunden zu haben. (Beifall.)

In diesem Zusammenhang spielt auch die Wohnungspolitik der Österreichischen Volkspartei eine grosse Rolle. Wir sind der Meinung, dass wir besonders die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung entproletarisieren müssen, und der sicherste Weg dazu ist neben der Sicherung der Beschäftigung das Bestreben, allen eine menschenwürdige Unterkunft zu sichern. (Beifall.) Es war für uns nicht leicht, dem Gedanken des Wohnungseigentums zum Durchbruch zu verhelfen. Man hat aber jetzt doch allgemein erkannt, dass dies eine sehr glückliche Idee war, die tatsächlich entscheidend dazu beitragen kann, die Wohnungsnot zu mildern. Es gibt auf diesem Gebiet noch viel zu machen. Ich erinnere an das Stockwerkseigentum und an die Eigenheimbewegung. Wir wollen auch auf diesem Gebiet unbeirrt weitergehen, da wir genau wissen, dass dieser Weg der richtige ist. Ebenso wird der Siedlungsgedanke von uns in jeder Weise gefördert werden. Das Gefühl, auf eigenem Grund und Boden, in der eigenen Wohnung zu sitzen, erhöht auch das Verantwortungsbewusstsein des Staatsbürgers, da es gleichzeitig die Sicherheit gibt, gegen die Wechselfälle des täglichen Lebens geschützt zu sein.

Durch all diese Massnahmen wird auch unser kulturelles Leben neue Antriebe erhalten. Wohl können wir mit Stolz feststellen, dass wir auf den traditionell erfolgreichen Gebieten österreichischer Kunst, vor allem der Musik, wieder grösste Erfolge zu verzeichnen haben, dass unsere grossen Orchester, unsere grossen Chorvereinigungen und unsere Staatstheater in aller Welt Anerkennung und Bewunderung gefunden haben. Es würden aber auch diese Institute und Körperschaften mit der Zeit an Intensität und Qualität ihres Wirkens Einbusse erleiden, wenn im eigenen Lande ein grösserer Teil der kunstempfindlichen Menschen aus rein wirtschaftlichen Gründen abseits stehen müsste.

Wir können uns auch nicht verhehlen, dass wir unseren wissenschaftlichen Forschungsinstituten nur sehr geringe staatliche Mittel zur Verfügung stellen konnten. Es ist dies aber nicht in einer bewussten Vernachlässigung dieses Gebietes begründet, wie man es häufig zu hören bekommt, sondern einfach der Tatsache, dass dem Staate gegenwärtig die Gelder fehlen, um auch diesen Anforderungen gerecht zu werden. Wo zehntausende Menschen darauf warten, dass auch ihnen aus öffentlichen Mitteln Wohnungen gebaut werden, wo hunderttausende Angestellte, Beamte, Pensionisten und Rentner nach dem Nachziehverfahren rufen, weil sie nur mehr unter grössten Schwierigkeiten imstande sind, den Lebensunterhalt ihrer Familien zu bestreiten, dort muss, so bedauerlich das ist, das augenblicklich menschlich Notwendigere den Vorrang haben. Was Bomben und Kanonen in einem erbarmungslosen Krieg an materiellen Werten zerstört haben, kann wieder nur mit materiellen Mitteln zurückgewonnen werden. Es ist nicht unsere Schuld, wenn damit gleichzeitig die kulturellen Werte eine Wartefrist erhalten müssen, bis sie wieder in den Vordergrund rücken können, um dem Leben der Menschen wieder ein anderes, ein schöneres Gepräge zu geben, als sie es heute zur Schau tragen müssen.

Auf kulturpolitischem Gebiet sind in den letzten zwei Jahren nur einige Geplänkel abgeführt worden. Der Grund dafür ist aber nur darin zu suchen, dass die bezüglichen Probleme noch nicht auf der Tagesordnung der politischen Diskussion stehen konnten. Das dürfte aber nun doch bald der Fall sein. Es muss nun endlich einmal das Unterrichts- und Erziehungswesen zur Debatte gestellt und durch ein neues Gesetz geregelt werden. Dabei wird es ohne Zweifel, ebenso wie in den Fragen der Ehe- und Familiengesetzgebung, mit den Sozialisten harte Auseinandersetzungen geben.

Was nun unsere Koalitionspartner, die Sozialisten betrifft, so hat sich die nach den Wahlen von 1949 mit ihnen neuerlich eingegangene Koalition vom Standpunkt des Staatsinteresses aus absolut bewährt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass eine Koalition, die rund 85 Prozent der österreichischen Bevölkerung repräsentiert, grössere Möglichkeiten eines Erfolges in sich schliesst, als wenn die beiden grossen Parteien gegeneinander handeln würden. Wir stehen auch gar nicht an, den Anteil der Sozialisten am Wiederaufbau unseres Landes anzuerkennen. Wogegen wir uns aber wehren müssen, das ist der sozialistische Brauch, aus diesem oder jenem Kuchen, dessen Bereitung uns gemeinsam gelungen ist, die süssen Zibeben herauszuklauben und diese gerade als jenen wohlschmeckenden Bestandteil zu bezeichnen, den sie dazu beigetragen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Mitunter gehen sie sogar weiter und tun so, als ob wir bei der Zubereitung überhaupt nicht dabeigewesen wären. Geht es aber einmal im Backrohr schief, dann tun sie so, als ob sie gar nichts damit zu tun gehabt hätten. Der Grund für dieses zwiespältige Verhalten der Sozialisten ist darin zu suchen, dass innerhalb ihrer Partei sehr divergierende Kräfte wirksam sind.

----- In einem Punkt allerdings scheinen aber doch alle Sozialisten ----- zusammen der gleichen Meinung zu sein: dass nämlich das Heil Österreichs von einer möglichst weitgehenden Verstaatlichung abhängig sei. Es ist der marxistische Grundsatz, auf dem die Sozialisten heute noch immer beharren, dass die Macht im Staate nur auf dem Wege über die Wirtschaft zu erringen sei. Wir sind nun der Meinung, dass Verstaatlichungen nur dort ihre Berechtigung haben, wo sie sich für die Allgemeinheit als wirtschaftlich zweckmässig erweisen. Wir wehren uns aber gegen Verstaatlichungen, die nur auf Grund eines politischen Prinzips erfolgen und letzten Endes eine Parteiherrschaft zum Ziele haben.

Wenn die Sozialisten gegenwärtig die Verteidigung der Freiheit zu ihrer Parole gemacht haben, so steht ihre Wirtschaftspolitik zu dieser Parole in Widerspruch. (Zustimmung.) Man kann nicht die Partei ^{Freiheit} verteidigen wollen, wenn man diese auf einem der wichtigsten Gebiete des Lebens, auf dem der Wirtschaft, vernichten will. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn uns die Sozialisten immer den Vorwurf machen, dass wir unter Freiheit der Wirtschaft nur eine Freiheit der zügellosen Gewinnsucht verstehen, dass wir die kapitalistische Ausbeutung verteidigen, so ist dies ein veralteter Schlag. Wir leben nicht mehr im 19. Jahrhundert der liberalen Freibeuterei, sondern im 20. Jahrhundert gesetzlich geregelter sozialer Bindungen, die der Freiheit der Wirtschaftenden jene Schranken setzen, die sozialschädigende Wirkungen auf ein Mindestmass herabdrücken. Die Österreichische Volkspartei, die zufolge ihrer bündischen Organisation die Interessen aller Berufsschichten zu vertreten hat, wird die wirtschaftliche Freiheit auch weiterhin in dem vollen Bewusstsein verteidigen, dass sie ^{aller} damit die Freiheit Österreichs verteidigt. (Beifall.)

Bezüglich der Kommunisten habe ich bereits anfangs unsere Stellungnahme dargelegt. Über sie weitere Worte zu verlieren, ist bei unserer staatspolitischen, weltanschaulichen und kulturpolitischen Einstellung überflüssig.

Ich will auch auf das Nationalsozialistenproblem hinweisen, das rein staatspolitisch wohl als bereinigt betrachtet werden kann, das aber für manche ehemalige Nationalsozialisten noch immer einer endgültigen Lösung bedarf. Wir werden auch weiterhin bemüht sein, diese Frage einer gerechten Lösung zuzuführen. Man möge nicht den Schlagworten glauben. Wenn man heute damit krebsen geht, dass ich die § 27-Ansuchen zurückweise, so kann ich sagen: Ich habe bis jetzt in der Funktion des Bundespräsidenten bis auf zwei Anträge,

die nicht genügend begründet waren, alle amnestiert. (Lebhafter Beifall.)

Was das Problem der Volksdeutschen betrifft, so wurde gerade in den letzten Tagen ein wesentlicher Fortschritt erzielt, von dem ich hoffe, dass er schliesslich zu einem Zustand führen wird, der sowohl den Wünschen der Volksdeutschen als auch den Interessen unseres Staates entspricht. Wir werden uns aufrichtig freuen, wenn sich diese grosse Gruppe von tüchtigen und braven Menschen eines Tages wird sagen können: "Nun haben wir in Österreich wieder eine Heimat gefunden!" (Erneuter lebhafter Beifall.)

In dem Quartett der vier politischen Parteien Österreichs im Parlament kommt der Österreichischen Volkspartei jene massgebende Stimme zu, die selbst wieder einen vielstimmigen Akkord darstellt. Es vereinigen sich in ihr die Stimmen aller Schichten unseres österreichischen Volkes. Sie ist ein getreues Abbild unserer gesellschaftlichen Ordnung, und in ihr wird sich immer mehr jene Idee realisieren, die wir der destruktiven Idee des Klassenkampfes entgegenstellen: die Idee des Solidarismus. Wenn dieser Gedanke heute noch nicht in allen Köpfen zum Inhalt eines festen politischen Bewusstseins geworden ist, morgen und übermorgen wird er es sein. Wir hoffen dabei besonders auf unsere Jugend. Sie wird und muss es sein, die sich dieser Idee bemächtigt und für ihre Verwirklichung kämpft. Unsere Jugend muss den Beweis liefern, dass Kampf auch andere Ziele haben kann, als die Menschen aus Klassen- oder Rassenwahn gegeneinander aufzuwiegeln und in verheerende Kriege zu verwickeln. Ich baue auf unsere Jugendbewegung, deren Tätigkeit innerhalb unserer Partei die grösste Beachtung zugewendet werden soll.

Ich baue aber auch auf unsere Frauen, deren mütterlichem Sinn nichts näher liegen kann als ein politisches Konzept, in dem familiäres Zusammenwirken auf die grosse Gemeinschaft des ganzen Volkes ausgedehnt

werden soll. Es ist unserer Frauenbewegung auch sonst höchste Anerkennung zu sollen. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie nicht in den Spuren einer radikalen Emanzipation und unnatürlichen Gleichstellerei mit dem Manne wandelt, sondern in Erkenntnis der natürlichen Berufung der Frau sich darauf beschränkt, ihre Rechte innerhalb des familiären beruflichen Wirkungskreises zur Geltung zu bringen und überall dort in Erscheinung zu treten, wo die Frau ein durchaus natürliches Mitspracherecht besitzt. Das ist heute auch bei vielen öffentlichen Angelegenheiten der Fall, so dass die Frauen auch in den Verhandlungssälen der gesetzgebenden Körperschaften ihren Platz eingenommen haben. Im besonderen will ich darauf hinweisen, wie viel soziale Hilfsbereitschaft in unserer Frauenbewegung vorhanden ist, von deren Realisierung sehr häufig nur wenig in die Öffentlichkeit dringt und für die ich unseren Frauen hiemit den wärmsten Dank unserer Partei zum Ausdruck bringe. (Lebhafter Beifall.)

Arbeiter- und Angestelltenbund, Bauern- und Wirtschaftsbund, Jugend- und Frauenbewegung sind die durch die Idee einer umfassenden Solidarität zusammenwirkenden Glieder unserer Partei, die in ihrer Gesamtheit das feste Fundament unseres Staates bilden. Nichts kann uns in dem Glauben an eine glückliche Zukunft eines freien und unabhängigen Österreichs wankend machen. Wir werden in diesem Glauben stark bleiben und eines Tages die Früchte unserer Beharrlichkeit ernten können.

Auf dem Wege dahin werden wir in allernächster Zeit eine Kraftprobe abzulegen haben: Bei der Wahl des neuen Bundespräsidenten. Wir hoffen, dass sich dieser Wahlakt in jenen Formen abspielen wird, die der Würde und der Verantwortung des künftigen Staatsoberhauptes entsprechen, und wir hoffen zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, dem Kandidaten der Österreichischen Volkspartei, dem Kandidaten der

Österreicher, dem patriotischen Österreicher, die Mehrheit der Stimmen zu bringen. (Stürmischer Beifall.) Diesen Punkt haben wir am Sonntag in der Plenarsitzung noch in einem eigenen Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Aber, meine verehrten Parteifreunde, meine heutigen Ausführungen wären mangelhaft, wenn sie nicht auch ein offenes Bekenntnis unserer Partei zu jener Idee enthielten, die in allen Staaten immer stärker in den Vordergrund des allgemeinen Interesses rückt: Es ist dies die Idee eines geeinten Europas. (Lebhafter Beifall.)

Die desolaten wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit in allen europäischen Ländern haben dazu beigetragen, dass diese Idee zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet zu realisieren versucht wurde. Der Marshallplan ist es vor allem gewesen, der zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit von 16 europäischen Staaten, darunter auch Österreich, geführt hat. Es folgte der Schuman-Plan und ähnliche Massnahmen wie Europa-Union usw. Alle diese Konstellationen weisen letzten Endes auf die Notwendigkeit auch eines politischen Zusammenschlusses der europäischen Staaten hin. Was der Souveränitätsglaube der einzelnen Nationen bisher verhindert hat, das wird durch die Hölle der Zeit nur allmählich verwirklicht werden: ein geeintes Europa, dessen Souveränität über die Hoheitsansprüche der einzelnen Nationen gesetzt werden soll. Die Vereinigten Staaten von Europa sind das Ziel, das nach Überwindung aller historischen Gebundenheiten erreicht werden soll. Der Weg dahin ist noch von zahlreichen Hindernissen verstellt, und doch will es uns scheinen, dass diese Idee einer europäischen Einigung durch den harten Zwang einer geschichtlichen Entwicklung immer mehr ihres ursprünglich utopischen Charakters entkleidet wird und in das Stadium der Realisierung tritt.

Damit würde in Europa - soweit es sich um das Europa der demokratischen Freiheit handelt - eine Ordnung geschaffen mit einem wirtschaftlichen Potential, das die Lösung jener zahlreichen ökonomischen und sozialen Probleme ermöglichen würde, die von den einzelnen nationalen Wirtschaften bisher nicht gelöst werden konnten.

Aber auch noch einem anderen Ziele würden wir durch ein geeintes Europa wesentlich näher kommen: dem Ziel einer höheren Sicherung des Weltfriedens. Dieses Zieles wegen allein schon wollen wir uns als Österreichische Volkspartei an die Seite aller derer stellen, die um das geeinte Europa kämpfen, aus dem in weiterer Folge ein Weltbund geeinter Staaten auf den Grundlagen von Freiheit und gesetzlichen Rechten hervorgehen soll.

Hoher Parteitag! Ich habe mich bemüht, in diesen kurzen Umrissen einen Rechenschaftsbericht über unsere Arbeit in den letzten Jahren zu geben und Ihnen darzulegen, was wir in der Zukunft zu tun beabsichtigen. Wenn heute das Ausland bewundernd auf den Wiederaufbau in Österreich blickt, dann können wir mit Stolz sagen, dass die Österreichische Volkspartei als grösste Partei des Staates auch den grössten Anteil an diesen Erfolgen hat. Diesen Erfolg hätte natürlich nie die Parteiführung allein erzielen können. An dieser Unmasse von Arbeit waren all die Hunderttausende von Mitgliedern und Freunden unserer Partei beteiligt, durch deren Vertrauen wir an die Spitze des Staates gestellt wurden. Keinem von uns, die wir an verantwortlichen Staats- oder Parteistellen stehen, wäre es möglich, erfolgreich zu wirken ohne die tatkräftige Mitarbeit der zahllosen Funktionäre, Mitglieder und Freunde unserer Partei. Denn nur dann, wenn die Zusammenarbeit von der Bundesparteileitung bis zur kleinsten Ortsgruppe, bis zur kleinsten Zelle hinab klaglos funktioniert, kann unsere Partei ihre bisherige Stärke bewahren und ihre Funktionen und Positionen weiter ausbauen.

Die Österreichische Volkspartei ist die Partei mit der breitesten Basis. Sie hat für alle Platz, die sich zu Österreich bekennen. Ich kann sie daher auch die demokratischste Partei von allen nennen und jeder, der bei uns mitarbeitet, kann für sich den Erfolg in Anspruch nehmen, dass Österreichs Wiederaufbauwerk dargestellt.

Wir müssen aber auch Ordnung in unserem Hause halten und wir werden es auch tun. Dort, wo etwas unsauber ist, dort, wo sich Korruption oder Protektionswirtschaft einnistet, dort werden wir nichts decken. (Lebhafte Zustimmung.) Dort müssen wir auch in Zukunft unumsichtig durchgreifen, und wir werden keinen decken, der gegen die hohen ethischen Grundsätze unserer Partei verstößt. (Erneute Zustimmung.) Wir sind nur dann würdig, das höchste Ziel, das wir alle haben, die Freiheit unserer Heimat, zu erreichen, wenn wir, wie bisher fanatisch an die Zukunft unseres Vaterlandes glauben, wenn wir von der Richtigkeit des Weges, den unsere Partei geht, absolut überzeugt sind, und wenn wir alle unsere Kräfte einsetzen für eine positive Arbeit für unseren Staat und unsere Partei. Wenn wir in diesem Sinne handeln, dann braucht uns um die Zukunft nicht bange zu sein. Und wenn dann heute und morgen in den Kommissionen und Ausschüssen gearbeitet wird, dann, liebe Parteifreunde, in den fanatischen Glauben an unsere Heimat, in der fanatischen Verantwortung für unsere alte Parole: Alles für unsere österreichische Heimat! (Stürmischer, sich wiederholender Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Landeshauptmann I. L. K. I. Sehr geschätzter Herr Bundeskanzler, lieber Parteiboss! Der reiche Beifall hat den Bericht unseres Herrn Bundeskanzlers bereits mit Dank quittiert. Wir wollen aber nicht nur danken für den ausführlichen Bericht, sondern vor allem für die Arbeiten und Mühen, die aus diesem Bericht heraus uns entgegengeklungen haben und denen sich unser Bundeskanzler und Parteiboss in dieser abgelaufenen Berichtszeit so vorbildlich unterzogen hat. (Lebhafter Beifall.)

Wie man sagt, dass man zwischen den Zeilen lesen könne, so kann man wohl auch sagen, dass wir zwischen seinen Worten heraus auch fühlen konnten, was für Mühen und Opfer es gekostet hat, um alle diese Erfolge, von denen wir gerne Kenntnis genommen haben, zu erreichen. Die Österreicher haben sowohl in ernsten Stunden wie auch in gemütlichen Situationen ein Sprichwort, das da heisst: "Wir haben's nicht leicht". Wir möchten fast versucht sein, dieses Sprichwort im ernsten Sinne des Wortes auf unseren Bundeskanzler und Parteiboss anzuwenden, mit dem Hinweis, er hat es wirklich auch nicht immer leicht. Einmal dann, wenn es gilt, als Bundeskanzler dem Grundsatz des Allgemeinwohls zum Durchbruch zu verhelfen, und auch dann, wenn er sich als Parteiboss vor der Aufgabe sieht, den Solidarismus in den eigenen Reihen zum Durchbruch zu verhelfen; in dem Bewusstsein, dass es nie gelingen wird, alle Wünsche zu erfüllen und es allen Leuten recht machen zu können. Aber wir können in dem Bewusstsein, dass er sich redlich bemüht hat, diesen beiden Aufgaben gerecht zu werden, ihm bei diesem Anlass nicht genug Dank aussprechen. Wir wollen ihm den Dank vor allem in der Form zum Ausdruck bringen, dass wir ihm auch gerade bei dieser Tagung hier in Salzburg helfen wollen, diese zwei Grundsätze, das Allgemeinwohl und den Solidarismus, zum Durchbruch zu bringen. Das wird der beste Dank sein, den wir ihm erstatten können.

Abschliessend möchte ich noch im Hinblick auf den vorher ausgesprochenen Wunsch, es möge im Anschluss an die Ausführungen, an den Bericht des Bundeskanzlers eine Debatte erfolgen, kurz darauf hinweisen, dass morgen bei der Behandlung der Anträge aus den Ausschüssen hier im Hause ja die Möglichkeit gegeben wird, dass der eine oder andere auf die hier gesprochenen Worte in der Debatte zurückkommen kann.

Das nächste ist der Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Ich bitte den Berichterstatter Dr. Jung das Wort zu nehmen.

Ref. Dr. J u n g: Hoher Bundesparteitag! Die Mandatsprüfungskommission hat nach eingehender Prüfung der vom Büro des Bundesparteitages sehr sorgfältig und übersichtlich zusammengestellten Tagungsunterlagen folgende Feststellungen getroffen:

Es wurden ordnungsgemäss 357 Delegierte mit beschliessender Stimme eingeladen. Die Delegierung erfolgte auf Grund des Bundesparteiorganisationsstatuts hinsichtlich der vermehrten Anzahl der Delegierten der Österreichischen Frauenbewegung und bei den Delegierten des Österreichischen Freiheitskämpferbundes auf Grund der Beschlüsse des letzten Bundesparteitages.

Gleichfalls ordnungsgemäss wurden 155 Delegierte mit beratender Stimme eingeladen.

Die Mandatsprüfungskommission hat sich ausserdem davon überzeugt, dass die zur allfälligen Verwendung gemäss der - vom Hohen Bundesparteitag jedoch verworfenen - Bestimmung des § 1 Abs.1 lit.d der Geschäftsordnung bereitgehaltenen Delegiertenkarten unausgefüllt und vollzählig vorhanden sind und unter Verschluss genommen wurden.

Auf Grund dieser Feststellungen hat die Mandatsprüfungskommission einhellig beschlossen, den Bundesparteitag als ordnungsgemäss einzuberufen, ordnungsgemäss zusammengesetzt und infolge der Zahl der erschienenen Delegierten auch als beschlussfähig zu bezeichnen.

Ich habe die Ehre, namens der Mandatsprüfungskommission den hohen Bundesparteitag um Genehmigung dieses Berichtes zu bitten. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Sie haben den Bericht der Mandatsprüfungskommission gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich nehme an, dass Sie den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen haben.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Vorher darf ich meinen Kollegen zur Linken bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

Landeshauptmann Dr. K l a u s (den Vorsitz übernehmend) : Auf der Tagesordnung steht als nächster Punkt der Bericht des Herrn Generalsekretärs, des Bundesministers Dr. Felix Hurdes. (Widerspruch. - Ruf: Zuerst Punkt 7!) Ich bitte den hohen Bundesparteitag um eine Verschiebung der Punkte der Tagesordnung. Punkt 7 ist noch nicht verhandlungsreif. Wir wollen diesen Punkt etwas zurückstellen und in der Zwischenzeit den Punkt 8:

Bericht des Generalsekretärs.

hören. Während des Berichtes des Herrn Generalsekretärs möge die zuständige Kommission zusammentreten.

8. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Generalsekretärs, Bundesminister Dr. Felix H u r d e s : Hoher Parteitag, verehrte Gäste, liebe Parteifreunde! Vor kurzem wurde in Wien im Burgtheater die Premiere von Carl Z u e k m a y e r's grossem Drama "Der Gesang im Feuerofen" gefeiert. In einem grossartigen Spiel werden in diesem Zeitstück alle die Probleme lebendig, die unsere Tage bewegen. In dem wirbelnden Durcheinander von Leben und Tod, von Treue und Verrat, von Liebe und Hass, von Schuld und Sühne klingt das Spiel aus indem Epilog mit der Mahnung an die Menschen unserer Zeit: "Was zersprengt wird von den Kräften der Zeit, bindet, bindet neu in Euren Werken."

Ein dichterischer Seher weist in diesem Stück den Menschen unserer Tage den Weg aus dem Chaos in eine vernünftige Ordnung. Es ist der Weg des Bindens, der Verbindens, der Weg der Gemeinschaft.

Aus diesem Geiste der Gemeinschaft haben wir uns seinerzeit in unserer Österreichischen Volkspartei zusammengeschlossen, in diesem Geiste der Gemeinschaft sind wir immer wieder bestrebt, alles das zu binden, was zersprengt wurde und zersprengt wird von den Kräften der Zeit. So wie der Dichter aus den Nöten der Zeit den Weg zur Gemeinschaft weist, so rufen wir immer wieder im Geiste des von uns vertretenen Solidarismus die Menschen zur Zusammenarbeit aller zum Wohle aller.

Als eine wahre Volkspartei rufen wir im Geiste des Solidarismus die Menschen immer wieder auf, sich loszumachen von den verschiedenen Egoismen, die das Gefüge der Menschheit zersprengen, sich loszumachen von dem Egoismus des Einzelnen, dem Egoismus einzelner Gruppen und Klassen, aber auch von dem Egoismus ganzer Völker.

Wir freuen uns, dass dieser Geist des Solidarismus als Grundlage

11
des Zusammenlebens der Menschen nicht nur bei uns in Österreich, sondern auch in den anderen europäischen Ländern immer lebendiger wird. Große und starke christlich-demokratische Parteien in vielen Ländern sind Träger dieser Idee. Und wir freuen uns auch darüber, dass die ideelle Verbundenheit dieser christlich-demokratischen Parteien auf unserem Parteitag durch die so starken und repräsentativen Vertretungen aus den verschiedenen Ländern lebendig zum Ausdruck kommt. Das Bewusstsein der gemeinsamen Bestrebungen gibt uns allen neuen Auftrieb für unsere Arbeit.

Das erfolgreiche Vordringen des Gedankens des Solidarismus beweist uns aber auch, dass diejenigen, die so gerne davon reden, dass ihnen die Zukunft gehöre, in Wirklichkeit einer bereits veralteten Doktrin anhängen. Das gilt besonders von Marxismus in seinen verschiedenen Schattierungen. Die Marxisten übersehen, dass Karl Marx' Buch "Das Kapital" auch nur ein Kind seiner Zeit, ein zeitbedingtes Buch ist, das für damals manches Richtige gesagt haben mag, dass aber mit den geänderten Zeiten auch die Gültigkeit der Erkenntnisse dieses Buches sich geändert hat. Diese Tatsache bleibt richtig, wenn auch die Marxisten immer wieder versuchen, aus dem Marxismus eine zeitlose Weltanschauung zu machen. Solchen Versuchen gegenüber muss, wie ich bereits einmal betonte, mit aller Eindeutigkeit festgestellt werden, dass es nur ein Buch gibt, das zeitlosen Wert hat, das ist die Bibel, aber niemals "Das Kapital" von Marx. (Lebhafter Beifall.)

Trotz allen Grosssprechereien der Marxisten, die in Wirklichkeit ein in seinen Grundzügen längst überholtes Programm vertreten, müssen wir immer wieder mit aller Eindeutigkeit darauf verweisen, dass in Wahrheit das Programm des von uns vertretenen Solidarismus ein zeitgemässes und in besten Sinn des Wortes modernes Programm ist. Dieses zeitgemässe

22

moderne Programm des Solidariamus ist wohl auch der innerste Grund für die Erfolge, die unsere Partei trotz aller Schwierigkeiten erringen konnte: als die Österreichische Volkspartei im Jahre 1945 auf den Plan trat, wurde sie von den Österreichern verstanden, sie wurde gehört, als sie schon im Jahre 1945 auf die Durchführung von Wahlen drängte, um den kommunistischen Einfluss in der Regierung zu beseitigen. Damals hatten ja die Kommunisten insbesondere das Innenministerium mit der Verfügung über die Exekutive und auch das für die geistige Entwicklung im Lande massgebliche Unterrichtsministerium in ihren Händen. Bei der Wahl im November 1945 erreichte die Österreichische Volkspartei, getragen vom Vertrauen der Mehrheit unseres Volkes, die absolute Mehrheit. Seit diesem Zeitpunkt wurde mit unserem Bundesparteiobmann Dr. h. c. Ing. Leopold Figl als Bundeskanzler an der Spitze der Regierung in einer Koalition mit den Sozialisten die Fülle der schwierigen Probleme, welche die Nachkriegszeit dem vierfach besetzten Lande stellte, gemeistert. (Beifall.) Wieviel in dieser Zeit erreicht wurde, geht daraus hervor, dass sich gar viele nicht einmal mehr daran erinnern, wie schlecht es uns damals zur Zeit der Bildung der ersten Regierung Figl gegangen ist. (Zustimmung.)

Die Wahl im Oktober 1949 machte die Volkspartei wieder zur stärksten Partei, wenn auch diesmal nicht die absolute Mehrheit erreicht wurde. Diese führende Position erreichte die Österreichische Volkspartei trotz aller Versuche, durch möglichst viele Aufspaltungen im nichtmarxistischen Lager unsere Partei um die führende Stellung zu bringen. Auch die Sozialisten taten alles dazu, um nach dem Grundsatz "divide et impera" die Unvernunft unter den Nichtmarxisten zu fördern und zu nähren. Die Geburtshelferdienste und Ammendienste der Sozialisten und insbesondere des sozialistischen Innenministers Helmer für den VdU sind allgemein bekannt. Und trotzdem die Sozialisten mussten die für den Wahltag abends zur Feier ihres Wahlsieges vorgesehenen Fackelzüge absagen, und die nicht leicht in die Knie zu bringende "Arbeiter-Zeitung" musste

in der ersten Nummer nach dem Wahltag im Leitartikel wörtlich zugeben:
 "Wir haben eine Nacht vor Zorn geweint".

Es hat eben auch die Wahl vom 9. Oktober 1949 bewiesen, dass die Österreichische Volkspartei in den breitesten Schichten des österreichischen Volkes verankert ist und dass sich ihre Position auch durch die verschiedensten taktischen Manöver nicht erschüttern lässt. Wir sind überzeugt, dass auch in der Arbeiterschaft immer mehr die Überzeugung Raum gewinnt, dass die Zukunft nicht nach den Doktrinen des Marxismus, sondern nur aus dem Geiste des Solidarismus gestaltet werden kann. Will die sozialistische Parteiführung und die „Arbeiter-Zeitung“ diese in der ganzen freien Welt aufscheinende Entwicklung "Fort vom Marxismus" nicht zur Kenntnis nehmen, so werden sie noch manche Nacht vor Zorn weinen müssen.
 (Beifall.)

Die Österreichische Volkspartei ist und bleibt die staaterhaltende Partei dieses Landes. Das Schicksal Österreichs ist und bleibt mit dem Schicksal der Volkspartei innig verbunden. Im Dienste an Österreich hat die Österreichische Volkspartei oft genug ihre Parteinteressen zurückgestellt. Dies geschah auch dann, wenn gelegentlich selbst ein Teil unserer eigenen Parteifreunde deshalb Vorwürfe erhob.

Es ist daher auch begründet, dass wir an die Spitze des Mottos für unseren Parteitag das Wort "Österreich" stellten. Unsere Funktionäre und Mandatäre wollen in erster Linie diesem Land dienen. Sie sind Menschen, die an dieses Österreich glauben. Viele sind darunter, die an unser Österreich auch geglaubt haben, wie es offiziell bereits totgesagt war. Viele sind darunter, die aus den bitteren Erfahrungen unserer Zeit den Weg zu den bewussten Österreichern gefunden haben. Dieser unerschütterliche Glaube wird auch in der Zukunft Leistungen erbringen, die uns an das Wort erinnern, dass der Glaube Berge versetzen kann.

Neben dem Wort "Österreich" finden wir als Leitwort für unseren Parteitag auch die Worte: Recht und Freiheit. Das will sagen:

1. eine staatliche Ordnung wird nur dann dauerhaften Bestand haben, wenn ihre Grundlagen Recht und Gerechtigkeit sind,
2. die staatliche Ordnung darf niemals dazu missbraucht werden, dem Menschen seine Freiheit zu rauben, sie hat vielmehr die Freiheit der Menschen zu gewährleisten.

In den Referaten der Bundesparteiohmann-Stellvertreter über "Der freie Arbeiter", "Der freie Bauer" und "Der freie Wirtschaftler" soll dies noch näher ausgeführt werden.

Wir wollen aber auch in diesem notwendigerweise nicht zu langen Bericht, der nur eine Ergänzung dessen sein soll, was unser Bundesparteiohmann schon gesagt hat und was in den erwähnten Referaten der Bundesparteiohmann-Stellvertreter noch gesagt wird, prüfen, ob diese Grundsätze in unserer Arbeit verwirklicht wurden und wie sie in der Zukunft noch mehr verwirklicht werden können.

Die Partei.

Man zunächst ein Wort zur Partei selbst: Die oft geschmähte Bündeorganisation hat sich durchaus bewährt. Sie entspricht der Realität des Lebens, das sich in der Vielfalt darstellt und sich immer wieder gegen eine unnatürliche Gleichschaltung zur Wehr setzen wird. Wenn wir noch einen Beweis für die Zweckmäßigkeit der Bünde benötigten, so ist es wohl in der Tatsache zu erblicken, dass die Sozialisten, die sich so sehr gegen unsere Bünde wenden und sie als Überbleibsel aus einer beraufständischen Ordnung bezeichnen, in ihrer Partei selbst den Versuch unternahmen, die Bauern im "Arbeitsbauernbund" und die Gewerbe- und Handelstreibenden im "Freien Wirtschaftsverband" zu erfassen.

15
Ihr mit einem Unterschied: während den Sozialisten dies nicht gelingt, sind unsere Bünde machtvolle Organisationen.

Wir dürfen jedoch niemals vergessen, dass die Partei mehr ist als ein Bund, ja dass die Partei auch mehr ist als die Bünde zusammen. Der Körper ist auch mehr als der Kopf und der Rumpf und die Glieder, und auch mehr als das Knochensystem, das Muskelsystem, das Nervensystem, und was man sonst noch aufzählen könnte. Nur ein Materialist, der die Wirklichkeit des Lebens nicht erfasst, kann meinen, dass in der Summe der einzelnen Teile die lebendige Wirklichkeit des Ganzen erfasst ist.

Es ist daher sinnvoll, dass bereits der erste Bundesparteitag im April 1947 über das Verhältnis von Partei und Bünde folgende Resolution beschlossen hat:

"Stellungnahmen in der Öffentlichkeit, auch seitens einzelner Vertreter der Bünde, können nur unter dem Gesichtspunkt der Einheitlichkeit der Partei erfolgen. Die Festlegung der programmatischen Grundsätze ist Angelegenheit der Gesamtpartei. In allen politischen Fragen ist der unbedingte Primat der Österreichischen Volkspartei anzuerkennen."

Die Parteileitung hat wohl mit Recht auf die Einhaltung dieser Grundsätze immer wieder gedrängt, weil nur so eine geordnete Arbeit innerhalb der Partei gewährleistet ist.

Auch die Spannung zwischen der jüngeren und der älteren Generation war in der Partei gelegentlich zu fühlen; am stärksten dort, wo nur theoretisiert und kritisiert wurde, am wenigsten oder meist gar nicht dort, wo ehrlich gearbeitet wurde. (Zustimmung.) Die leitenden Organe der Partei und der Bünde haben sich daher immer wieder bemüht, junge Kräfte zur Arbeit heranzuziehen. Wir freuen uns, dass es in bedeutendem Umfange gelungen ist, junge Menschen als Funktionäre und auch als Mandatäre

- denken wir nur an unsere vielen Mandatare in den einzelnen Gemeinden - in unsere Arbeit einzubauen. Und auch in Zukunft wird das so geschehen. Aber auch in der Zukunft muss die Parole für alle jungen Menschen, die erkennen, dass der Weg der Österreichischen Volkspartei der richtige ist, lauten: nicht kritisieren oder zumindestens nicht bloss kritisieren, sondern vor allem mitarbeiten ! (Starker Beifall.)

Wir freuen uns, feststellen zu können, dass die Österreichische Jugendbewegung besonders in der letzten Zeit durch ernste, zielstrebige Arbeit schöne Erfolge erzielt hat. Auch die personelle Zusammensetzung der Führung der Österreichischen Jugendbewegung ist derzeit so gut gelöst wie kaum einmal zuvor. Wir dürfen daher mit Recht hoffen, dass unsere Österreichische Jugendbewegung ihre Arbeit weiter erfolgreich gestalten wird. Die Aufgabe der Partei, insbesondere auch aller massgeblichen Funktionäre und Mandatare muss es aber sein, diese wertvolle Arbeit entsprechend zu unterstützen. (Erneuter Beifall.)

Mit der "Jungen Front" hat es gelegentlich - auch in den letzten Tagen, und auch heute hat man etwas gemerkt - Reibereien gegeben, die aber in der Öffentlichkeit gerne übertrieben werden. Viel zu wenig wurde und wird betont, dass die Tätigkeit der "Jungen Front", die in den Bundesländern sehr verschieden ist, in einzelnen Bundesländern so ist, dass zwischen der Partei und der "Jungen Front" in gemeinsamer Arbeit das beste Verhältnis herrscht. (Zustimmung.) Wir können nur wünschen, dass diese guten Beispiele überall Schule machen.

Ein Wort der Anerkennung soll auch in diesem Referat für die Arbeit der Österreichischen Frauenbewegung gesagt sein, gerade deshalb, weil sich diese Arbeit oft in aller Stille vollzieht und daher kaum bedankt wird. Die Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung

und Parteiobermann-Stellvertreterin, Frau Nationalrat Solar, wird ja am Sonntag Gelegenheit haben, in einem Kurzreferat einiges über diese Arbeit zu sagen. Wir wollen aber auch auf dem Bundesparteitag zum Ausdruck bringen, dass wir die Arbeit der Österreichischen Frauenbewegung wohl zu schätzen wissen und dass der Bundesparteitag der Österreichischen Frauenbewegung für ihre aufopferungsvollen Bemühungen den allerherzlichsten Dank sagt. (Starker Beifall.)

Erfreulich ist auch die Entwicklung der Mitgliederbewegung. Sie ist nach wie vor ansteigend. Seit dem letzten Bundesparteitag hat sich der Mitgliederstand um 62.648 Mitglieder erhöht. Unser derzeitiger Mitgliederstand beträgt 593.785. (Erneuter lebhafter Beifall.) Es ist dies ein Mitgliederstand, über den in Österreich noch nie eine nichtmarxistische Partei berichten konnte. Wir begreifen auch, wie viel organisatorische Arbeit notwendig ist, um den Aufgaben gerecht zu werden, die sich aus der Größe und der Bedeutung unserer Partei ergeben.

In diesem Zusammenhang ist es unerfreulich, berichten zu müssen, dass wir vielfach in der Parteiarbeit dadurch behindert sind, dass uns die notwendigen finanziellen Mittel nicht immer in ausreichendem Masse zur Verfügung stehen. Bei den Mitteln, welche die Partei zu verwenden hat, merken wir auf jeden Fall gar nichts davon, dass wir angeblich eine "kapitalistische" Partei seien. (Heiterkeit!) Der bei weitem überwiegende Teil unserer Mitglieder ist mit irdischen Gütern keineswegs reichlich gesegnet. Umsomehr ist wohl der Appell gerechtfertigt, dass alle diejenigen, die hiezu die Möglichkeit haben, ihre Opferfreudigkeit stärker als bisher unter Beweis stellen mögen. Es ist eines der ernstesten innerparteilichen Probleme, für unser Parteibudget regelmässig die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ich habe in mein Referat auch diese mehr organisatorischen Bemerkungen eingebaut, weil auf diesem Parteitag leider infolge Erkrankung unser Hauptreferent für Organisation und Werbung, Staatssekretär Graf, nicht selbst zu Worte kommt.

Am Ende meiner Ausführungen zu dem Kapitel "Die Partei" möchte ich noch eine grundsätzliche Feststellung machen, die/wenn wir sie immer befolgen - uns garantiert, über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen, die oft notwendigerweise in einer weitgespannten Partei, in der auch die verschiedensten Interessen geltend gemacht werden, auftreten können. Wir haben stets mit Recht darauf verwiesen, dass wir an Stelle der verschiedensten Doktrinen wieder den Menschen in den Mittelpunkt aller unserer politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bemühungen stellen. Vergessen wir auch für unsere Partei selbst niemals: wir dürfen nie und nimmer eine Partei der Interessen werden, sondern wir müssen immer bleiben eine Partei lebendiger, zeitaufgeschlossener Menschen. (Lebhafter Beifall.)

Das Verhältn. nis zu unseren Koalitionspartner.

Der Bundesparteiobmann, Bundeskanzler Dr.h.c. Ing. Leopold Figl, hat in seinem Referat bereits über die Zweckmässigkeit der Koalition, zu der wir uns immer offen bekannten, gesprochen und auch auf die Schwierigkeiten verwiesen, die sich aus dem Verhalten unserer Koalitionspartner ergeben.

Ich möchte ergänzend hervorheben, dass es eine untragbare Belastung der Koalition sein muss, wenn auch nur einzelne massgebliche Funktionäre der Sozialistischen Partei glauben, sich über die Verpflichtungen hinwegsetzen zu können, die, wie uns, auch den Sozialisten, die Koalition auferlegt.

29
Konkret möchte ich zwei Beispiele anführen:

1. Der zentrale Schulungsreferent der SPÖ, der infolge seiner Funktion notwendigerweise auf den ganzen Vertrauensmännerapparat der SPÖ und insbesondere auch auf die junge Generation innerhalb der SPÖ einen bedeutenden Einfluss hat, der sozialistische Nationalrat Karl Czernetz, hat in der offiziellen sozialistischen Monatsschrift "Die Zukunft" unmittelbar nach der letzten Regierungsbildung im November 1949 von einer Koalition ohne Koalitionsgesinnung geschrieben. Es ist klar, dass diese Formulierung in Wirklichkeit eine versteckte Ablehnung der Koalition ist. So wie es keine Kameradschaft ohne Kameradschaftsgesinnung, keine Ehe ohne Ehegesinnung, ja überhaupt keine Gemeinschaft ohne Gemeinschaftsgesinnung gibt, so gibt es selbstverständlich auch keine Koalition ohne Koalitionsgesinnung.

Dieses Wort von der Koalition ohne Koalitionsgesinnung, bringt auch immer wieder, besonders beim linken Flügel der SPÖ, ganz unmögliche Früchte. Zu diesem linken Flügel gehört, wie allgemein bekannt ist, insbesondere die sozialistische Jugend, in der sich offenbar der Einfluss des Nationalrates Karl Czernetz besonders bemerkbar macht. Es ist schon mehrfach darauf verwiesen worden, dass die sozialistische Jugend nach bewährtem faschistischen Beispiel ihre Unzüge durch Sprechhöre zu verschönern sucht, in denen immer wieder vom Regierungschef, unserem Bundeskanzler und Bundesparteiobmann Figl angefangen, über verschiedene andere Funktionäre unserer Partei schliesslich auch diese selbst in unglaublicher Weise öffentlich beschimpft werden. Ähnliches ist wiederholt auch in der offiziellen Zeitschrift der sozialistischen Jugend "Trotzdem" festzustellen.

Die Sozialisten mögen zur Kenntnis nehmen, dass unserer österreichischen Jugendbewegung die SPÖ und ihre führenden Persönlichkeiten sicherlich

90

nicht sympathischer sind als der sozialistischen Jugend die Österreichische Volkspartei und ihre führenden Leute. Unsere Jugend hat sich aber niemals solche Übergriffe geleistet, wie die sozialistische Jugend am laufenden Band. Wenn die sozialistische Jugend schon nicht aus Gründen des Anstandes weiss, was sich gehört, so wird man sie daran erinnern müssen, dass die bestehende Koalition auch diesem Teil aus dem sozialistischen Lager Verpflichtungen auferlegt. Sollte der radikale linke Flügel in der SPÖ machen dürfen, was er will, dann muss man begreiflich finden, dass wir ernstliche Bedenken haben, ob die vernünftigen Leute in der SPÖ uns auf die Dauer Gewähr dafür geben können, dass nicht eines Tages dieser radikale Flügel, der eine grosse Gefahr für die demokratische Entwicklung in Österreich ist, in der SPÖ das Heft in die Hand nimmt und statt einer vernünftigen Politik der Mitte und der Verständigung eine unvernünftige Politik gefährlicher Extreme betreibt.

Wessen Geistes diese extremen Elemente sind, soll an Hand von zwei Stellen aus der schon erwähnten offiziellen Zeitschrift der sozialistischen Jugend "Trotzdem" belegt werden. Dort heisst es im Jänner dieses Jahres unter Bezug auf die österreichischen Nationalfarben Rot-Weiss-Rot: "Der Arbeiter hat kein Vaterland- so heisst es in unserem ersten wissenschaftlichen Programm im 'kommunistischen Manifest' -Rot-Weiss-Rot, das sind die Farben des bürgerlichen Österreichs, daher hat die ÖVP nicht zu Unrecht diese Farben zu den ihren gemacht. Die Arbeiter müssen erst recht bei ihrer Fahne, der roten, bleiben, die einzige Fahne ist und bleibt rot."

In der nächsten Nummer schrieb die Zeitschrift der sozialistischen Jugend "Trotzdem" wieder über die Fahnenfrage wie folgt: "Diese Fahnen" - nämlich die rot-weiss-roten - "sind das Kennzeichen des österreichischen

Staat. Was haben wir gemein mit diesem Staat? Unsere Heimat ist die Internationale, unsere Fahnen werden die Farben des internationalen Proletariates haben: sie werden blutig rot sein!" (Entrüstungsrufe.)

Diese Äusserungen bedürfen wohl keines Kommentars. Jeder Mensch wird aber verstehen, dass wir in einer Koalition auf der Hut sein müssen, wo der zentrale Schulungsleiter der Koalitionspartei von einer Koalition ohne Koalitionsgesinnung ^{mit solchen Fühlern} schreiben darf.

Das zweite Beispiel dafür, was massgebliche Funktionäre der SPÖ mit dem Bestand der Koalition für vereinbar halten:

Am letzten Parteitag der SPÖ im November v.J. hat der erste Zentralsekretär der SPÖ, Bundesminister Ing. Waldbrunner wortwörtlich erklärt: "Der Klassenkampf wird selbstverständlich auch in der Regierung geführt. Aber man kann ihn dort nicht allein führen. Jeder von uns muss ihn auf jenem Platze führen, auf dem er steht."

Es kann wohl nicht Wunder nehmen, dass wir mit diesem Exponenten der SPÖ, der die Totalität des Klassenkampfes von den Regierungsstellen bis zu dem letzten Arbeitsplatz in den Betrieben verbindet, notwendigerweise innerhalb der Koalition in immer grössere Schwierigkeiten kommen. (Ruf: Misstrauen aussprechen!) Auch hier wie bei den zentralen Schulungsleiter der SPÖ, Nationalrat Karl Caernetz, handelt es sich um grundsätzliche Einstellungen, die auf die Dauer mit dem Bestand der Koalition nicht vereinbar sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist allgemein bekannt, dass anlässlich der letzten Regierungsbildung innerhalb unserer Partei mehrfach auf die Gefahr verwiesen wurde, die daraus entstehen kann, dass einem Sozialisten die verstaatlichten Betriebe ausgeliefert werden. Es wurde daher anlässlich der Regierungsbildung eindeutig festgelegt:

1. dass den verstaatlichten Betrieben weiterhin ihre wirtschaftliche

Selbständigkeit vollkommen gewährleistet ist, dass sie nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu führen sind, und zwar von den eigenen Organen der verstaatlichten Betriebe, wobei die Vertretung der einzelnen Betriebe bei den Kammern und Fachgruppen liegt, so dass dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe hinsichtlich der verstaatlichten Betriebe lediglich die dem Staate zukommenden Hoheits- und Aufsichtsrechte obliegen;

2. dass einer Parteienkommission beim Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, der je drei Vertreter der beiden Regierungsparteien angehören, alle Fragen, die den organisatorischen Aufbau und die personelle Besetzung der leitenden Organe der verstaatlichten Unternehmungen berühren, vorzulegen sind, und

3. wurde ausdrücklich festgelegt: für den Fall, dass keine Einigung in der Parteienkommission erzielt wird, besteht ein Rekursrecht an die Regierung, so dass diese endgültig zu entscheiden hat.

Bundesminister Ing. Waldbrunner hat nun in der letzten Zeit hinsichtlich der verstaatlichten Betriebe Verfügungen getroffen, die mit diesen eindeutigen Vereinbarungen nicht in Einklang zu bringen sind. Bundesminister Ing. Waldbrunner muss zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht gewillt sind, uns weiterhin solche Übergriffe gefallen zu lassen. (Beifall.) Wir bestehen unbedingt darauf, dass nicht auf irgendwelchen Umwegen der Versuch unternommen wird, gegen den klaren Wortlaut und den Geist der seinerzeit getroffenen Vereinbarungen zu handeln. Sollte da oder dort aus irgendwelchen Gründen über die dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe zustehende Kompetenz der blossen Ausübung der Hoheits- und Aufsichtsrechte hinaus irgendein Eingriff in die eindeutig festgelegte wirtschaftliche Selbständigkeit der ver-

53

staatlichten Betriebe notwendig sein, so kann diesen niemals Bundesminister Ing. Waldbrunner allein vornehmen, sondern höchstens die Bundesregierung. Auf jeden Fall werden wir niemals dulden, dass Bundesminister Waldbrunner sein Bundesministerium als eine illegale Generaldirektion für verstaatlichte Betriebe ausbaut und dadurch den Weg der Volksdemokratie zur Errichtung eines Staatskapitalismus beschreitet. (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir seinerzeit einer Verstaatlichung auf verschiedenen Gebieten zugestimmt haben, weil dies als im Interesse der Allgemeinheit gelegen verantwortet werden konnte, so bedeutet das nicht, dass wir jemals zustimmen werden, in Österreich aus der Verstaatlichung den "Weg der Knechtschaft" zu machen, den der berühmte Professor Hajek mit Recht als eine Gefahr der sozialistischen Verstaatlichungsbestrebungen aufgezeigt hat.

Die Politik, die Bundesminister Ing. Waldbrunner in den verstaatlichten Betrieben zu machen versucht, ist eine deutliche Warnung für alle, die sich noch nicht darüber im klaren sind, dass die Freiheit des einzelnen Menschen auch durch Kollektivisierungs-Massnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet geraubt werden kann.

Unserem Koalitionspartner müssen wir aber zurufen: Wir werden die Koalition auf die Dauer nur aufrechterhalten können in einer Koalition mit Koalitionsgesinnung und in einer Koalition, in der nicht von einem Koalitionspartner versucht wird, einen Klassenkampf von der Regierung bis zum letzten Arbeitsplatz zu führen! (Zustimmung.)

Und nun einige Worte zu strittigen

kulturpolitischen Streitfragen.

Leider ist unsere Koalition durch die verschiedenen Auffassungen der beiden Regierungsparteien über grundsätzliche Fragen auf dem Gebiete

84
der Kulturpolitik damit belastet, auf diesem Gebiete nur ganz allmählich zu irgendwelchen einvernehmlichen Lösungen zu kommen, viele Fragen aber anscheinend überhaupt nicht regeln zu können.

Wir begegnen bei den Sozialisten immer wieder dem Versuch, aus einer, oft nicht einmal einbekannten, materialistischen Einstellung heraus Regelungen zu verhindern, die unserer Auffassung Rechnung tragen, dass eine menschliche Gesellschaft niemals Bestand hat, wenn sie nicht auf einer sittlichen Ordnung begründet ist. Gerade unsere Generation hätte doch schon lernen können, dass diejenigen, die nur dem Brote allein leben wollen, immer erfahren müssen, dass ihnen solcherart bald auch das Brot nicht mehr gesichert ist. Die Menschen werden ohne die Anerkennung einer sittlichen Ordnung immer wieder die Sklaven der Materie statt deren Herren sein.

Wieviel Mühe kostete es uns, die Durchsetzung des Beschlusses vom letzten Bundesparteitag nach Schaffung eines Gesetzes gegen Schmutz und Schund zu erreichen. Es wurde damit das Ärgste auf dem Gebiete der Druckwerke beseitigt; auf dem Gebiete des Filmes scheut man sich aber anscheinend, entsprechend durchzugreifen. Wir müssen aber mit aller Eindeutigkeit feststellen, dass ein schlechter Film nicht weniger schädlich ist als irgendein schlechtes Druckwerk. Es wird also notwendig sein, auch auf diesem Gebiete entsprechende Massnahmen zu treffen.

Es ist aber auch unverständlich, dass es bis heute nicht gelungen ist, die Sozialisten dazu zu bringen, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass nicht ein Priester deshalb verurteilt wird, weil er in Erfüllung seiner Pflichten als Seelsorger eine Trauung vollzieht, der irgendwelche Bestimmungen der nationalsozialistischen Gesetzgebung

entgegenstehen. Ebenso unverständlich ist es, dass man von sozialistischer Seite immer noch dem von breitesten Schichten unseres Volkes geäußerten Wunsch nicht Rechnung trägt, zu ermöglichen, dass diejenigen, die sich kirchlich trauen lassen, nicht zusätzlich vorher auch eine standesamtliche Trauung vollziehen müssen. Ich habe im Jänner dieses Jahres in der "Österreichischen Furchen" einen genau ausgearbeiteten Vorschlag zur Lösung der erwähnten Fragen auf dem Gebiete des Eherechtes gemacht. Von allen Seiten wurde mir erklärt, dass es sich um einen überaus vernünftigen und loyalen Vorschlag handle. Dieser Vorschlag enthält tatsächlich nichts, was den Sozialisten nicht zumutbar wäre. Wir dürfen daher wohl mit Recht an die Sozialisten den dringenden Appell richten, ehestens der vorgeschlagenen Regelung zuzustimmen. Wir können unsere Koalition auf die Dauer nicht immer wieder damit belasten, dass Vorkehrungen, welche der Gewissensfreiheit Rechnung tragen, infolge des Widerstandes der Sozialisten nicht getroffen werden.

Auch auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung, deren Problemstellung der Öffentlichkeit schon genügend bekannt ist, ist es dringend erforderlich, dass die Sozialisten nicht weiterhin die parlamentarischen Verhandlungen über diesen Gegenstand verhindern. Nachdem die Sozialisten den vom Bundesministerium für Unterricht ausgearbeiteten Entwurf eines Schul- und Erziehungsgesetzes nicht den Ministerrat passieren liessen, so dass damit die parlamentarischen Verhandlungen über diesen Gegenstand vereitelt wurden, habe ich nunmehr einen anderen Weg beschritten und durch vier Teilgesetzentwürfe versucht, die Regelung der Gesamtfrage zunächst wenigstens zum Teil in die Wege zu leiten. Ich richte auch auf diesem Gebiete an die Koalitionspartner den Appell, die parlamentarischen Verhandlungen über die neuen Gesetzentwürfe zu ermöglichen.

Unsere Österreichische Volkspartei wird niemals erlauben in den Versuchen, auch auf dem kulturellen Gebiete dem Gedanken der Freiheit, insbesondere dem der Gewissensfreiheit zum Durchbruch zu verhelfen! (Beifall)

Nun noch zwei Fragen, die auch schon im Referat des Herrn Bundesparteiobmannes zur Sprache gekommen sind, wegen ihrer politischen Bedeutung aber nochmals besonders hervorgehoben werden sollen, die

NS-Frage und Frage der Heimatvertriebenen.

Da die Fragen der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik in den Referaten der Bundesparteiobmann-Stellvertreter am Sonntag vormittag erörtert werden und auf Grund einer grossen Anzahl von Anträgen auch in den Ausschüssen Gelegenheit ist, alle wichtigen Fragen auf diesem Gebiete zu behandeln, will ich mich in diesem Referate darauf beschränken, noch diese Fragen kurz anzuschneiden.

1. Die NS-Frage.

Wir hatten schon mehrmals Gelegenheit, darauf zu verweisen, dass die Österreichische Volkspartei bereits im Jahre 1945 bemüht war, die NS-Frage nach den Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit zu lösen, dass aber diese Absicht in den damals durchgeführten Länderkonferenzen am Widerstand der beiden Linksparteien scheiterte. Diese erste Entscheidung brachte in der Folge auch einen verstärkten Widerstand der Alliierten, so dass es immer schwieriger wurde, aus dem Gestrüpp der dann zustande gekommenen gesetzlichen Regelungen einen Ausweg zu finden.

Die Österreichische Volkspartei ist auch seit dem letzten Parteitag im Mai 1949 bewusst den Weg einer endgültigen Liquidierung des NS-Problems gegangen, um die Gleichberechtigung aller Staatsbürger wieder herzustellen. Im Juli 1949 hat unsere Partei eine Amnestie für die belasteten ehemaligen Nationalsozialisten beantragt, nachdem durch die Amnestie für die Kinder-

97

belasteten die Sühnefolgen für diese schon mit dem Bundesgesetz vom 21. April 1948 ihr Ende gefunden haben. Die Sozialisten haben diese Bemühungen mit der Begründung torpediert, dass die Alliierten einem solchen Gesetze nicht die Zustimmung erteilen würden. Wenn dies auch vielleicht richtig sein mag, so hätte unserer Auffassung nach doch zumindestens die Volksvertretung ihren eigenen Standpunkt klar darlegen müssen.

Durchgesetzt wurde immerhin das Gesetz über die Streichung der Minderbelasteten aus den Registrierungslisten. Durch eine Verordnung der Bundesregierung wurde die von vielen belasteten ehemaligen Nationalsozialisten besonders hart empfundene Bestimmung des Wirtschaftsstärkungsgesetzes aufgehoben, wonach Belastete nur mit schriftlicher Zustimmung des Arbeitseinsatzamtes, die in den meisten Fällen verweigert wurde, in der Privatwirtschaft eingestellt werden durften.

Die ehemaligen Nationalsozialisten wissen sehr gut, in wie vielen Fällen der Weg beschritten werden musste und beschritten wurde, durch administrative Massnahmen die Wiederherstellung der Gleichberechtigung mit den übrigen Staatsbürgern durchzusetzen, wenn der Weg der Gesetzgebung nicht gegangen werden konnte. Viele Tausende von ehemaligen Nationalsozialisten, auch solche, die unter die Kategorie der Belasteten fielen, wurden der Behandlung nach § 27 des NS-Gesetzes teilhaftig und die harte Massnahme des Pensionsentzuges wurde in fast allen Fällen rückgängig gemacht.

Von all den Tausenden und Abertausenden, denen wir so geholfen haben, redet man nicht. Auch nicht davon, dass wir dadurch manchmal bei sehr treuen Anhängern unserer Partei in Schwierigkeiten kamen, (Zustimmung), weil unser armer Staat in solchen Fällen gelegentlich auch bedeutende Nachzahlungen leistete, während die unter dem NS-Regime politisch

Geschädigten immer wieder die Erklärung hörten, dass unser armer Staat irgendwelche, auch nur sehr bescheidene Wiedergutmachungsbeträge nicht bezahlen kann. (Rufe: Sehr richtig!) Es ist zu begrüßen, dass unser Bundesparteiobmann als Bundeskanzler die Weisung gegeben hat, zu prüfen, wie auch wenigstens den bescheidenen Forderungen der im öffentlichen Dienst stehenden politisch Verfolgten Rechnung getragen werden kann. (Beifall-Rufe.)

Die Österreichische Volkspartei wird sich immer dafür einsetzen, dass Recht und Gerechtigkeit zum Durchbruch kommen. Wir müssen aber auch um Verständnis für die grossen vorhandenen Schwierigkeiten ersuchen. Denken Sie zum Beispiel nur daran, dass von unseren österreichischen Stellen amnestierte ehemalige Nationalsozialisten über Weisung der russischen Besatzungsstellen weiter in Haft bleiben müssen und dass diese Besatzungsmacht trotz einer Debatte im Alliierten Rat nicht dazu zu bewegen war, die auf Grund der bestehenden Gesetze ergangenen Verfügungen der österreichischen Behörden anzuerkennen. Es ist also nicht so einfach, wie man es manchmal den ehemaligen Nationalsozialisten darstellen versucht, und auch die "Nationale Liga", die den Anschein erwecken wollte, als ob sie gerade bei der Besatzungsmacht, von der die grössten Schwierigkeiten kommen, alles erreichen könnte, wurde Lügen gestraft.

Es bleibt nach wie vor dabei: Wenn jemand in Österreich, allerdings auch nur in ständigen Bemühungen, die endgültige Liquidierung des NS-Problems herbeiführen kann, so ist dies nur die stärkste Partei dieses Landes, die aus grundsätzlichen Erwägungen für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger eintritt: die Österreichische Volkspartei.

2. Die Frage der Heimatvertriebenen:

Das bittere Los der Heimatvertriebenen ist auch eine der traurigen Folgen der hasserfüllten diktatorischen Regime unserer Zeit. Mit Recht

wurde in immer stärkerer Masse auf das beklagenswerte Schicksal dieser Menschen verwiesen und Abhilfe wenigstens der Ergsten Not gefordert.

Allerdings haben sich der Not dieser Menschen auch Interessenten zu bedienen versucht, die besser schweigen würden. So steht es den Kommunisten schlecht an, sich als Wortführer der Heimatvertriebenen aufspielen zu wollen. Die Genossen unserer Kommunisten in den Volksdemokratien waren die Haupttrüffelsführer bei der Vertreibung der Volksdeutschen aus ihrer Heimat. Für unsere Kommunisten gibt es gerechterweise nur eine Möglichkeit, zur Lösung des Problems der Heimatvertriebenen beizutragen, zu der sich die KPÖ jedoch kaum entschliessen wird: bei den Genossen in den von ihr geführten Volksdemokratien durchzusetzen, dass die Volksdeutschen wieder als vollberechtigte Staatsbürger mit all ihren wohlerworbenen alten Rechten in die Länder, aus denen sie vertrieben wurden, zurückkehren können. Dabei ist immer noch die Frage offen, ob die Vertriebenen von einer solchen Möglichkeit Gebrauch machen würden, solange in diesen Ländern noch das heutige Regime herrscht.

Der sozialistische Innenminister Helmer sagte noch vor kaum zwei Jahren zu dem Problem der Heimatvertriebenen wörtlich: " Einen weiteren Unruheherd bildet die Gruppe der Volksdeutschen. Je mehr sich die österreichischen Verhältnisse konsolidieren und je mehr Kriegsgefangene zurückgekehrt sind, desto mehr zeigt sich, dass der österreichische Arbeitsmarkt für diese Massen nicht aufnahmefähig ist. Der österreichische Arbeiter wird durch die Anwesenheit dieser DP " - so hat er sie damals bezeichnet - " bedroht, und das Inlandser Arbeiterschutzgesetz, das mit Sicherheit zu erwarten ist, wird darauf Rücksicht nehmen. "

Wenn wir auch damals noch stärker als heute mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, so trat auch damals schon unsere österreichische Volkspartei dafür ein, dass man den Heimatvertriebenen,

die in ihrer Not bei uns Zuflucht suchten, eine Existenzmöglichkeit gibt. Wir vertraten damals schon den Standpunkt, dass nicht einer dem anderen das Stück Brot weiden soll, sondern dass wir uns gemeinsam bemühen müssen, zusammen mit den in unserem Österreich lebenden Heimatvertriebenen soviel zu arbeiten und mit den zusätzlichen Arbeitskräften der Heimatvertriebenen die Produktion so zu steigern, dass das Brot für uns alle reicht. Aus diesem Grunde ist es auch zu dem von dem sozialistischen Innenminister Helmer angekündigten Inlandsarbeiterschutzgesetz, das praktisch die Heimatvertriebenen um die Arbeitsmöglichkeiten gebracht hätte, nicht gekommen. Mittlerweile ist die Erkenntnis allgemeiner geworden, dass die Frage der Heimatvertriebenen einer positiven Lösung zugeführt werden muss.

Man macht der österreichischen Bundesregierung gelegentlich den Vorwurf, dass sie für die Volksdeutschen nichts oder zu wenig getan habe. Man darf aber nicht vergessen, dass Österreich auch in dieser Hinsicht nicht ~~am~~ darf, was Regierung und Parlament tun würden, wenn sie in ihren Entscheidungen frei wären.

Noch immer ist der Artikel V des Kontrollabkommens in Wirksamkeit, der besagt, dass die versetzten Personen der Gewalt des Alliierten Kontrollrates unterstehen. Nach dem Sprachgebrauch der Alliierten werden aber die Volksdeutschen zu den versetzten Personen gezählt.

Trotz dieses Sachverhaltes wurden schon bisher eine Reihe von Massnahmen getroffen, die darauf abzielen, das Los der Heimatvertriebenen zu erleichtern und wenigstens stufenweise dem Ziel zuzustreben, früher oder später die Gleichberechtigung der Alt-Österreicher mit den Einheimischen zu verwirklichen. Es seien nur einige dieser Massnahmen aufgezählt: Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an etwa 30.000 Heimatvertriebene, Erteilung von unbefristeten Aufenthaltsgenehmigungen an alle

Volksdeutschen, Gleichstellung der Volksdeutschen mit den österreichischen Staatsbürgern hinsichtlich Gewährung von Notstandshilfen, Gleichstellung der volksdeutschen Hochschüler und Mittelschüler mit den inländischen Studierenden, die Konstituierung eines Flüchtlingsbeirates aus Vertretern der Heimatvertriebenen im Innenministerium, die Einsetzung eines eigenen Ministerkomitees für die Volksdeutschen-Fragen und Sie wissen, dass dieses Ministerkomitee gerade in dieser Woche unter Beziehung der Mitglieder des Flüchtlingsbeirates eine ganze Reihe von Massnahmen beschlossen hat, die geeignet sind, das Los der Heimatvertriebenen wesentlich zu erleichtern.

Wir sollen auch niemals vergessen, dass es sich bei den Heimatvertriebenen fast durchwegs um wertvolle Menschen handelt, die fern von ihrer ursprünglichen Heimat durch Fleiss, sittlichen Ernst und Familiensinn unter Beweis gestellt haben, dass sie auch schwierigen Aufgaben gewachsen sind. Wir werden daher vor allem auch trachten müssen, der Jugend der Heimatvertriebenen entsprechende Aufstiegsmöglichkeiten zu geben und für die Familien menschenwürdige Behausungen zu schaffen. Bei der Lösung des letzteren Problems werden wir wohl ohne eine Hilfe von auswärts kaum durchkommen.

Die Österreichische Volkspartei hat in der Erkenntnis der Dringlichkeit einer Lösung der Heimatvertriebenen-Frage als einzige politische Partei es ermöglicht, dass ein Vertreter aus den Reihen der Heimatvertriebenen in den Nationalrat gewählt wurde. Dieser Nationalrat, es ist unser Erwin Machunze (lebhafter Beifall), hat in fleissiger, zäher und kluger Arbeit für die Erleichterung des Schicksals der Heimatvertriebenen schon bisher viel mehr erreicht, als alle, oft allzu lauten und meist sehr unsachlichen Kritiker zusammen.

Schlusswort.

Der letzte Parteitag im Jahre 1949 stand im Zeichen der Parlamentswahlen vom 9. Oktober des erwähnten Jahres. Auch auf diesem Parteitage stehen wir vor Wahlen, und zwar vor der Wahl des neuen Österreichischen Bundespräsidenten. Wir haben die Wahlschlacht im Oktober 1949 trotz aller Schwierigkeiten so wie die seinerzeitige Wahlschlacht im November 1945 siegreich geschlagen. Die Österreichische Volkspartei wird auch den Wahlkampf um den Bundespräsidenten siegreich bestehen. (Starker Beifall.)

Mehr darüber wird noch am Sonntag vormittag gesagt werden. Wir werden am Sonntag auch unseren Bundespräsident-Kandidaten wählen und der Öffentlichkeit bekanntgeben. Eines steht auf jeden Fall fest: es wird ein Kandidat sein, der durch sein ganzes bisheriges Leben und Arbeiten die Parole unseres Parteitages verwirklicht hat: Österreich und Recht und Freiheit! (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Ich habe mich in meinem heutigen Referat nur ganz nebenbei mit den Kommunisten beschäftigt. Mehr war wohl auch nicht notwendig, da sich ohnedies jeder vernünftige Österreicher über die Politik der Kommunisten im klaren ist. Jeder weiss, dass es den Kommunisten nur darum geht, zu erreichen, dass in Österreich die rot-weiss-roten Fahnen fallen und damit alles, was unserem Österreichischen Volke wert und heilig ist, und dass an Stelle der Fahne Österreichs die blutigrote Fahne einer alles versklavenden Diktatur aufgerichtet werden kann.

Ich habe in meinem Referat auch Stimmen aus der offiziellen Zeitschrift der sozialistischen Jugend Österreichs zitiert, in denen es heisst - und ich wiederhole diese Sätze, weil wir sie niemals vergessen sollen -: "Unsere Fahnen werden die Farben des internationalen Proletariates haben: sie werden blutig rot sein!", und weiter: "Diese

Fahnen (die rot-weiss-roten) sind das Kennzeichen des Österreichischen Staates, was haben wir gemein mit diesem Staat? unsere Heimat ist die Internationale", und endlich noch den Satz: "Rot-weiss-rot, das sind die Fahnen des bürgerlichen Österreich, daher hat die Österreichische Volkspartei nicht zu Unrecht diese Farben zu den ihren gemacht." Auch aus diesen Sätzen kann das Österreichische Volk entnehmen, woher ihm Gefahren drohen! (Zustimmung.)

Ja, die Österreichische Volkspartei hat nicht zu Unrecht die Fahnen Österreichs zu den ihrigen gemacht! Unsere Volkspartei ist eben die Partei Österreichs. (Starker Beifall.) Das Österreichische Volk wird daher auch anlässlich der Wahl des Bundespräsidenten daraus die Folgerungen ziehen: es wird () Kandidaten der Österreichischen Volkspartei wählen, der so wie unsere Volkspartei selbst immer dafür arbeiten und kämpfen wird, dass niemals über Österreich eine blutig rote Fahne weht, sondern immer die ehrwürdige Fahne Österreichs: rot-weiss-rot! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Land Vorsteher Landeshaupmann Dr. K l a u s : Eine tiefe Vertruheit mit den Problemen unserer Partei und ein starker Wirklichkeitssinn war die Grundlinie des soeben gehörten Referates des Herrn Generalsekretärs. Dass darüber hinaus seine Ausführungen von einem hohen Gedankenflug getragen sind, dessen sind wir uns längst bewusst, ist doch Dr. Hurdas der Programm-tiker der Österreichischen Volkspartei. Überdies ist Minister Hurdas ein bewährter Anwalt des christlichen Volkes in Österreich, seiner Gesellschaftsauffassung und seiner religiösen und kulturellen Forderungen. Schliesslich dürfen wir Herrn Minister Hurdas heute auch dafür danken, dass er in so bewährter Weise die Verbindung hergestellt hat zwischen unserer Partei und den befreundeten Bruderparteien in anderen Ländern.

Hiz Wenn wir es kurz charakterisieren wollen und den Herrn Bundesparteiobmann als das Herz unserer Partei, den Herrn Minister Raab als den starken Arm unserer Partei bezeichnen wollen, dann ist eben Hurdas der Kopf - und wir können ihn noch gut und lange gebrauchen. (Lebhafter Beifall.)

Bevor wir in der Tagesordnung weiter voranschreiten, liegt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Herrn Bundesrat Dr. Übelhör vor. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesrat Dr. U b e l h ö r: Hoher Bundesparteitag! Der Bundesvorsitzende der Jungen Front, mein Klubkollege Dr. Strachwitz, hat heute die Erklärung abgegeben, deraufolge die Junge Front am Bundesparteitag nicht teilzunehmen gewillt ist.

Abgesehen davon, dass eine Teilnahme von eigenen Delegierten der Jungen Front auf Grund eines vom Bundesparteitag vorher angenommenen, die Geschäftsordnung betreffenden Antrages gar nicht möglich gewesen wäre, fühle ich mich als gewählter Landesvorsitzender der Jungen Front Wien im Einverständnis mit anderen Landesvorsitzenden verpflichtet, über die erfolgte Erklärung Dr. Strachwitz' unser Befremden auszudrücken. Ich muss dies um so entschiedener tun, als mehrere Landesverbände der Jungen Front, insbesondere von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland, in diesem Zusammenhang überhaupt nicht und niemals um Ihre Meinung gefragt wurden. (Hört! Hört!-Rufe.)

Diese Landesverbände fühlen sich seit ihrem Bestande stets und ohne jeden weiteren Beschluss als Zweckverband der Österreichischen Volkspartei (Rufe: Bravo!), weil wir glauben, dass dies der einzige, der einzig mögliche Weg in unserer schweren Zeit ist, gesundes Ideengut der Jungen Front in unserer Partei zu verwirklichen. (Zustimmung.)

Aus diesen Grunde üben ja viele Mitglieder der Jungen Front im Rahmen der Partei bereits wichtige Funktionen aus.

Wir haben also wahrlich keinen Grund, den so wichtigen Arbeiten des Bundesparteitages fernzubleiben. Wir stehen zur Volkspartei und setzen uns mit ganzer Kraft für sie ein. Wir hoffen und wünschen nur, dass endlich alle Mitglieder der Jungen Front in allen Bundesländern mit uns gemeinsam als Zweckverband der ÖVP den gleichen Weg gehen werden.

So grüssen wir den 3. Bundesparteitag als treue Mitarbeiter an grossen und so schweren Werk der Erhaltung unseres Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

Vors. Landeshauptmann Dr. Klaus: Die Bemühungen, ein engeres Verhältnis zwischen der Jungen Front und der ÖVP herzustellen, mögen von Erfolg begleitet sein. Die Erklärung wird zur Kenntnis genommen.

Hoher Parteitag! Es kommt nun der Punkt 7 der Tagesordnung, den wir zurückgestellt haben, zur Behandlung.

Bekanntgabe der eingebrachten Anträge und deren Zuweisung an die Anschläge.

Der Berichterstatter der Antragsprüfungskommission, Herr MR Dr. Scheff, hat das Wort.

Ref. MR Dr. Scheff: Hoher Bundesparteitag! Der Antragsprüfungsausschuss hat die ihm vorgelegenen Anträge behandelt. Es lagen ihm nicht weniger als 179 Anträge vor, welche beweisen, dass alle unsere Landes- und Zweckverbände tatsächlich alle wie immer gearteten Themen und Probleme vorbrachten und in Antragsform gekleidet haben.

Es wäre mit Rücksicht auf die kurze zur Verfügung stehende Zeit nicht möglich gewesen, diese 179 Anträge zweckmässig zu verteilen, wenn nicht die Bundesparteileitung und insbesondere unser neuer General-

Sekretär-Stellvertreter, Herr Direktor Scheidl, in ganzem hervorragenden Weise vorgearbeitet hätte, wofür ich ihm nicht nur den Dank des Antragsprüfungsausschusses sondern auch des Bundesparteitages ausspreche.

Wir haben von den 179 Anträgen 42 dem politischen Ausschuss, 103 dem volkswirtschaftlichen Ausschuss, 9 dem kommunal-politischen Ausschuss und 25 dem Organisationsausschuss zugewiesen.

Ich bitte den Hohen Bundesparteitag, diese Zuweisung zu genehmigen. Es können dann sämtliche Ausschüsse, wie vorgesehen, um 20 Uhr ihre Arbeit aufnehmen. Ich bitte in freundlicher Weise die Obmänner dieser Ausschüsse, sich an den Herrn Direktor Scheidl zu wenden, der das gesamte Material besitzt. (Beifall.)

Vors. Landeshauptmann Dr. Klaus: Sie haben den Bericht des Herrn Nationalrates gehört. Ich bringe diesen Bericht zur Abstimmung. Ist eine Gegenstimme vorhanden? (Niemand meldet sich.) Das ist nicht der Fall. Ich danke der Antragsprüfungskommission.

Ehe wir unsere Vollversammlung unterbrechen, habe ich einige Vorklärungen zu machen.

(Der Vorsitzende gibt die Lokalbekannt, in denen die Ausschüsse tagen.)

1/1840 Ea 1

Morgen von 8 bis 10 Uhr führen die Anwesenden ihre Abschlusss-
beratungen durch. Die Vollversammlung beginnt punkt 10 Uhr vormittag.
Ich bitte die Delegierten, pünktlich zu erscheinen, weil morgen eine
umfangreiche Tagesordnung abzuwickeln ist.

Damit ist die für den heutigen nachmittag vorgesehen gewesene
Tagesordnung erschöpft.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und schliesse einstweilen die
Vollversammlung.

Schluss der Sitzung: 18 Uhr 45 Min.

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

des

3. Bundesparteitages

der

ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

Abgehalten vom 2. bis 4. März 1951 in Salzburg, Steieglbräu.

1. Tag

Arbeitsgemeinschaft
der

PARLAMENTSSTENOGRAPHEN

Wien I., Parlament

Tel. A 19 500

Wiederaufnahme der Beratungen: 10 Uhr 30 Minuten.

Vors. Lhm. ^DK l a u s : Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Ich eröffne die Beratungen des heutigen Vormittages und hoffe, dass sich alle wunderbar ausgeruht haben. (Zustimmung.)

Die Tagesordnung ist sehr umfangreich. Soweit Abstimmungen nicht durch Stimmsettel, sondern durch Handerheben vorgenommen werden, mögen die Delegierten ihre blauen Delegiertenkarten in die Hand nehmen und hochheben, damit eine Unterscheidung zwischen Delegierten und Gästen vorgenommen werden kann.

Ich übergebe nun den Vorsitz dem Herrn Nationalratspräsidenten Dr. Gorbach.

Präs. Hr. G o r b a c h (den Vorsitz übernehmend, mit lebhaftem Beifall begrüsst): Wir kommen zu Punkt 2 a) der Tagesordnung: Anträge zur Abänderung des Bundesparteiorganisationsstatutes.

Ich bitte den Berichterstatter, den Herrn Bundesrat Weinmayer, die Verhandlung einzuleiten.

Referent ER. W e i n m a y e r : Hoher Bundesparteitag! Verhandlungstechnische Umstände bedingen es, dass die Berichterstattung des Ausschusses IV, Organisationsausschuss, in zwei Teilen erfolgen muss.

Die Anträge 6 bis 13 befassen sich in der Hauptsache mit der Abänderung des Bundesparteiorganisationsstatutes. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Bundesparteiorganisationsstatutes für das gesamte Parteileben haben sich die Bringer der Anträge 6 bis 13 geeinigt, den Antrag 6 der Bundesparteileitung als Grundlage für alle mit der Neufassung

des Bundesparteiorganisationsstatutes gefassten Anträge festzulegen.

Die Teilung der Berichterstattung über die dem Ausschuss IV zugewiesenen Anträge wird dadurch bedingt, dass vorerst die Annahme des vom Organisationsausschuss beschlossenen Antrages 6 durch den Hohen Bundesparteitag notwendig ist, um die Wahl des Bundesparteiobmannes, des Generalsekretärs und des Generalsekretär-Stellvertreters der Partei sowie des Hauptreferenten für Organisation und Propaganda und des Hauptreferenten für Finanzen bereits auf Grund des durch die Annahme des Antrages 6 beschlossenen abgeänderten neuen Bundesparteiorganisationsstatut durchführen zu können.

Der vom Organisationsausschuss beschlossene Antrag 6 trägt einer Entwicklung Rechnung, die sich unbedingt durchsetzen muss, wenn die künftige Parteiarbeit sich für das gesamte Parteileben weiterhin erfolgreich und durchschlagskräftig gestalten soll und weiter nicht mehr überholte Paragraphen des Bundesparteiorganisationsstatutes hemmend einwirken können.

Diese Abänderungen - es sind ca. 60 - bedingen unter vielen anderem in erster Linie die Umwandlung des bisherigen Bundesparteipräsidiums in den im Antrag 6 vorgesehenen neuen Bundesparteivorstand, dessen Mitgliederzahl gegenüber dem Bundesparteipräsidium stark vermindert wurde. Weiters sieht der Antrag 6 vor, dass dem Generalsekretär der Partei ein Generalsekretär-Stellvertreter an die Seite gegeben wird, der diesen Posten hauptberuflich auszufüllen hat. (Bravo-Rufe.)

Der Geschäftsbetrieb der Bundesparteileitung wird vereinheitlicht und die Stellung der Angestellten und Arbeiter klar festgelegt. Das Weisungsrecht gegenüber den mit Leitungsbe-fugnissen betrauten Angestellten, sowie gegenüber sämtlichen Angestellten und Arbeitern der Bundesparteileitung wird durch die Annahme dieses Antrages in einer Hand vereinigt.

Die Hauptreferate der Bundesparteileitung werden auf- gelassen. Die im Interesse einer erfolgreichen Parteiarbeit ablen- falls notwendigen Referate können durch Beschluss der Bundespartei- leitung errichtet und die Referenten mit beratender Stimme berufen werden. Die Doppelgeleisigkeit des novellierten BPOST ist damit in jeder Hinsicht eliminiert.

Die weiteren Veränderungen des BPOST gemäss Antrages 6 sind ebenfalls Folgerungen organisatorischer Natur.

Die Zusammensetzung der Bundesparteileitung wird nach Annahme der Novellierung des BPOST folgendes Bild ergeben:

Der Bundesparteiohmann;

die Stellvertreter des Bundesparteiohmannes, d.s. die Bundesobmänner des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, des Österreichischen Bauernbundes, des Österreichischen Wirtschaftsbundes und die Bundes- leiterin der Österreichischen Frauenbewegung;

der Generalsekretär und der Generalsekretär-Stellvertreter der Partei;

der Hauptreferent für Organisation und Propaganda;
der Hauptreferent für Finanzen und die allenfalls durch die Bundesparteileitung zu bestellenden Referenten mit beratender Stimme;

die Landesparteiobmänner;

die der ÖVP angehörenden Mitglieder des Bundesregierung;

die der ÖVP angehörenden Landeshauptleute und die der ÖVP angehörenden Landeshauptmann-Stellvertreter jener Bundesländer, in denen nicht die ÖVP den Landeshauptmann stellt;

die Generalsekretäre der Bünde;

der Bundesobmann der Österreichischen Jugendbewegung.

Dem Bundesparteivorstand werden künftighin angehören:

Der Bundesparteiobmann;

die 4 Bundesparteiobmann-Stellvertreter, d. s. die drei Bundesobmänner der Bünde und die Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung;

der Generalsekretär und der Generalsekretär-Stellvertreter der Partei;

der Hauptreferent für Organisation und Propaganda;

der Hauptreferent für Finanzen;

Das Generalsekretariat der Partei ist nach Annahme des Antrages 6 in Zukunft das alleinige Büro der Bundesparteileitung und zur Durchführung aller in den Aufgabenbereich der Bundesparteileitung, des Bundesparteivorstandes, des Bundesparteiobmannes, des Generalsekretärs, der Hauptreferenten und der Referenten fallenden Aufgaben berufen.

Hoher Bundesparteitag! Die Mitglieder des Organisationsausschusses haben alle Anträge, die auf eine Abänderung des Bundesparteiorganisationsstatuts hinzielen, gewissenhaft überprüft

und beschlossen, dem Hohen Bundesparteitag die Annahme des abgeänderten Antrages 6 zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Eine Abstimmung über die Anträge 7 - 14 erübrigt sich, da Antrag 6 die Anträge 7 - 14, die auf Abänderung des Bundesparteiorganisationsstatuts hinzielen, regelt und daher als Grundlage gilt.

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, den vom Organisationsausschuss gestellten Antrag über die Abänderung des Bundesparteiorganisationsstatuts zur Debatte zu stellen und anschließend die Abstimmung vorzunehmen.

Vors. Landeshauptmann Dr. Klaus Sie haben die Anträge des Berichterstatters gehört. Wünscht jemand dazu das Wort?

RM. Vizebürgermeister Weinberger Delegierte des Bundesparteitages! Die Anträge, die der Organisationsausschuss vorlegt, entsprechen sicherlich in fast allen Beziehungen der vernünftigen Neuregelung unserer parteilichen Organisation. Nur einen einzigen Punkt halte ich nicht für richtig. Es ist vorgesehen, dass die Parteileitung das Recht haben soll, Referenten mit beratender Stimme der Bundesparteileitung zuzuziehen. Wir sind der Ansicht, dass z.B. der erste Vertreter unserer Partei im Österreichischen Gewerkschaftsbund, der eine ausserordentlich grosse Verantwortung dafür trägt, dass eine vernünftige Zusammenarbeit, eine Koordination der Arbeitnehmerschaft Österreichs im Sinne einer positiven Mitarbeit im Staate erfolgt, mit beschliessender Stimme in die Bundesparteileitung aufgenommen gehört. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir das soeben vorgetragene Statut beschliessen, so ist es ausgeschlossen, dass dieser bedeutende Vertreter der Arbeiterschaft auf beiden Seiten, sowohl im Gewerkschaftsbund als auch in der Partei, etwas mitzubestimmen hat; er kann dann wohl immer den Kopf hinhalten, wenn es im Gewerkschaftsbund sehr schwierig wird, hat aber keine Möglichkeit, innerhalb unserer Partei seine Stimme in die Waagschale zu werfen. Das halte ich für völlig ausgeschlossen.

(Neuerliche Zustimmung.) Ausserdem ist es ja so, dass die Arbeiterschaft der Volkspartei nicht in der Regierung ist und auch sonst vielfach nur die Arbeit zu leisten hat, ohne dass sie etwas zu reden hätte. Es würde auch optisch sehr schlecht wirken, wenn wir den einzigen Mann, den wir hier in besonderer Weise exponiert haben, dadurch degradieren würden. Ich habe nichts dagegen, dass der neue Finanzreferent als Hauptreferent gewählt wird und dass er daher auch beschliessende Stimme hat. Es ist selbstverständlich, dass dies geschieht, und es war zunächst vorgesehen, die Finanzreferenten von der Bundesparteileitung wählen zu lassen. Wir sind aber unbedingt dafür, dass der Parteileitung das Recht eingeräumt wird, Referenten mit beratender oder beschliessender Stimme zu kooptieren.

Ich stelle daher den Antrag, dass das Organisationsstatut in diesem Sinne ergänzt wird, indem also hinzukommt "mit beratender oder beschliessender Stimme". (Beifall.)

Vors. Landeshauptmann Dr. K l a u s : Wünscht noch jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Es ist nicht der Fall, damit kommen wir zur Abstimmung. Es liegt der Antrag des Berichterstatters und ein Zusatzantrag des Herrn Ministers Weinberger vor. Der Antrag des Berichterstatters würde schon im Sinne der Ausführungen Weinbergers lauten:

"Die Bundesparteileitung kann Referenten mit beratender oder beschliessender Stimme bestellen."

Ich möchte feststellen, dass wir für diesen Antrag eine qualifizierte Mehrheit brauchen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Ruf: Weiss!

Anträge?) Ich möchte zur näheren Erläuterung ausführen, dass beide Anträge unter einem zur Abstimmung gebracht werden. (Widerspruch.) Sie wünschen also die Abstimmung getrennt; ich komme diesem Wunsche nach und lasse über den vom Bericht-
eratteter gestellten Antrag abstimmen. (Abstimmung.) Angenommen.

Ich lasse jetzt über den Zusatzantrag des Herrn Minister Weinberger abstimmen. (Abstimmung.) Angenommen.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 2 b) der Tagesordnung:
Wahlvorschläge des Politischen Ausschusses.

Ich bitte den Berichterstatter, den Herrn Nationalrat Frisch, die Verhandlungen einzuleiten.

Referent NR. F r i s c h : Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Politische Ausschuss des Bundesparteitages hat sich in der heutigen Sitzung mit den Vorschlägen für die Besetzung unserer höchsten Parteistellen laut Bundesparteiorganisationsstatut befasst. Wir haben nun die Ehre, Ihnen jene Herren vorzuschlagen, die der Ausschuss einstimmig für die einzelnen Posten vorgesehen hat.

Zum Bundesparteiobermann wurde einstimmig vorgeschlagen Bundeskanzler Nationalrat DDr.h.c. Ing. Leopold Figl. (Starker anhaltender Beifall und Bravorufe.) Als Generalsekretär wurde ebenfalls einstimmig vorgeschlagen Bundesminister Nationalrat Dr. Felix Hurdes. (Erneuter anhaltender Beifall.) Als Generalsekretär-Stellvertreter und Hauptgeschäftsführer des Generalsekretariates wurde Direktor Josef Scheidl vorgeschlagen. (Starker Beifall.) Als Hauptreferent für Organisation und Propaganda Staatssekretär Nationalrat Ferdinand Graf. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.) Als Hauptreferent für Finanzen Generaldirektor Dr. Carl Habich. (Beifall.)

Das sind jene Stellen, die auf Grund des § 20 des Bundesparteiorganisationsstatutes ~~NMNM~~, Punkt 1 lit a, vorgeschlagen werden.

Ich erlaube mir gleichzeitig die anderen Vorschläge zu unterbreiten, und zwar für die Wahl der Finanzprüfer. Hier sind drei Männer vorgeschlagen worden: Vizepräsident Josef Otto Krammer (Beifall), Vizepräsident Richard Naderer (Beifall) und Sektionsrat Dr. Franz Wunderer (Beifall).

Als dritte Barnitur schlage ich vor für das Bundeschiedsgericht: als Vorsitzenden Staatssekretär Dr. Erwin Waihs, als Stellvertreter OLGR. Dr. Oskar Donner, als Stellvertreter Rechtsanwalt Dr. Hans Gutmann, zum ständigen Beisitzer Bundesminister Dr. Felix Hurdes und Stadtrat Franz Bauer; als Ersatzleute Dr. Alfred Kasamas, Dr. Heinrich Wille, Stadtrat Richard Nathschläger und Kreisgerichtspräsident Dr. Ernst Magerl, Krems.

Das sind die Vorschläge zur Wahl jener Funktionäre, deren Wahl eben dem Bundesparteitag vorbehalten ist.

Ausserdem habe ich namens des Ausschusses noch einen Antrag zu stellen, der folgendermassen lautet:

"Der Bundesparteitag wolle beschliessen:

Der Bundesparteitag erteilt der Bundesparteileitung die Ermächtigung, die Mitglieder des Partei-Ehrengerichtes zu berufen."

Hiermit wäre ich mit meinem Bericht zu Ende.

Vors.Präs.Dr. G o r b a c h : Gemäss den Bestimmungen des Bundesparteiorganisationsstatutes übernimmt bei diesem Punkt Wahlen der an Jahren älteste Landesparteiorganisationsvorsitzende den Vorsitz. Ich lade daher den Herrn Bundesminister a.D. Nationalrat Ing. Raab ein, den Vorsitz zu übernehmen. (Beifall.)

Hin. a.D. Dipl.-Ing R a a b (den Vorsitz übernehmen):

Wir kommen zu Punkt 2 c) der heutigen Tagesordnung:

Wahl der Funktionäre.

Ich bitte die Wahlkommission, ihre Plätze einzunehmen.
(Geschicht.)

Ich werde bei den Wahlen folgendermassen vorgehen:
Zuerst kommt die geheime schriftliche Wahl des Bundespartei-
obmannes. Ich werde die stimmberechtigten Delegierten in
alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Ich ersuche die Aufgerufenen,
vorzutreten und den Stimmzettel für die Wahl des Bundes-
parteiobmannes abzugeben.

In einem zweiten Wahlgang werde ich die Wahl des General-
sekretärs, des Generalsekretär-Stellvertreters, des Hauptreferen-
ten für Organisation und Propaganda und des Hauptreferenten
für Finanzen unter einem vornehmen.

Wir kommen zur Wahl des Bundesparteiobmannes.

(Die 358 wahlberechtigten Delegierten werden aufgerufen.

307 gültige Stimmen werden abgegeben.)

Ist jemand von den Wahlberechtigten nicht verlesen worden?
(Niemand meldet sich.) es ist nicht der Fall. Die Stimmen-
abgabe ist geschlossen. Ich bitte die Wahlkommission, die
Stimmzettel zu deponieren.

Wir kommen zum zweiten Wahlgang: Wahl des Generalsekretärs,
des Generalsekretär-Stellvertreters, des Hauptreferenten für
Organisation und Propaganda und des Hauptreferenten für
Finanzen.

(Die 358 wahlberechtigten Delegierten werden aufgerufen,
307 gültige Stimmen werden abgegeben.)

Der zweite Wahlgang ist geschlossen. Die Wahlkommission schließt die Urnen und zieht sich zum Skrutinium zurück.

Wir kommen zur 'Wahl der Finanzprüfer'. Ich schlage vor, die Wahl der Finanzprüfer per acclamationem vorzunehmen. (Zustimmung.) Vom Referenten des Ausschusses, HR. Frisch, wurde folgender Wahlvorschlag eingebracht:

als Finanzprüfer den Herrn Vizepräsidenten Josef Otto Kramer^{m/} (Beifall), den Herrn Vizepräsidenten Richard Naderer und den Herrn Sektionsrat Dr. Franz Wunderer.

Ich bringe diesen Wahlvorschlag zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Ich danke für dieses Wahlresultat. (Beifall.)

Für die Wahl des Bundesschiedsgerichtes wurden vorgeschlagen: als Vorsitzenden den Herrn Staatssekretär Dr. Erwin Waihs; als dessen Stellvertreter den Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Oskar Donner; als ständige Beisitzer die Herren Generalsekretär RM. Dr. Felix Hurdos und Stadtrat Franz Bauer; als Ersatzmänner die Herren Dr. Alfred Kasamas, Dr. Heinrich Wille, Stadtrat Richard Nathschläger und Kreisgerichtspräsident Dr. Ernst Magerl (Krems).

Bezüglich des zweiten Stellvertreters Dr. Hans Gutmann ist von Seiten der Landesparteileitung Wien ein Einspruch erhoben worden. Es wird der Antrag gestellt, daß die Bundesparteileitung ermächtigt wird, an seine Stelle einen anderen Vertreter in das Schiedsgericht zu berufen.

Wünscht dazu jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Somit bringe ich diesen Antrag ebenfalls per acclamationem zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegenprobe.) Auch hier kann ich die einstimmige Annahme feststellen.

Wir gehen nun in der Tagesordnung weiter, und ich ersuche den Herrn Landesrat Bauer, den Vorsitz zu übernehmen.

Landesrat Bauer (den Vorsitz übernehmend, mit Beifall begrüsst): Wir kommen zu Punkt 2 d) der Tagesordnung: Berichte und Anträge der Ausschüsse; Wechselrede.

Über die Anträge des Organisationsausschusses berichtet Herr Bundesrat Weinmayer, ich erteile ihm das Wort.

Referent BR. Weinmayer: Hoher Bundesparteitag! Nach Annahme der das Bundesparteiorganisationsstatut betreffenden Anträge wird über die weiteren Anträge, die sich mit Organisation, Finanzen, Presse und Propaganda befassen, berichtet.

Die Anträge 1 und 2 verlangen innerhalb von einer Frist von 8 Wochen durch die Bundesparteileitung die Beantwortung eines umfangreichen und äusserst schwierigen Fragenkomplexes, die in der gegebenen Frist unmöglich ist. Der Organisationsausschuss empfiehlt daher dem Hohen Bundesparteitag, die Bundesparteileitung zu beauftragen, innerhalb einer Frist von sechs Monaten die gewünschte Berichterstattung jedem Delegierten des 3. Bundesparteitages zur Kenntnis zu bringen.

Weiters wurde beschlossen, die Bundesparteileitung zu verpflichten, an jedem Bundesparteitag über das Schicksal der am vorangegangenen Bundesparteitag eingebrachten Anträge zu berichten. (Beifall.)

Antrag 3 wird dem Pressereferat der Bundesparteileitung zugewiesen und soll bei der nächsten ÖVP-Pressekonferenz behandelt werden.

Antrag 4 wird zur Annahme empfohlen, da sich diese Art des Rednereinsatzes in einigen Bundesländern bereits gut bewährt hat.

Antrag 5 ist undurchführbar, da dadurch die statuta-

risch zugesicherte Eigenzuständigkeit der Bünde im Rahmen der Partei gefährdet wäre und die Parteiarbeit weitgehend erschweren würde.

Antrag 15 beinhaltet das Verlangen der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, als Zweckverband der ÖVP anerkannt zu werden. Da diese Angelegenheit in den Bereich der Kompetenz der Bundesparteileitung fällt, wird der Antrag an die Bundesparteileitung abgetreten. Das Gleiche gilt für Antrag 16, der ebenfalls der Bundesparteileitung abgetreten wird.

Antrag 17 verlangt Auflösung der Bünde, der ÖJB und der ÖFB und Aufgehen als Einzelmitglieder in der Gesamtpartei. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Dem Antrag 18, der einen stärkeren Einfluss des ÖAAB in der Partei vorsieht, muss entgegengehalten werden, dass letzten Endes die Zahl der Mitglieder für das politische Gewicht einer Organisation massgeblich sein muss. Gehen wir von diesem Prinzip ab, dann würden wir damit auch das demokratische Prinzip aufgeben. Der Organisationsausschuss konnte sich jedoch der Tatsache nicht verschliessen, dass ein Grossteil der Parteiarbeit, insbesondere Werbe-, Wahl- und Organisationsarbeit von Mitgliedern, Vertrauensmännern und Funktionären des ÖAAB in vorbildlicher und aufopferungsvoller Weise geleistet wird. (Zustimmung.) Es wird daher den Parteiorganen in allen Bundesländern und der Bundesparteileitung empfohlen, in Würdigung dieser vorangeführten Leistungen des ÖAAB für die Gesamtpartei seinen Wünschen soweit wie möglich Rechnung zu tragen.

Der Antrag 19 übersieht, dass jede Landesorganisation der Partei sowohl in den gesetzgebenden Körperschaften als auch in den drei Kammern entsprechend vertreten ist. Das Parteistatut zeigt überdies klar die gangbaren Wege auf, damit bei der Vorbereitung und Beratung von Gesetzentwürfen der Einfluss der Funktionäre und Mitglieder der Partei gewahrt bleibt. Der Antrag wird daher abgelehnt.

Antrag 20 fordert einmütige Zusammenarbeit aller abwehrwilligen Kräfte. Eine Selbstverständlichkeit für jedes Mitglied und jeden Funktionäre der ÖVP! Er ist daher überflüssig und wird abgelehnt.

Antrag 21 fordert besseren Kontakt der Mandatäre mit den Wählern. Diese Forderung ist selbstverständlich, sie wird seit Jahren praktiziert und daher abgelehnt.

Antrag 22 wurde von der Landesparteileitung Salzburg zurückgezogen.

Antrag 23: Der Organisationsausschuss empfiehlt dem Hohen Bundesparteitag die Annahme des Antrages in der Form, dass die Bundesparteileitung beauftragt wird, einen zuverlässig und schnell funktionierenden Informationsdienst einzurichten und damit die für eine wirkungsvolle Parteiarbeit zweifellos notwendigen Informationen innerhalb einer die Aktualität gewährleistenden Frist den Funktionären der Partei zur Kenntnis zu bringen.

Antrag 24: Diesem Antrag wird durch die Annahme der Anträge 1 und 2 Rechnung getragen.

Der Antrag 25 verlangt eine Neu festsetzung der Mitglieder beitragsaufteilung.

Der Organisationsausschuss hat sich eingehend mit diesem Antrag befasst und empfiehlt dem Hohen Bundesparteitag, der Lösung des Finanzproblems in der Formulierung zuzustimmen, dass § 46 durch einen Absatz 3 eine Ergänzung findet, in der den einzelnen Landesparteileitungen das Recht eingeräumt wird, im Einvernehmen mit den Bündeln einen Sonderbeitrag für die Partei einzuhoben.

Dieser Regelung soll es den Parteigorganen in Zukunft ermöglichen, auf gesicherter Grundlage eine wirksame Arbeit im Sinne der Zielsetzung der Gesamtpartei zu leisten.

Organisation in erster Linie, dann Presse und Propaganda, sie bilden das Fundament, auf dem sich der feingegliederte Parteikörper aufbauen muss. Entspricht ein Statut nicht den Anforderungen, versagt die Presse und Propaganda, dann ist es mit einer Partei schnell vorüber. Deswegen das ununterbrochene Feilen am Herzstück der Organisation, dem Bundesparteiorganisationsstatut, deshalb ein viertelhundert Anträge, die fast alle sonst nichts wollen, als den Rahmen der politischen Weiterarbeit für Österreich und die Partei so zu gestalten, dass sich jedes Rad und jedes Rädchen an seinem richtigen Platz dreht.

Organisation ist jene Art von Parteiarbeit, bei der die damit befassten Funktionäre fast ständig im Schatten stehen. Man merkt gewöhnlich erst dann, dass hier von selbstlosen Menschen treue und aufopferungsvolle Arbeit geleistet wird, wenn es

irgendeinmal nicht so gut geht, wie man es gewohnt ist. Dann muss natürlich sofort Abhilfe geschaffen werden, ganz gleich, ob es sich hier um ein reformbedürftiges Statut oder um einen Sprengelleiter handelt, der versagt.

Ich komme zum Schluss: Der Organisationsausschuss hat sich mit allen 25 Anträgen in seiner gestrigen Sitzung eingehend und gewissenhaft befasst und mich beauftragt, dem Hohen Bundesparteitag

die Anträge 3,4 und 24 in ihrer ursprünglichen,

die Anträge 1,2 und 25 in abgeänderter Fassung zur Annahme zu empfehlen.

Die Anträge 15, 16 und 23 mögen der Bundesparteileitung zugewiesen werden.

Die Anträge 5, 14, 17 bis 21 wären aus den vorangeführten Gründen abzulehnen.

Antrag 22 wurde zurückgezogen.

Die Anträge 6 - 13 wurden bereits im ersten Teil meiner Berichterstattung vom Hohen Bundesparteitag angenommen.

Resolution:

Ich komme jetzt zur Verlesung der vom Organisationsausschuss gefassten Resolution und bitte, der Hohe Bundesparteitag möge dieser Resolution seine Zustimmung erteilen.

R e s o l u t i o n:Finanzen:

Die gegenwärtig praktizierte Finanzierung der Parteiarbeit erfordert eine baldige durchgreifende Reform. Die Parteiorgane erhalten von den Mitgliedsbeiträgen insgesamt 20 %, während 80 % den Bündeln verbleiben. Diese Art der Aufteilung ist mit Rücksicht auf die von der Partei durch ihre Parteidienststellen zu leistenden Aufgaben nicht mehr länger aufrechtzuerhalten. In den Ortsgruppen, in den Bezirken und Hauptbezirken wenden sich die Mitglieder der Partei ganz gleichgültig, welchen Bund oder Zweckverband sie angehören mögen, in allen Angelegenheiten in erster Linie an die zuständige Parteiorganisation. Diese soll helfen, intervenieren, und jederzeit den Mitgliedern der Partei zur Verfügung stehen. Diese Art von Dienst der Partei hat sich in den letzten 6 Jahren derart eingebürgert, dass es fast zum geflügelten Wort wurde, wenn ein ÖVP-Mitglied etwas auf dem Herzen hat - ER oder SIE - zur Partei gehen.

Seinerzeit, als diese Art der Mitgliedsbeitragsverteilung beschlossen wurde, konnte niemand mit Sicherheit feststellen, wie sich die künftige Parteitätigkeit entwickeln würde, ob die Partei oder die Bündel von der Bevölkerung mehr in Anspruch genommen werden.

Die Praxis hat jedoch erwiesen, daß den Löwenanteilen jeder politischen Tätigkeit die Partei und ihre Dienststellen zu leisten haben. Die gelegentlichen Ausnahmen, in denen eine ortsbedingte Mehrarbeit durch die Bünde geleistet wird, bestätigen die Regel.

Deshalb hat der Organisationsausschuß nach reiflicher Überlegung und in Würdigung der vorgebrachten Argumente den Beschluß gefaßt, den § 46 des Bundesparteiorganisationsstatuts durch einen Punkt 3 in der Form zu ergänzen, wonach es den Landesparteileitungen überlassen bleibt, im Einvernehmen mit den Bünden einen Sonderbeitrag zur Erhaltung der Parteiorganisation einzuheben. Es wird erwartet, daß durch diesen Beschluß eine Gesundung der Parteifinanzen in die Wege geleitet wird, denn davon hängt jede erfolgreiche Parteiarbeit in der Zukunft ab.

Festzustellen wäre noch, daß die Erhaltung der Parteidienststellen in erster Linie nur der Treue und dem Opferwillen der an diesen Dienststellen tätigen Funktionäre der Partei zu danken ist. Die finanzielle "Unterstützung seitens der Zentralstellen" läßt oft alles und manchmal sehr viel zu wünschen übrig, so daß viele Dienststellen der Partei auf sich selbst angewiesen waren und es noch immer sind.

Trotzdem konnte von diesen nachgeordneten Dienststellen die wichtigste Parteiarbeit, der Kontakt mit der Bevölkerung, in jeder Hinsicht durchgeführt werden. Doch ganz ohne Geld läßt sich heute keine Organisation zweckentsprechend aufrechterhalten.

Presse und Propaganda:

Bezüglich der Presse und Propagandaarbeit wird festgestellt, daß die Presseorgane der Partei, Bünde und Zweckverbände in Zukunft mehr als bisher werden trachten müssen, sich jeder

2/1215 Mo 2

parteischädlichen Polemik in der Öffentlichkeit zu enthalten, umso mehr aber im Interesse des gesamten Volkes die einigenden Momente herauszustellen.

Die Gegner der Partei unterscheiden bei ihren Angriffen nicht, ob es sich um den ÖAAB, den ÖBB, den ÖWB oder einen Zweckverband in einem bestimmten Fall handelt, sondern sie greifen meistens die Partei als Ganzes an. Es wäre daher eine falsche Taktik, wenn wir die Angriffe nicht einheitlich abschlagen würden, sondern diese Arbeit jeweils dem zuständigen Bund oder Zweckverband überließen.

Darüber hinaus sind die Schwierigkeiten, die der Pressearbeit in einigen Teilen Österreichs, wie Niederösterreich, Burgenland und teilweise Wien, gegenüberstehen, unzweifelhaft große. Während sich die Partei in den westlichen und südlichen Bundesländern auf pressetechnischem und propagandistischem Gebiet fast frei entwickeln konnte, steht Niederösterreich, das Burgenland und ein Teil Wiens unter dem die Freiheit einengenden Zeichen von "Sichel und Hammer".

In Niederösterreich z.B. werden heute noch ÖVP-Funktionäre und Mandatäre zur örtlichen Besatzungsmacht beordert, um über Parteiangelegenheiten Rede und Antwort zu stehen.

Zeitungen und Plakate müssen oftmals der Besatzungsmacht vorgelegt werden, womit allerdings nicht gesagt werden soll, daß diese Propaganda-erzeugnisse nicht trotzdem ihrer Bestimmung zugeführt werden.

In allen Gaststätten N,iederösterreichs und Burgenlands müssen der Besatzungsmacht genehme Zeitungen aufliegen, Versammlungen in vielen Orten und Bezirken, ja selbst Sitzungen heute noch der Kommandantur gemeldet werden.

In diesem Zusammenhang erachtet es der Organisationsausschuß mit dem Hinweis auf die zitierten Schwierigkeiten für notwendig, den Landesorganisationen der Partei in Niederösterreich, Burgenland und Wien die erforderliche publizistische Unterstützung durch die Parteipresse der westlichen und südlichen Bundesländer im Interesse der Zukunft unseres Staates zuteil werden zu lassen.

Demarkationslinien sind für uns temporäre, überflüssige und schikanöse Maßnahmen der Besatzungsmächten, die höchstens von kulturell tiefstehenden Völkern als unumstößlich schicksalsbedingt anerkannt werden. Die ÖVP wird im Interesse der Integrität unseres Staates auch auf publizistischem Gebiet die Wirkung der Demarkationslinie überwinden müssen. Es ist daher die dringendste Aufgabe der Parteipresse und Propaganda, hier alle Kräfte einzusetzen, um jede Aufspaltung der Österreicher nach Himmelsrichtungen, die von diesen selbst als Dienst an unseren Gegnern empfunden wird, zu verhindern.

Presse und Propaganda sind heute das Rückgrat jeder Organisation

Auch die Partei kann sie, wenn sie erfolgreich weiterarbeiten will, nicht entbehren. Der Ausbau der Parteipresse und die Verstärkung der Propaganda ist eine unabdingbare Notwendigkeit, wenn wir auch in der Zukunft auf politischem Gebiete führend bleiben wollen.

Organisation:

Die Organisation ist die Grundlage jeder zielbewussten Arbeit. Vom Jahre 1945 bis 1951 hatte die junge Organisation der Partei einen weiten Weg zurückzulegen, auf dem viele schwere Aufgaben gelöst werden mussten. Die Organisation, wie sie heute besteht, ist das Ergebnis der Zusammenarbeit der aktiven Kräfte in der ÖVP.

Die Parteiarbeit, wie sie gegenwärtig gefordert wird, kann nur geleistet werden, weil die nötige Organisation vorhanden ist und die entsprechenden Verbindungen hergestellt werden konnten. Jede einzelne Intervention stellt an die Organisation eine Reihe von Aufgaben, zu deren Ausführung ein einwandfrei funktionierendes organisches Netz vorhanden sein muss.

Es muss weiters festgestellt werden, dass die Aufgaben organisatorischer Natur in den einzelnen Bundesländern verschiedenartig sind. In manchen Ländern erfreut sich die Partei einer völligen Freiheit, in anderen wiederum wird sie in ihrer Entfaltung gehemmt und ihr Hindernisse verschiedenster Art in den Weg gelegt. Deshalb kann geleistete Parteiarbeit nicht mit dem gleichen Mass gemessen werden.

In diesem Zusammenhang wird auf die Widerstände hingewiesen, die sich gelegentlich der Durchführung von Wahlen für die ÖVP ergeben. Zum Beispiel war die Koppelung der

Listen anlässlich der Gemeinderatswahlen 1950 in Niederösterreich unmöglich.

Der grundlegende Umbau des Bundesparteiorganisationsstatutes wird es gestatten, in Zukunft der Parteiarbeit neue Auftriebe zu verleihen. Der teilweise bürokratische Charakter wurde zum Verschwinden gebracht.

Die Zusammenfassung des Bundesparteivorstandes und der Bundesparteileitung wird die Gewähr bieten, dass dem grundlegenden Unterschied der Partei von 1946 und 1951 Rechnung getragen wird. Der Aufbau des neuen Bundesparteivorstandes und der Bundesparteileitung ist so gestaltet, dass er den Bedürfnissen der Mitglieder, Bünde und Zweckverbände leicht und rasch entsprechen kann.

Die nahe Zukunft wird an die Gesamtpartei schwere Anforderungen stellen, deren Lösung im Interesse der Partei und des Staates unbedingt notwendig ist. Je zielbewusster und energischer an jede Art von Parteiarbeit herangegangen wird, desto leichter wird sie zu einem Erfolg gelangen. Wer zaudert, hat die Partei schon zur Hälfte verloren, bevor er noch angefangen hat. Dies gilt insbesondere für jede parteipolitische Organisationsarbeit. Die Partei wird solange Bestand haben, solange die Organisation der Partei intakt bleibt. Darum muss die besondere Obsorge der Parteileitung der Erhaltung und Stärkung der Organisation gelten.

In diesem Sinne ist auch die vorstehende Resolution abgefasst.

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, die Anträge 3,4 und 24 in ihrer ursprünglichen Fassung, die Anträge 1,2 und 25 in abgeänderter Fassung zur Abstimmung zu bringen. Die Anträge 15, 16 und 23 sind der Bundesparteileitung zuzuweisen. Die Anträge 5, 14, 17 bis 21 wären abzulehnen. Antrag 22 wurde zurückgezogen.

Die Anträge 6 bis 13 wurden bereits behandelt.

Ich bitte nach der Durchführung der Debatte um die
Annahme der Anträge und die Abstimmung über die vorgebrachte
Resolution. (Beifall.)

Vors. LR. Bauer : Hoher Bundesparteitag! Sie hörten
die Anträge des Berichterstatters des Organisationsausschusses
und die dazu vorgebrachte Resolution.

Wir gehen nun in die Wechselrede ein. Wortmeldungen er-
suche ich schriftlich zu erstatten, damit wir wissen, wer
spricht.

J o c h b e r g e r: Hoher Bundesparteitag! Der Herr Berichterstatter, Kollege Weinmayer, hat nun eine Resolution vorgelegt, die in den gestrigen Beratungen und auch heute nicht in Verhandlung gestanden ist. In erster Linie betrifft dies die Frage der Stellung der Bünde und der Partei. Ich muss ausdrücklich feststellen, dass gerade auf diesem Sektor nur die finanzielle Frage erörtert wurde, dass aber niemals davon die Rede war, dass die Partei die gesamte Arbeit zu leisten hat und dass die Bünde ihr Aufgabengebiet nicht restlos erfüllen.

In zweiter Linie muss ich sagen, dass diese ganze lange Resolution niemals zur Diskussion stand, weder gestern noch heute, und dass sie daher auch vom Organisationsausschuss, wie er jetzt zusammengesetzt ist, abgelehnt werden muss. Eine Beschlussfassung in dieser Richtung ist nicht vorgenommen worden.

Ref. BR. W e i n m a y e r: Hoher Bundesparteitag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Organisationsausschuss wurde ausdrücklich beschlossen, ich möge die Anträge kurz fassen und eine entsprechende Stellungnahme dazu ausarbeiten. Ich habe gleichzeitig bekannt gegeben, dass ich eine Resolution verfassen werde, die ich mit einzelnen Mitgliedern des Organisationsausschusses abgesprochen habe. Meine Damen und Herren, Sie müssen verstehen, der Organisationsausschuss hat bis zwölf Uhr nachts seine Sitzung abgehalten, und in der kurzen Zeit wurde das möglichste geleistet, um den Aufgaben des Organisationsausschusses gerecht zu werden.

Ich bitte, auch über die Resolution abstimmen zu lassen. Ich bestehe auf ~~der~~ Abstimmung.

Vizebürgermeister Weinberger: Hoher Bundesparteitag! Ich glaube, es ist nicht schwer, auch hier eine Einigung zu finden. Die sachlichen Teile dessen, was der Kollege ^{Weinmayer} ~~Winberger~~ vorgetragen hat, dürften nach meinem Gefühl ungefähr den Ansichten aller entsprechen.

Bei der grossen Frage Bunde - Partei ist z.B. sachlich eigentlich lediglich festgestellt worden, dass die einzelnen Landesparteileitungen beschliessen können, zusätzliche Beiträge für die Partei einzuführen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, gewisse grössere Leistungen entsprechend bezahlen zu können. Dagegen hat ja niemand etwas einzuwenden, es schaut also viel ärger aus, als es in Wirklichkeit ist.

Was viele stört, ist die lange Legende, das sind die sachlichen Anträge. Diese Legende können wir nicht annehmen. Ihr können wir auch nicht zustimmen, weil sie irreführend wäre, weil sie einmal den einen, dann den anderen vor den Kopf stossen würde und weil es eine Resolution wäre, die nicht dieser Ausschuss zugewiesen bekommen hätte, sondern ein anderer Ausschuss, nämlich der Politische Ausschuss der Partei.

Ich bin also der Meinung, wir sollten die sachlichen Punkte aus den Darlegungen des Kollegen Weinmayer zum Beschluss erheben, sollten aber dazu sagen, dass wir es der neuen Parteileitung überlassen, das Drum und Dran um diese sachlichen Punkte in einer ruhigen Zeit zu fixieren. Ich halte die jetzige Resolution für nicht publikationsreif und bitte daher, sie lediglich als Unterlage für die sachlichen Antragspunkte aufzufassen.

2/1255 Wo 2

Z o t t e r (Bezirksrat, Wien 9.): Hoher Bundesparteitag!

Ich möchte zu dem Antrag auf Ablehnung zweier Anträge des Arbeiter- und Angestelltenbundes einiges sagen. Ich habe das nicht so aufgefasst - ich bin Arbeiter- und Angestelltenbündler -, dass der Arbeiter- und Angestelltenbund nun die Partei irgendwie beherrschen will. Sie müssen aber doch einsehen, dass von dem Einfluss des Arbeiter- und Angestelltenbundes bei den kleinen Vertrauensmännern unten nichts mehr zu merken ist, und aus dem Gefühl heraus kann dann jemand sagen, dass wir einen stärkeren Einfluss haben müssen. Das ist auch in der Gesamtpartei zu bedenken.

Wir wollen doch irgendwie die Volkspartei verbreitern. Wir sehen, dass bei den Sozialisten viele sind, die vom Marxismus los wollen, und wir handeln auch im Interesse der Gesamtpartei, wenn wir als Arbeiter- und Angestelltenbündler, die wir die meiste Parteiarbeit leisten, verlangen, dass der Arbeiter- und Angestelltenbund einen stärkeren Einfluss haben soll. So sollen wir den Einfluss benützen, der uns auf Grund unserer Verbreiterung der Parteibasis zukommen soll.

Ich bin unlängst zu einem Mitglied gegangen, einem Studenten, der aus der Partei ausgetreten ist. Zufällig haben wir dort keinen Sprengelleiter gehabt. Er hat gesagt, ja von der Partei ist niemand zu mir gekommen, niemand hat sich gekümmert. Als ich zu dem Mann hingekommen bin, ist er ganz einsam auf dem Sofa mit seinen Büchern gesessen. Wir müssen uns aber doch sagen, die Volkspartei ist doch die einzige Partei für diese Leute. Es gibt unter den Studenten, den Arbeitern und Angestellten und auch unter den Sozialisten bestimmt viele Leute, die wir an uns ziehen könnten. Wenn aber nach aussen immer wieder aufscheint, dass wir der kleine Mann sind, der zwischen den zwei grossen zerdrückt wird, so leidet darunter auch die Gesamtpartei. Das bitte ich zu berücksichtigen. (Beifall.)

Vors. Landesrat Bauer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich werde über die Anträge des Organisationsausschusses und über die Resolution getrennt abstimmen lassen.

Ref. BR. Weinmayer (zur Geschäftsordnung): Ich möchte die Resolution in der Weise abändern, dass der Resolutionsantrag insofern ergänzt wird, als dem Zusatzantrag des Herrn Vizebürgermeisters Weinberger zuzustimmen ist unter der Voraussetzung, dass die Mitglieder des Organisationsausschusses am Nachmittag in einer Sitzung nochmals zusammentreten, damit die von meinem Vorredner vorgebrachten Wünsche einer Überprüfung unterzogen werden und der Rest der Resolution dann dem Hohen Bundesparteitag zur Abstimmung unterbreitet werden kann.

Vors. Landesrat Bauer: Sie hörten den Zusatzantrag des Berichterstatters, die Abstimmung über die Resolution nach einer Aussprache im Laufe des Nachmittags zu vollziehen. Demgemäss ist nur über die Anträge abzustimmen. Ich ersuche alle Delegierten, die mit den Anträgen des Ausschusses in der Form, wie sie der Herr Berichterstatter vorgebracht hat, einverstanden sind, die blaue Delegiertenkarte zu erheben.

Dr. Kraft (zur Geschäftsordnung): Hoher Parteitag! Bei der Form der Abstimmung, die jetzt gewählt wird, ergibt sich die Gefahr, dass jene Delegierten, die mit einzelnen Anträgen, so wie sie jetzt der Ausschuss zur Abstimmung empfohlen hat, nicht einverstanden sind, nicht zum Zuge kommen. Es wird en bloc abgestimmt und wenn der eine oder der andere Delegierte mit diesem oder jenem Antrag nicht einverstanden ist, kommt er dadurch in die Lage, die anderen Anträge mit ablehnen zu müssen.

Ich stelle daher den Antrag, dass über die Anträge einzeln abgestimmt wird.

Vors. LR. Bauer: Es ist der Antrag gestellt worden, über die vom Organisationsausschuss gestellten Anträge einzeln abstimmen zu lassen. Ich erteile dazu dem Berichterstatter nochmals das Wort.

Ref. BR. Weinmayer: Ich beantrage, dass zuerst über den Antrag, den ich im Auftrag des Organisationsausschusses hier vorgebracht habe, abgestimmt wird, und zwar in der vorgefassten Form, wie ich sie hier dem Herrn Vorsitzenden bereits übergeben habe.

Vors. LR. B a u e r: Hoher Bundesparteitag! Der Herr
Berichterstatter beantragt getrennte Abstimmung in der Form,
wie er sie vorgebracht hat, und zwar zuerst die Anträge 3, 4
und 24 in ihrer ursprünglichen Fassung anzunehmen.

— weiter die Anträge 1, 2 und 25 in abgeänderter Fassung anzunehmen, die Anträge 5, 14, 17 und 21 abzulehnen. Antrag 22 ist zurückgezogen. Die Anträge 15, 16 und 23 ~~in Annahme~~ sind der Bundesparteileitung zuzuweisen. Die Anträge 6 bis 13 sind bereits behandelt.

Ich lasse nun über diesen Antrag abstimmen, ob der Hohe Bundesparteitag einverstanden ist, dass die Abstimmung in dieser Form vorgenommen wird.

Ich ersuche alle Delegierten, die für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ist mit grosser Mehrheit angenommen. Ich werde also in dieser Form vorgehen.

Bezüglich der Anträge 3, 4 und 24 wird vom Bericht-erstatte~~r~~ beantragt, sie in der ursprünglichen Fassung anzunehmen. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich konstatiere die Annahme gegen eine Stimme.

Die Anträge 1, 2 und 25 werden in der abgeänderten Fassung zur Annahme empfohlen. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme. (Widerspruch. - Ruf: Mit drei Gegenstimmen!) Ich konstatiere also: Mit überwiegender Mehrheit angenommen. Es waren drei Gegenstimmen.

Es wird beantragt, die Anträge 5, 14, 17 und 21 abzulehnen. (Abstimmung und Gegenprobe.) Gegen vier Stimmen angenommen, die Anträge sind somit abgelehnt.

Es wird beantragt, die Anträge 15, 16 und 23 der Bundesparteileitung zuzuweisen. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Der Antrag 22 ist zurückgezogen.

Die Anträge 6 bis 13 sind bereits behandelt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt eigentlich abgeschlossen.

2/1235 W 2

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlusswort?¹

Ref. BR. Weinmayer : Ich verzichte.

Ich bitte die Mitglieder des Organisationsausschusses, um 14 Uhr im Mozartstüberl zusammenzukommen.

Vors. LR. Bauer : Nächster Punkt ist der Bericht der Finanzprüfer, zur Entlastung des Finanzreferenten.

Das Wort hat Herr Präsident Krammer.

Referent Präs. Krammer : Hoher Bundesparteitag!

Verehrte Damen und Herren! Die vom 2. Bundesparteitag gewählten Finanzprüfer haben bereits im Finanzausschuss der gegenwärtigen Tagung einen eingehenden Bericht über die ihnen übertragene Kontrolltätigkeit und die Rechnungsabschlüsse der Bundesparteileitung für 1949 und 1950 erstattet und bei dieser Gelegenheit auch Empfehlungen vorgebracht für Massnahmen, die auf Grund gewissenhafter Studien an der Hand eingehender Beobachtungen geeignet erscheinen, die wirtschaftliche Lage der ÖVP und der in ihr vereinigten Bünde zu heben.

Es ist daher möglich und entspricht auch den Bestimmungen des Bundesparteiorganisationsstatutes, wenn die Finanzprüfer dem Hohen Bundesparteitag nun einen zusammenfassenden Bericht über ihre Tätigkeit und Wahrnehmungen geben und dabei auch ihre Empfehlungen vorbringen, weil es zweckmässig erscheint, die geehrten Delegierten zu bitten, den Geist derselben hinauszutragen und - ohne dass vom Hohen Parteitag ein Beschluss hierüber gefasst wird - entsprechend den örtlichen und organisatorischen Verhältnissen auf eine Verwirklichung dieser Empfehlungen hinzuarbeiten.

2/1240 Dr. Wo 1

Gemäss den Bestimmungen des BPOST haben die Finanzprüfer in der Zeit vom 2. bis 3. Bundesparteitag folgende Kontroll-
amtsbehandlungen vorgenommen:

- 17 bei Landesparteileitungen
- 16 bei bündischen Stellen
- 11 bei Bezirksparteileitungen
- 3 bei der Bundesparteileitung
- 5 bei der Österreichischen Frauenbewegung
- 2 bei der Österreichischen Jugendbewegung
- 3 beim Kinderrettungswerk
- 8 bei sonstigen Stellen.

Geprüft wurden insgesamt 23 Rechnungsabschlüsse und Voranschläge der Bundesparteileitung, sowie die der Bundespartei-
leitung von unterstehenden Stellen vorgelegten Voranschläge.

Die bei allen vorgenommenen Prüfungen angestellten Be-
trachtungen ergeben die Bestätigung der Notwendigkeit, auf dem
Gebiete der Finanzwirtschaft der Österreichischen Volkspartei
entschiedene Massnahmen zu ergreifen. Die Finanzprüfer vertraten
folgende Vorschläge mit allem Ernste:

In Bezug auf die Einnahmen sind alle Anstrengungen
anzuwenden, um eine Steigerung herbeizuführen. Zu diesem Zwecke
ist

- a) die Mitgliederwerbung durch die Funktionäre und Mandatäre
im grossen Stile in Angriff zu nehmen;
- b) vorzusorgen, dass geeignete Vorkehrungen getroffen werden, um
die Mitgliedsbeiträge unbedingt laufend einzuheben, damit Ausfälle
wegen Zahlungsunfähigkeit bei Rückständen vermieden werden;

c) Das BPOST, welches seinerzeit unter voller Zustimmung aller Bünde beschlossen worden ist, sieht vor, dass die Bünde einen 10 %igen Anteil von den Bruttoeingängen an Einschreibgebühren und Mitgliedsbeiträgen an die Bundesparteileitung und Landesparteileitungen abzuführen haben. Auch der Termin für diese Zahlungen ist vorgesehen. An die Bünde wäre die dringendste Einladung zu richten, diesen Bestimmungen auch wirklich Rechnung zu tragen, denn es ist ungerecht, dass die eine oder andere bündische Organisation von diesen Eingängen vorweg irgendwelche Auslagen bestreitet und die Beitragsleistung an die Bundesparteileitung - auch Landesparteileitung - erst vom erübrigten Rest leistet, während andere bündische Stellen ihrer Verpflichtung voll und ganz nachkommen.

In Hinsicht auf die Ausgabenwirtschaft ist bei der Österreichischen Volkspartei - aber auch bei den Bünden - äußerste Sparsamkeit geboten. Eine solche ist vor allem dadurch zu erzielen, dass der Verwaltungsaufwand zeitgerecht geplant und durch einen Voranschlag als Richtlinie festgelegt werde. Bei dieser Gelegenheit wäre bei den Österreichischen Volkspartei-Stellen - aber auch bei den Bünden - zu überlegen, ob alle bestehenden Einrichtungen weiterhin überhaupt oder im bisherigen Ausmasse beibehalten werden sollen.

Alle Funktionäre der Österreichischen Volkspartei und der Bünde sind verpflichtet, nicht nur den politischen Ereignissen und Notwendigkeiten, sondern auch den wirtschaftlichen und finanziellen Belangen die notwendige Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Vors. LR. B a n e r : Sie haben den Bericht des Finanzprüfers gehört. Wir gehen nun in die Wechselrede ein. Ich ersuche nochmals, Wortmeldungen schriftlich zu erstatten. Wer wünscht das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung über den Antrag auf Entlastung des Finanzreferenten. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Ich darf hier vor allem dem Herrn Präsidenten ^{wi/}Kramer für seine mustergültige Arbeit, die er uns nicht nur jetzt, sondern schon seit langem geleistet hat, herzlichst danken, und ich glaube damit auch im Namen des Bundesparteitages zu sprechen. (Starker Beifall.)

Als weiterer Punkt der Tagesordnung folgen die Anträge des gemeindepolitischen Ausschusses.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Lugger. Ich erteile ihm das Wort.

Ref. LR. Dr. L u g g e r : Hoher Bundesparteitag! Die Österreichische Volkspartei tritt für eine aktive Kommunalpolitik ein. So wie der natürliche Aufbau der Gesellschaft von der Familie als ihrem untersten Glied ausgeht, so ein organischer Aufbau unserer staatlich zusammengefassten Gemeinschaft von der Gemeinde als dem kleinsten örtlichen Verband aus über die Länder zum Gesamtstaat. Einer gesunden Entwicklung unseres demokratisch eingerichteten Staates können wir daher nicht besser dienen, als dass wir darauf bedacht sind, alle natürlich gegebenen Aufbaukräfte von unten aus in organischer Zusammenarbeit wirken zu lassen.

Das müssen wir uns bei allen unseren Beschlüssen und Entscheidungen vor Augen halten und darum die natürliche Entfaltung der Gemeinden in ihrem Aufgabenbereich nach Kräften zu fördern trachten. Fördern wir die Entwicklung der Gemeinden, so fördern wir damit auch das Wohl der Länder und des Bundes.

Die Bundesparteilitung hat in Erkenntnis der Wichtigkeit einer österreichischen Gemeindepolitik einen kommunalpolitischen Ausschuss eingesetzt, der sich mit grundsätzlichen Fragen und Einzelanträgen zu befassen hatte. Die Resolutionen und Anträge lassen sich in vier Gruppen einteilen, und zwar

- 1.) Allgemeines zur Durchführung von Beschlüssen der Bundesparteitage.

- 2.) Grundsätze einer aktiven österreichischen Gemeindepolitik.
- 3.) Die finanzielle Fundierung der Gemeinden.
- 4.) Das zweite Verstaatlichungsgesetz und die Gemeinde-B-Werke.

Zu Punkt 1.) Die Landesparteilitung Wien und der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund haben darauf hingewiesen, dass eine grosse Anzahl von Anträgen der vergangenen Bundesparteitage noch nicht durchgeführt worden sind. Der Hohe Bundesparteitag wolle daher folgendes beschliessen - und zwar nehme ich aus den Anträgen 1 und 2 nur das für die Gemeindepolitik Interessante heraus - :

Der Bundesparteitag beauftragt die Bundesparteilitung, den Landesparteilitungen binnen acht Wochen einen eingehenden Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des ersten und zweiten Bundesparteitages vorzulegen.

und zwar vom kommunalpolitischen Standpunkt aus. Ich bringe nun diese Anträge zur Abstimmung, und zwar erstens den Beschluss des 1. Bundespartitages über die kommunalpolitische Schulung, zweitens die Beschlüsse des 2. Bundesparteitages über die Gemeinden als Unternehmer, die Siedlungsbewegung in den Gemeinden, die Lockerung der starren Liste, die Volksbefragung, Volksabstimmung, Volksbegehren und Vereinfachung von Verwaltung und Gesetzgebung.

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, über diese Anträge abstimmen zu lassen.

Vors. LR. Bauer : Hoher Bundesparteitag!

Der Berichterstatter beantragt, über den Antrag 1, den er hier verlautbart hat, abstimmen zu lassen. Ich bin gezwungen, vor der Abstimmung die Wechselrede zu eröffnen. Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, fortzusetzen.

Ref. LR. L u g g e r : Die zweite dem Hohen Bundesparteitag vorgelegte Resolution befasst sich mit Grundsätzen einer aktiven österreichischen Gemeindepolitik, gibt Anregungen und zeigt Forderungen zur Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Entfaltung der Gemeinden, über Grundsätze der Gemeindewirtschaft und über eine stärkere Heranziehung der Gemeindebewohner zur Mitarbeit in den Gemeinden auf, eine kommunalpolitische Frage, die gegenwärtig ständig an Bedeutung zunimmt - ob und inwieweit Gemeinden sich erwerbswirtschaftlich betätigen sollen - , eine Frage, in der die Ansichten der ÖVP und der SPÖ grundsätzlich verschieden sind. Nach Ansicht der ÖVP haben sich die Gemeinden auf den Betrieb solcher Unternehmungen zu beschränken, die einem Gemeinschaftsbedarf innerhalb der Gemeinde entsprechen und nicht besser und billiger von Privaten betrieben werden können.

Es wird daher folgende Resolution zur Beschlussfassung vorgelegt:

"Aus der Erkenntnis, dass die Gemeinde das natürliche Fundament des Staates bildet, ist die praktische Folgerung zu ziehen, dass es im wesentlichen auch im Interesse der Länder und des Bundes ist, die kulturellen und wirtschaftlichen ~~Entfaltung~~ Entfaltung der Gemeinden, wie sie sich in den

letzten Jahren angebahnt hat, weiter zu fördern.

Ziel der Gemeindewirtschaft wird es sein, die der Gemeinde zustehenden Einnahmequellen unter Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Kräfte ihrer Bewohner zu möglichst fruchtbaren Gemeinschaftsleistungen zu nutzen, erwerbswirtschaftliche Betätigung der Gemeinde ist damit grundsätzlich nur soweit vereinbar, als es sich auf Unternehmen beschränkt, die einem Gemeinschaftsbedarf entsprechen und nicht zweckmäßiger von anderen besorgt werden.

Eine natürliche Entfaltung der Gemeinde erfordert weiter eine stärkere Heranziehung der Gemeindebewohner zur Mitarbeit im öffentlichen Leben der Gemeinde. Es ist daher alles zu fördern, was das Bewusstsein des einzelnen Gemeindebewohners, seiner Mitverantwortung für die Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben und sein Bedürfnis zur Einflussnahme auf die Gemeindeverwaltung stärken kann, zumal dadurch auch das Interesse an den Aufgaben der Länder und des Bundes geweckt und gefördert wird. "

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, hierüber die Debatte zu eröffnen und abstimmen zu lassen.

Vors. IR. Bauer : Hoher Bundesparteitag! Sie hörten den Antrag und die Resolution des Herrn Berichterstatters. Ich eröffne die Wechselrede, und zwar zum Antrag und zur Resolution gemeinsam. Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Das ist nicht der Fall. Ich schlage vor, auch die Abstimmung gemeinsam vorzunehmen. Es erfolgt kein Widerspruch. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, fortzusetzen.

Ref. LR. L u g g e r (liest): "Erkennen wir aber die Bedeutung der Gemeinde im Staat an, so müssen wir daraus auch die Folgerung ziehen, dass wir die wirtschaftlichen Grundlagen der Gemeindeverwaltung sichern müssen. Wir werden daher für einen gerechten Finanzausgleich zwischen den Gebietskörperschaften, also für eine gerechte Verteilung der Steuerrechte und der Steuererträge zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im Verhältnis des Umfanges ihrer Aufgaben eintreten."

Eine wichtige Forderung zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen der Gemeindeverwaltung ist auch die nach einem möglichst Lastenausgleich unter den Gemeinden selbst.

Es wird daher folgender Antrag zur Beschlussfassung vorgelegt:

„Vom Finanzausgleich ist in erster Linie zu fordern, dass er eine möglichst gerechte Verteilung der öffentlichen Einnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden im Verhältnis des Umfanges ihrer Aufgaben sichert. Als Voraussetzung dafür ist eine ziffernmässige Erfassung des dem Umfang der Aufgaben der Gebietskörperschaften entsprechenden Geldbedarfes anzustreben. Treu und Glauben erfordern es, dass Vereinbarungen über den Finanzausgleich für die Dauer ihrer Gültigkeit nicht einseitig abgeändert werden. Der Aufteilung der den Gemeinden aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben zufließenden Einnahmen müssen Finanzbedarf und Steuerkraft der einzelnen Gemeinde zugrunde gelegt werden.“

Ich bitte, über diesen Antrag die Debatte zu eröffnen und abstimmen zu lassen.

Vors. LR. Bauer : Ich eröffne die Wechselrede über den dritten Antrag. Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen. (Abstimmung und Gegenprobe.) Einstimmig angenommen.

Ref. LR. L u g e r : Ein weiterer Antrag befasst sich mit dem Antrag der NR. Lakowitsch und Genossen zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes. In Anerkennung der ~~sehr~~ grundsätzlichen Berechtigung eines derartigen Antrages wird auf die Auswirkungen dieses Antrages insbesondere auf finanzschwache Gemeinden hingewiesen.

Es wird daher folgender Antrag zur Beschlussfassung vorgelegt:

In Koordinierung aller in Frage kommenden Interessen ist bei weiterer Verfolgung des Antrages der Nationalräte Lakowitsch und Genossen zur Änderung der Gewerbesteuer auf die Erforderniss der finanzschwachen Gemeinden Rücksicht zu nehmen.

Ich bitte, die Debatte zu eröffnen und abstimmen zu lassen.

Vors. LR. B a u e r : Hoher Bundesparteitag! Sie hörten den Antrag. Ich eröffne die Wechselrede. Wortmeldungen liegen keine vor. Ich komme daher zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Ref. LR. L u g g e r : Die Verstaatlichungsgesetze sind schon seit längerer Zeit Gegenstand heftiger Angriffe. So hat sich bereits der zweite Bundesparteitag mit den Auswirkungen des 2. Verstaatlichungsgesetzes, sowohl auf die privaten, genossenschaftlichen, als auch gemeindlichen E-Werke befasst. Dem kommunalpolitischen Ausschuss lag ein Antrag der Hauptbezirksparteileitung Ried im Innkreis vor, der mit Mehrheit dem Hohen Parteitag zur Beschlussfassung empfohlen wird.

Es wird daher folgender Antrag zur Beschlussfassung vorgelegt:

„ Wir stellen an den Bundesparteitag den Antrag, zu beschliessen, dass die Vertreter der Österreichischen Volkspartei beauftragt werden, alles zu tun, um endlich die Novellierung des § 7 des 2. Verstaatlichungsgesetzes in der Richtung durchzusetzen, dass die im Besitze einer Gemeinde befindlichen Elektrizitätswerke nicht unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallen.“

Ich bitte, hierüber die Debatte zu eröffnen und abstimmen zu lassen.

Vors. LR. B a u e r : Hoher Bundesparteitag! Ich eröffne die Wechselrede. Zum Wort hat sich Herr Landesrat Waltner, Niederösterreich, gemeldet. Ich erteile es ihm.

LR. Waltner: Hoher Bundesparteitag! Zum letztgenannten Antrag, betreffend Novellierung des § 7 des Verstaatlichungsgesetzes, erlaube ich mir folgenden Zusatzantrag zu stellen:

"Da die energiewirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich nach Ländern sehr verschieden gelagert sind, soll auch die wichtige Frage der Verstaatlichung bzw. Verländerung der Gemeinde-E-Werke ländersweise geregelt werden."

Ich ersuche um Annahme dieses Zusatzantrages.

Ref. LR. Dr. Luggari Als Berichterstatter erkläre ich mich mit diesem Zusatzantrag einverstanden.

Vors. LR. Baur: Sie hörten den Antrag des Berichterstatters und einen Zusatzantrag des Landesrates Waltner. Da sich der Berichterstatter mit dem Zusatzantrag einverstanden erklärt, bringe ich beide Anträge unter einen zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Hoher Bundesparteitag! Ich unterbreche jetzt die Verhandlungen zur Mittagspause. Fortsetzung ist um 15 Uhr und ich bitte alle Delegierten, pünktlich hier zu sein, da um 15 Uhr das Wahlergebnis bekanntgegeben wird.

(Die Verhandlungen werden um 13 Uhr 10 Minuten unterbrochen.)

(Wiederaufnahme der Verhandlungen: 15 Uhr 25.)

Vors. Landesrat Bauer : Hoher Bundesparteitag!
Wir nehmen die unterbrochene Tagung wieder auf und schreiten
in der Tagesordnung weiter. Zur Verlautbarung des Wahlergeb-
nisses übergebe ich den Vorsitz dem Ältesten ^{Landes-} parteiobmann,
Minister Raab.

Minister a.D. Ing. Raab (den Vorsitz übernehmend -
mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Ich habe als
Ergebnis der in den Vormittagstunden durchgeführten Wahlen
folgendes mitzuteilen.

Im ersten Wahlgang (Wahl des Bundesparteiohmans) wurden
307 gültige Stimmen abgegeben. Von diesen 307 gültigen Stimmen
entfielen auf den Herrn Bundeskanzler Dr. Ing. Leopold Figl
283 Stimmen. (Stürmischer und sich immer wiederholender Beifall.)

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Darf ich namens des
gesamten Parteitages unserer erhebenden Freude Ausdruck geben,
daß Du mit diesem überwältigenden Wahleresultat wieder zum ver-
antwortlichen Obmann unserer Partei berufen wurdest. Wir wissen,
was Du in diesen fünf Jahren seit Beginn des neuen Österreichs
geleistet hast, was Du für die Erhaltung dieses Landes an persön-
lichen Opfern gebracht und welche Unterschrockenheit und welchen
Mut Du in gefährlichen Stunden, wo es um die Existenz unseres
Vaterlandes gegangen ist, an den Tag gelegt hast.

Möge Dir dieses Wahlergebnis als ein kleiner Dank des
österreichischen Volkes gelten. Die Politik bringt selten
dankbare Momente, und es ist daher die Aufgabe der berufenen

Vertreter der Partei, diese Dankespflicht gegenüber dieser opfervollen Tätigkeit auch voll und ganz zu erfüllen. Wir wünschen Dir, wenn wir die Bitte aussprechen, dieses Amt wieder zu übernehmen, daß Dich der Herrgott für die kommenden Zeiten segnen möge, Dich als wahren Österreicher und Opferer schon in der Zeit des Nationalsozialismus und nunmehr als verantwortlichen Staatsmann dieses Landes, und daß Dir Erfolg bei Deiner Arbeit und Leistung gegönnt sei.

Möge dieses Wahleresultat aber auch für uns alle ein Bekenntnis der Treue zu unserem Parteiobmann sein, ein Bekenntnis der Treue, eines Begriffes, der in einer politischen Kampfpartei, wie ~~an~~ die Österreichische Volkspartei eine ist, besonders hochgehalten werden sollte und hochgehalten werden muß, wenn es gilt, mit voller Kraft und Stärke und unter Aufopferung aller Kräfte an die Erfüllung einer so schweren Aufgabe heranzutreten, wie ^{sie} ~~an~~ das Bundeskanzleramt und die Führung dieser großen und verantwortungsvollen Partei darstellt.

Ich darf Dich daher namens des Parteitages auf das herzlichste beglückwünschen und darf Dich bitten, so wie in den vergangenen Jahren für Österreich - dessen bin ich gewusst - Deine Pflicht zu erfüllen. (Starker, sich wiederholender Beifall und Bravorufe.)

Ich darf in der Bekanntgabe der weiteren Wahlergebnisse fortschreiten.

Im zweiten Wahlgang wurden 301 gültige Stimmen abgegeben. Als Generalsekretär erscheint mit 284 Stimmen Herr Bundesminister Dr. Felix H u r d e s gewählt. (Starker anhaltender Beifall.)

Ich darf auch dem Herrn Generalsekretär Dr. Hurdes namens des Bundesparteitages für seine bisher geleistete Arbeit herzlichen Dank sagen. Er ist ja auch einer von den Männern dieser Partei, die - Dr. Hurdes seit dem Jahre 1945 als Generalsekretär und als Mitglied der Bundesregierung - auf verantwortlichem Posten stehend immer wieder die programmatische Gestaltung dieser Partei sich zum Ziele gesetzt haben. Dr. Hurde hat immer wieder die grossen Aufgaben und die wichtige Bedeutung unserer Bewegung herausgestellt und er hat - oft seine Gesundheit nicht schonend - als Generalsekretär nicht nur in Österreich, sondern auch draussen im Ausland bei all den verwandten Bruderparteien in den verschiedenen Staaten Österreich in einwandfreier Weise vertreten und all die positiven Kräfte des Auslandes darauf aufmerksam gemacht, dass hier in Österreich ein fleissiges und braves Volk lebt, das gewillt ist, die Kultur, die westliche Kultur, die menschliche Kultur, die Freiheit der Menschen mit voller Tatkraft zu verteidigen. Auch Dir, lieber Freund Hurdes,

sagen wir für Deine bisher geleistete Arbeit unseren aufrichtigen und ehrlichen Dank. (Erneuter stürmischer Beifall.) Mögest Du Dir aus diesem überwältigenden Resultat die Meinung herausnehmen , dass der Begriff der Braue auch Deiner Person - so wie gegenüber unserem Bundeskanzler - gilt, dass wir auch den Allmächtigen bitten, er möge Dir Kraft und Stärke geben, auch in der kommenden Zeit Deine grosse und schwere Aufgabe als Generalsekretär, so wie wir es bisher von Dir gewohnt waren, voll und ganz zu erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Als Generalsekretär-Stellvertreter wurde mit 215 von 301 abgegebenen Stimmen Direktor Josef S c h e i d l gewählt. (Lebhafter Beifall.) Mit Herrn Direktor Scheidl, den wir ja auch ~~in~~ in den vergangenen Jahren auf verschiedenen Posten der Partei arbeiten und wirken gesehen haben, tritt nunmehr eine neue Kraft in die oberste Parteileitung ein, Rechnung tragend der Meinung, dass auch neben den bewährten Kräften der Bundesparteileitung neue Kräfte herangezogen werden sollen, vor allem aus den jugendlichen Kreisen, damit auch diese mittätig und mitverantwortlich sind.

Ich bin überzeugt, dass die Aufgabe, die der neue Generalsekretär-Stellvertreter übernimmt, nicht leicht ist. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass die Berufung Schaidls auf diesen Posten richtig war. Er kann sich darauf verlassen, dass die Partei gewillt ist, mit ihm zusammen zu arbeiten, und wir geben der sicheren Überzeugung Ausdruck, dass auch diese Wahl eine glückliche war und der neue Generalsekretär-Stellvertreter zusammen mit dem Generalsekretär und mit dem Bundesparteiobmann die grossen Aufgaben der Zukunft für die Stärke unserer Österreichischen Volkspartei in jeder Beziehung meistern wird. (Lebhafter Beifall.)

Weiter wurde zum Hauptreferenten für Organisation und Propaganda Herr Staatssekretär Graf, der leider heute nicht an dieser Tagung teilnehmen kann, mit 296 Stimmen von 301 abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. (Starker Beifall.) Ich darf auch ihm den Gruss des Parteitages übermitteln. Dieses Wahlergebnis ist ein Zeichen des Dankes und der Anerkennung für seine unermüdliche Arbeit, die er in den vergangenen Jahren für uns alle geleistet hat.

Graf war immer dort zu finden, wo es am heissesten hergegangen ist. Wo ein unerschreckener, tapferer und mutiger Einsatz für die Partei notwendig war, da konnten wir uns auf den Staatssekretär und Referenten für Organisation und Propaganda verlassen. (Zustimmung.) Er traf in allen schwierigen Fragen immer das Richtige. Ich verweise nur auf die Vorbereitung der vergangenen, im Jahre 1949 durchgeführten Nationalratswahlen, die nach dem Konzept Grafs auf neuer Grundlage modernster Art, die für die

heutigen politischen Auseinandersetzungen geeignet ist, vorbereitet wurde und die auch mit einem Erfolg der Österreichischen Volkspartei brachte. Wir können seine Tätigkeit als Organisations- und Propagandareferent nicht missen. Wir wünschen ihm, dass seine Gesundheit bald vollkommen wieder hergestellt werde, dass die Zeit der Krankheit rasch vorübergeht, dass die Operation, der er sich unterziehen soll, in jeder Beziehung gelinge und dass er bald wieder in ungebrochener Kraft mit vollem Lebensmut und mit grosser Energie, wie sie Graf immer ausgezeichnet haben, in unserer Mitte weilen wird, zu neuen Taten, zu neuen Erfolgen, zu neuen Zielen für die Österreichische Volkspartei. (Lebhafter Beifall.)

Zum Hauptreferenten für Finanzen wurde mit 296 von 301 abgegebenen Stimmen Herr Generaldirektor Dr. Carl Habich gewählt. (Starker Beifall.) Mit ihm kommt für uns alle zwar kein neuer Mann, aber in seiner Funktion als Hauptreferent für Finanzen doch neuer Mann in die Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei. Ich glaube, es wird niemand in Saale sein, der ihn um diese Aufgabe, die er da übernommen hat, beneidet. (Heiterkeit.) Zum Kriegführen gehört Geld. Da die Partei jederzeit gerüstet sein muss, zu irgendwelchen entscheidenden Schlachten anzutreten, ist es notwendig, dass auch die Finanzfrage der Partei geordnet wird. Der Herr Generaldirektor Dr. Habich bringt ja auf diesem Gebiet der Sanierung verschiedener Anstalten und Organisationen reichliche Erfahrung mit. Wir hoffen, dass er bald genügend Quellen findet, um die Parteifinanzen entsprechend zu speisen, damit ^{wir} auch in dieser Beziehung beruhigt für die Zukunft unserer Partei sein können.

Wir wünschen ihm vollen Erfolg auf diesem schwierigen Gebiet. Wir sind überzeugt, daß mit seiner Betrauung eine neue Morgenröte der Finanzsituation der Österreichischen Volkspartei anbrechen wird. (Heiterkeit und Beifall.)

Das waren die Mitteilungen, die ich über das Wahlresultat zu machen hatte. Ich ersuche nun den Herrn Bundesparteivorsitzmann, den Vorsitz zu übernehmen.

Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l (den Vorsitz übernehmend - mit starkem Beifall begrüßt): Höher Bundesparteitag! Darf ich zuerst Ihnen, meine lieben Parteifreunde, für den Ausdruck des Vertrauens, das Sie in mich und meine Freunde und Mitarbeiter gesetzt haben, herzlichen und aufrichtigen Dank sagen. Sie haben neuerlich meine Person und meine Freunde, die seit 1945 mit mir arbeiten, mit dem Auftrag ausgestattet, weiter für diese Partei die Verantwortung zu tragen. Wir wollen diesen Ihren Auftrag, für die nächsten zwei Jahre wiederum die Verantwortung zu tragen, nicht scheuen. Wir wollen mit derselben Begeisterung, mit demselben Opferwillen und mit demselben Mut an der Arbeit bleiben, die für unsere Partei und damit für unser Vaterland Österreich zu leisten ist. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen genau, daß es heute schwieriger ist als vor fünf Jahren, im Volke eine Begeisterung zu erzeugen. Wir wissen, daß Menschen, die

Über fünf Jahre Verantwortung tragen, die in diesen fünf Jahren manche harte Maßnahme verantworten mußten, nicht immer populär sind, aber entscheidend ist, verehrte Freunde, den Mut zu haben, Verantwortung zu übernehmen, wenn es gilt, alles für dieses Vaterland, für dieses Österreich und für die Zukunft dieses Volkes zu tun. (Starker Beifall.)

Darum wollen wir heute auch keine große programmatische Erklärung abgeben, denn Sie, meine Damen und Herren, als die Beauftragten unserer Parteimitglieder, haben uns beobachtet, Sie haben uns kontrolliert und geprüft.

Wenn Sie uns heute nach mehr als fünf Jahren Arbeit wieder das Vertrauen gegeben haben, dann haben Sie damit zum Ausdruck gebracht, dass wir bis jetzt den richtigen Weg gegangen sind und dass Sie Vertrauen haben, dass wir diesen Weg für Österreichs Volk unbeirrt weitergehen sollen und müssen. (Beifall.) Wir sind bereit, uns dieser Pflicht zu unterwerfen. Wir bedürfen aber der Zusammenarbeit, um diese Pflicht zum Segen des einzelnen und zum Wohle des ganzen Volkes wirklich erfüllen zu können. Wir bedürfen hierzu - wie ich schon gestern in meinem Referat sagte - der Zusammenarbeit, des Vertrauens und Verstehens von der kleinsten Ortsgruppe und vom kleinsten Vertrauensmann bis zu den Spitzen der Partei. Wir müssen aber auch trachten, dass dieses ~~unerschütterliche~~ Vertrauen erhalten bleibt.

So danke ich Ihnen allen, meine verehrten Damen und Herren, für Ihr Vertrauen. Ich darf Sie noch bitten, diesen Dank auch Ihren Parteifreunden, die Sie delegiert haben, zu übermitteln und sie bitten, auch in nächster Zeit zusammenzustehen und zusammenzuhalten.

Ich habe einmal gesagt: Regierung Figl I. : aus dem Nicht etwas aufbauen, war schwer und hart; Regierung Figl II. hat es noch schwerer, noch schwerer deshalb, weil es gilt, den erreichten Fortschritt nicht nur zu halten, sondern zu festigen, zu stabilisieren. Es ist leicht zu nörgeln, zu kritisieren und anderer Meinung zu sein, wenn zu der Arbeit der Festigung des Fortschrittes noch politische Schwierigkeiten eingetreten sind, die es vor zwei Jahren noch nicht gegeben hat, während aber ~~nach~~ keiner von dem erreichten Fortschritt etwas abgeben will. Freilich ist es für den einzelnen schwer,

neuerlich von den bescheidenen Fortschritten seines persönlichen Lebens etwas abzugeben und neuerdings Opfer zu bringen. Das ist eben die schwere Zeit, in der wir heute stehen.

Darum brauchen wir heute mehr denn je die Gemeinsamkeit, das gegenseitige Vertrauen und Zusammenstehen und ehrliche und offene Zusammenarbeit, damit wir die Zeit meistern, die Heimat erretten und das Volk Österreichs einer schöneren Zukunft entgegengehen kann.

In diesem Sinne, verehrter Parteitag, will ich heute ohne Programmpunkt, nur mit dem Satz schliessen: Wir wollen weiter uns bemühen, unsere Pflicht zu erfüllen. Das Vertrauen, das Sie uns geschenkt haben, ist der Ausdruck des Auftrages zu weiterer Arbeit. (Starker Beifall.)

Auf Grund der eben abgeschlossenen Wahl darf ich ,
Hoher Parteitag, folgende Feststellungen machen:

Im Sinne des neuen Bundesparteiorganisationsstatus⁴ setzt sich nunmehr die Bundesparteileitung aus folgenden Personen zusammen:

Aus dem Bundesparteiohmann und den Stellvertretern, die im Sinne der Satzung die Obmänner der Bünde sind, und zwar hat sich die Bundesobmännerschaft zusammengetan und folgende Reihung festgestellt:

Erster Obmannstellvertreter: Minister a.D. Vizebürgermeister Lois Weinberger (starker Beifall);

zweite Obmannstellvertreterin: Frau Nationalrat Lola Solar (starker Beifall);

dritter Obmannstellvertreter: Minister a.D. Präsident Nationalrat Julius Raab (starker Beifall);

vierter Obmannstellvertreter: Bundesminister Präsident Josef Kraus. (Starker Beifall).

Des weiteren gehört der Bundesparteileitung an:

Generalsekretär Dr. Hurdas und Generalsekretärstellvertreter Dr. Scheidl;

Hauptreferent für Organisation und Propaganda: Staatssekretär Graf;

Hauptreferent für Finanzen: Generaldirektor Dr. Habich;

die neuen Landesparteiohnmänner;

die Landeshauptmänner, die der ÖVP angehören, bzw. die Landeshauptmann-Stellvertreter jener Bundesländer, in denen nicht die ÖVP den Landeshauptmann stellt;

die ÖVP-Mitglieder der Bundesregierung;

die Generalsekretäre der Bünde, das ist Generalsekretär Dr. Bock (Beifall), Nationalrat Dipl.-Ing. Hartmann (lebhafter Beifall),

2/1555 Dr.Wo 2

Generalsekretär Bundesrat Eckert (Beifall), der Obmann der Jugendbewegung Prof. Rycker (Beifall).

Als Referenten wurden bestellt:

für die Gewerkschaftsbundfragen: Minister a.D. Nationalrat Altenburger (Beifall)

und als Referent für verstaatlichte Betriebe Nationalrat Dr. Malota. (Beifall).

Dieses ist die Bundesparteileitung.

Dem Bundespartei Vorstand, dem engeren Forum, gehören im Sinne der Statuten an:

Der Bundesparteiobmann;

die vier Stellvertreter;

der Generalsekretär;

der Generalsekretär-Stellvertreter

und die Hauptreferenten für Organisation und Finanzen.

Damit wäre eigentlich die Konstituierung der neuen Parteileitung vollzogen. Ich bitte den Hohen Bundesparteitag, dies im Sinne der Statuten zur Kenntnis zu nehmen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung des heutigen Tages: Wahlen, beendet.

Wir schreiten jetzt in der Behandlung des Tagesordnungspunktes: Berichte und Anträge weiter fort.

Ich bitte, zu diesen Berichten den Herrn Landesparteiobmann Gruber von Kärnten den Vorsitz zu übernehmen.

Landesparteiobmann G r u b e r (den Vorsitz übernehmend):
Hoher Parteitag! In dieser feierlichen Stunde der Verkündigung
des Ergebnisses der Wahlen des Bundesparteiobmannes und des Vor-
stands glaube ich dem neugewählten Vorstand, insbesondere aber
unserem Bundeskanzler und Parteiobmann Figl, die herzlichsten
Glückwünsche namens des Bundesparteitags zum Ausdruck bringen
zu dürfen. (Lebhafter Beifall.) Ein schweres Amt, das er wieder
übernommen hat, und wir glauben ihm, daß er dieses Amt im Sinne
der Arbeit, die er in den letzten Jahren in so vorbildlicher
Weise geleistet hat, auch in Zukunft ausüben wird.

Ich habe nun die Ehre, zwei eingelaufene Telegramme zur
Verlesung zu bringen:

"Die Kursteilnehmer des Schulungslehrganges der Österreichi-
schen Jugend auf Schloß Wartholz wünschen dem Bundesparteitag
ein volles Gelingen zum Wohle der Österreichischen Volkspartei,
zum Aufbau unseres Landes und zur Sicherung des Friedens. Die
Jugend Österreichs und die Österreichische Jugendbewegung stehen
treu, gleich, was kommen mag, zur Österreichischen Volkspartei."
(Lebhafter Beifall.)

Ein Telegramm aus Italien folgenden Inhalts:

"Am Beginn des Kongresses teilzunehmen, unmöglich. Freundliche
Wünsche und Grüße. Senator Restarno, Generalsekretär der
Democrazia Christiana." (Beifall.)

Wir schreiten in der Tagesordnung weiter und kommen zu den
Berichten der Ausschüsse. Ich erteile dem Herrn Minister a.D. Dr.
Fleischacker das Wort zu seinem

Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Ref. BR. Dr. Fleischacker: Hoher Bundespartei-
tag! Meine verehrten Damen und Herren! Dem Volkswirtschaftlichen
Ausschuß lagen nicht weniger als 103 Anträge zur Behandlung vor,
von denen sich 19 auf allgemeine Wirtschaftsfragen, 8 auf Fragen
der Finanzpolitik, 10 auf Preis- und Lohnfragen, 9 auf Fragen
des Wohnungs- und Siedlungsproblems, 33 auf Fragen der Sozial-
politik, 20 auf Fragen der Landwirtschaft und 4 Anträge auf Fragen
des Gewerberechtes beziehen.

Alle diese Anträge wurden vom Ausschuß in eingehender Be-
ratung ihrem vollen Inhalte nach in Behandlung gezogen. Sie bilde-
ten zum Teil wertvolle Beiträge für das große Arbeitsprogramm,
dessen wirtschaftlichen Teil der Ausschuß wie folgt zur Annahme
empfiehlt:

"Die letzten Jahre haben bewiesen, daß nur eine möglichst
von ihren Fesseln befreite Wirtschaft in der Lage ist, den Lebens-
standard der Bevölkerung zu heben.

Bewirtschaftungs- und Lenkungsmaßnahmen dürfen nur solange aufrecht erhalten werden, als sie notwendig sind, um die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern zu gewährleisten. Dieser Grundsatz wird besonders beachtet werden müssen, wenn im Zusammenhang mit Mangelerscheinungen und Strukturwandlungen in der Weltwirtschaft auch die Frage auftaucht, ob und inwieweit Österreich seiner Wirtschaft Schranken auferlegen soll_x und muss.

Freiheit in der Wirtschaft, Hoher Parteitag, bedeutet auch freie wirtschaftliche Betätigung im Rahmen der Gesetze für jedermann. Wir lehnen jeden Zwang des Staates in der Frage der Berufs- und Arbeitsplatzwahl entschieden ab. (Starker Beifall.) Der Überfüllung gewisser Berufe kann nicht durch einschränkende gesetzliche Massnahmen am Schlusse der Berufsausbildung begegnet werden, sondern nur durch charaktermässige und leistungsmässige Auslese vom Beginn der Ausbildung an.

Arbeiter, Angestellte, Bauern und Wirtschaftstreibende müssen frei bleiben in ihren Entschlüssen, denn nur so wird es möglich sein, dass jeder Bürger jenen Beruf ergreift, zu dem er sich kraft seiner Fähigkeiten und Möglichkeiten hingezogen fühlt. Der rechte Mann am rechten Platz - das ist eine wesentliche Voraussetzung für das Gedeihen der Wirtschaft. Um der Erwerbsnot der Jugend wirksam entgegenzutreten, sind alle Massnahmen zu unterstützen, welche die Eingliederung der Jugend in das Berufsleben fördern.

Es geht in der Wirtschaft nicht um die Durchsetzung von starren Doktrinen, sondern einzig und allein darum, ein Maximum an Gütern zu erzeugen und diese gerecht zu verteilen. Wir begrüßen alle Massnahmen, die diesem Ziele dienen und

fordern insbesondere, dass Vorkehrungen getroffen werden, um das Entstehen einer Massenarbeitslosigkeit für immer auszuschalten. Hiezu kann die österreichische Bauernschaft einen entscheidenden Beitrag leisten, wenn man ihr die dafür nötigen produktionstechnischen und agrarwirtschaftlichen Voraussetzungen schafft. Hierzu müssen Sofortmassnahmen ergriffen werden, vor allem sind auch der landwirtschaftlichen Produktion kostendeckende Preise zuzubilligen (starker Beifall), damit so ein gerechter Ausgleich geschaffen und eine weitere Landflucht verhindert werden kann. Der schwer um ihr Leben ringenden Gebirgsbauernschaft in den Entsiedlungsgebieten muss die besondere Obsorge aller gelten. (Lebhafter Beifall.)

Auch der Frage der Bodenreform ist in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Österreichische Volkspartei wird der grossen wirtschaftlichen, bevölkerungspolitischen und kulturellen Bedeutung des österreichischen Bauernstandes und der gesamten Land- und Forstwirtschaft stets die ihr zukommende Beachtung, Förderung und Vertretung angedeihen lassen und besonders dem Problem der Landflucht grösste Beachtung schenken. (Beifall.)

Voraussetzung für ein klagloses Funktionieren der Wirtschaft ist aber auch eine gesunde Währung. Wir werden alle Experimente auf diesem Gebiet vermeiden müssen, um die Kaufkraft des Schillings zu erhalten. Ein Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen muss zur Inflation führen und damit zum Zusammenbruch der Wirtschaft. Wir appellieren sowohl an die Arbeitgeber wie auch an die Arbeitnehmer, dass sie eiserne Disziplin halten und ungerechtfertigte Preis- und Lohnforderungen vermeiden.

Wir appellieren aber auch an die Bevölkerung, dass sie Disziplin bewahrt und nicht durch unbegründete Angstkäufe eine bedenkliche Entwicklung auf dem Lohn- und Preissektor herbeiführt. Ohne kostendeckende Preise gibt es, wie bereits erwähnt, keine normal funktionierende Wirtschaft. Wer für sein Produkt nicht zumindest das erhält, was ihm die Herstellung kostet, der wird die Erzeugung bald aufgeben. Dadurch leidet naturgemäss die Gesamtheit Schaden.

Wir verlangen daher, dass dem Prinzip der Kostendeckung in der ^{unserer} Landwirtschaft, auch bei der öffentlichen Hand und in den verstaatlichten Unternehmungen unbedingt Rechnung getragen und dass die Forderung der Wirtschaftlichkeit ausnahmslos erfüllt wird. Die Wirtschaftstreibenden und die Angehörigen der freien Berufe sind ein massgebender Faktor in der österreichischen Wirtschaft. Es müssen alle Vorkehrungen getroffen werden, um die Existenz dieses Personenkreises zu sichern.

Das gilt besonders auch für alle jene, die als wirtschaftlich Selbständige durch geistige Arbeit ihr tägliches Brot verdienen. Es ist auf die Dauer untragbar, dass in Österreich die Leistungen des geistigen Arbeiters derart minderwertig werden, wie es bisher geschieht. (Starker Beifall.) Unsere Partei wird Sorge zu tragen haben, dass dieser unwürdige und auf weite Sicht für unseren Staat ausserordentlich schädliche Zustand ein Ende findet.

Wir lehnen jede weitere Verstaatlichung ab (starker Beifall), da es sich gezeigt hat, dass die verstaatlichten Betriebe sehr leicht zu einem Objekt parteipolitischen Machtstrebens werden; die bereits verstaatlichten Betriebe sind in

Zukunft nach rein wirtschaftlichen, nicht aber parteipolitischen Gesichtspunkten und unter öffentlicher Aufsicht zu führen. (Beifall.) Wir werden es nicht zulassen, dass diese Betriebe weiterhin als Domäne einer Partei betrachtet werden. (Beifall.) Hingegen treten wir für die Realisierung des Gedankens der Werks- und Arbeitsgenossenschaft im Sinne der Beschlüsse der früheren Bundesparteitage und des bereits geschaffenen Gesetzes ein. (Beifall.)

Wir verlangen aber auch eine durchgreifende Neuordnung und vor allem eine Vereinfachung des Steuerwesens. (Beifall.) Die letzten Jahre haben gezeigt, dass dieses Steuerwesen an schweren Mängeln leidet, weshalb eine rasche Durchführung der Reform geboten erscheint.

Die bisherige Sozialversicherung mit ihren komplizierten und unübersichtlichen Bestimmungen entspricht nach unserer Auffassung nicht mehr den Anforderungen eines modernen Sozial- und Rechtsstaates. (Beifall.) Die Schaffung eines neuzeitlichen einheitlichen österreichischen Sozialversicherungsgesetzes an Stelle der noch immer geltenden reichsdeutschen Bestimmungen ist daher dringend notwendig. (Beifall.)

2/1615 Mo 1/2

Meine Damen und Herren! Zu den elementarsten Bedürfnissen des Menschen gehört aber vor allem ein gesichertes Dach über dem Kopf. Wir erblicken daher in der Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte, sowohl der privaten wie der öffentlichen, eine Voraussetzung dafür, um auf dem Gebiete des Althausbesitzes und des Neubaus von Wohnhäusern zu einem Erfolg zu gelangen. Mit Befriedigung hat der Bundesparteitag ~~maximal~~ ^{die} großen Erfolge zur Kenntnis genommen, die die Idee des Wohnungseigentums in den letzten Jahren erzielt hat. Er erblickt in dieser Idee nicht nur eine wichtige Voraussetzung für die Intensivierung des Wohnungsbaues, sondern auch für die Entproletarisierung der Masse.

Dies, meine Damen und Herren, ist jener Teil unseres künftigen Arbeitsprogramms, der in die Kompetenz des Ausschusses, dem ich angehörte und dessen Bericht ich Ihnen zu geben hatte, fällt.

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, darüber abstimmen zu lassen, ob dieser Teil der Resolution über unser künftiges Arbeitsprogramm, den der Ausschuss für Wirtschaftsfragen einstimmig zur Annahme empfiehlt, auch vom hohen Bundesparteitag angenommen wird.
(Lebhafter Beifall.)

Vors. Gruber: Sie haben die Ausführungen des Referent gehört und haben daraus ersehen, daß dieser Ausschuss tatsächlich eine sehr große, ja man kann fast sagen, gewaltige Arbeit im Sinne des Solidarismus unserer Partei zu leisten hatte. Galt es doch, die verschiedenen Interessen der Kreise der Wirtschaft, der Bauernschaft, als auch die Interessen der Arbeiter und Angestellten in eine gemeinsame Form zu bringen. Der Herr Berichterstatter hat beantragt, daß die von ihm vorgetragene Resolution angenommen wird. Ich erteile dazu noch Landtagsabg. Lifka das Wort.

Landtagsabg. L i f k a : Hoher Parteitag! In der Resolution ist davon die Rede, daß jeder Zwang bei der Berufsausbildung und Arbeitsplatzwahl abgelehnt wird. Ich möchte bitte, daß diese Bestimmung eine Klarstellung erfährt, denn ich möchte darauf verweisen, daß der Bundesparteitag vor zwei Jahren den Beschluß gefaßt hat, dafür einzutreten, daß für die Privatangestellten ein Berufsschutzgesetz geschaffen wird. Es soll also damit die Voraussetzung geschaffen werden, daß für die Privatangestellten und für den öffentlichen Dienst - soweit dies nicht schon geregelt ist - Vorschriften über die Berufsausbildung ^{erlassen} ~~geschaffen~~ werden. Jede Berufsausübung als Facharbeiter, Handwerker usw. hat zur Voraussetzung, daß diese Berufe erlernt werden. Lediglich der Angestellten- und Beamtenberuf ist vogelfrei. Wir haben es eben wieder deutlich gehört, als in der Budgetdebatte des Wiener Gemeinderates gerade diese Frage aufgerollt wurde. Der Personalreferent der Gemeinde Wien mußte zugeben, daß tausende Menschen bei den Schreibtischen sitzen, die weder schreiben noch lesen können. Hingegen mußte der Vertreter der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten einbekennen, daß die Gewerkschaft der Gemeindeangestellten bereits über 1.000.000 S aufwendet, um aus Schustern, Schneidern und Handschuhmachern Beamte zu machen.

Ich glaube nicht, dass es Aufgabe des Parteitages ist, anzustreben, dass bezüglich der Privatangestellten eine gesetzliche Regelung herbeigeführt wird, dass auch der Beruf der Privatangestellten - auch der öffentlich Angestellten - eine gewisse Verteilung erforderlich macht. Nach dieser Auslegung könnte sehr leicht verstanden werden, dass der diesjährige Parteitag den Beschluss des letzten Parteitages aufzuheben gedenkt. Wenn aber darunter verstanden wird, dass damit der Zwang der Arbeitsämter abgelehnt werden soll, dann schliessen sich die Vertreter des Arbeiter- und Angestelltenbundes diesem Antrag an. Sie appellieren aber gerade an die Funktionäre der Wirtschaft, dass sie bei den Kollektivvertragsverhandlungen mehr Nackensteife zeigen, damit die sozialistischen Forderungen nach einer Zwangsvermittlung durch die Arbeitsämter, die ja ausschliesslich in marxistischen Händen sind, nicht erfüllt werden. Hier würde sich der Solidarismus zweifellos bewähren. Man könnte hier eine Möglichkeit schaffen, tatsächlich die Zwangsbestimmungen aus den Kollektivverträgen zu entfernen.

Es heisst weiter in der Entschliessung, dass Lenkungs-massnahmen und Bewirtschaftungsmassnahmen nur solange auf-rechterhalten bleiben dürfen, als sie notwendig sind, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Ich glaube, auch hier sollte eine Klarstellung erfolgen, denn wir sind uns alle einig, dass unter wirtschaftlicher Lenkung nur eine volks-wirtschaftliche Planwirtschaft verstanden werden darf, wir sind aber dagegen, dass darunter eine Befehlswirtschaft verstanden wird, wie sie Minister Waldbrunner gerne in die Welt setzen möchte.

Eine Lenkung der Wirtschaft hat es seit Jahrzehnten doch immer wieder gegeben, denn auch Schutzälle sind schliesslich

Lenkungsmassnahmen, ob sie nun im Interesse der Landwirtschaft oder der Industrie eingeführt werden.

Es wurde hier ja gerade von unserem Vorsitzenden und vom Referenten ausgesprochen, dass eine Reihe von Problemen der Wirtschaft noch zu lösen ist, die aber nur gelöst werden können, wenn mit einer Lenkung eingesetzt wird. Ich glaube, es sollte der Bundesparteitag näher definieren, dass gerade wir als ÖVP-ler unter Lenkung der Wirtschaft verstehen, dass wir Helfer und Förderer der Wirtschaft und verschiedener Berufsstände sein wollen, um diese Berufe und Berufsstände lebensfähig zu erhalten. Sie werden mir doch zugeben, dass jeder Berufsstand, ob Beamter, Handwerker oder Arbeiter und Angestellter, seine Sorgen hat und dass zu ihrer Behebung gewisse Lenkungsmassnahmen notwendig sind, um diese Berufsstände lebensfähig erhalten zu können.

Ich glaube, wenn wir den Begriff der Lenkung einmal so definieren würden, dann hätten wir eine ganz klare Festlegung, dass wir die Lenkung, wie sie die Sozialisten verstehen, ablehnen, aber nicht Feinde einer vernünftigen Lenkung zum Wohle der gesamten Wirtschaft, zum Wohle der Bevölkerung sind.

Der Herr Vorsitzende hat, als er die Diskussion eröffnete, vom Solidarismus in der Wirtschaft gesprochen. Ich bedaure, dass in der Resolution von diesem Solidarismus nicht die Rede ist. Ich glaube, gerade wir hier auf dem Bundesparteitag sollten den Gedanken des Solidarismus in der Wirtschaft etwas klarer umschreiben. Es genügt nicht, dass uns

Broschüren auf den Tisch gelegt werden, die vom Solidaris-
mus sprechen, sondern wir sollen als Bundesparteitag deutlich
erklären, was wir in der Wirtschaftspolitik und in der Zu-
sammenarbeit der verschiedensten Berufsstände unter Solidaris-
mus verstehen.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass ein gewisser Widerspruch in den Ausführungen des Referenten festzustellen ist. Er spricht auf der einen Seite von freier Betätigung der Wirtschaft, von kostendeckenden Preisen, und gleichzeitig spricht er den Appell aus, dass man der Gefahr einer Lohn-Preiswelle begegnen möge.

Hier wäre nun ganz klar und eindeutig auszusprechen, dass wir im Geiste des Solidarismus innerhalb der Partei selbst unseren Teil beitragen wollen, den Problemen an den Leib zu rücken. Es tut mir leid, dass davon nicht die Rede ist. Es wäre leicht, wenn der gute Wille vorherrscht, diese Zusammenarbeit in die richtige Bahn zu lenken.

Ein Beispiel aus der Berufsgruppe, die ich zu vertreten die Ehre habe, aus der Berufsgruppe der Privatangestellten. Ich kann hier mit Freude und Genugtuung feststellen, dass innerhalb unserer Gewerkschaft der Privatangestellten die Sozialisten es nicht mehr wagen, vom Klassenkampf zu sprechen, vor allem deswegen nicht, weil der Präsident der Bundeswirtschaftskammer und Obmannstellvertreter unserer Partei, der Herr Minister Raab, nicht nur erklärt hat, dass er sich mit den sozialen Problemen der Privatangestellten solidarisiert, sondern auch weil gerade wir Privatangestellten es ihm verdanken, indem er uns geholfen hat, die Initiative zu ergreifen, dass im Nachziehverfahren den Privatangestellten doch einiges zugute gekommen ist.

Wenn also hier in der Praxis der Solidarismus verwirklicht wird, warum ist es dann nicht möglich, dass nun auch im Schoos der Partei die Probleme im Geiste des Solidarismus erörtert und

beraten werden? Ich frage Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es wirklich notwendig, wenn wir in den Ausschüssen der Partei oder des Parteitages beraten, wenn wir uns den ^{des} Geistigen Solidarismus zum Ziele setzen, dass dann wieder Tonarten angeschlagen werden, die ganz im Gegensatz zu den Taten stehen? Ich würde dringendst bitten, dass wir gerade hier in dieser Frage der Zusammenarbeit der Bünde auf wirtschaftlichem Gebiet von dem heutigen Bundesparteitag mit dem felsenfesten Entschluss weggehen, dass jeder Berufsstand das Anrecht des anderen respektieren und anerkennen möge, dass wir im Geiste des Solidarismus zusammenwirken wollen, und dass wir unseren Teil dazu beitragen wollen, die Frage der kostendeckenden Preise, aber auch die Frage der kostendeckenden Löhne und Gehälter im Geiste des Solidarismus zu lösen. (Beifall.)

Diese Fragen können wir nicht damit lösen, dass der eine ^{beschimpft} oder andere aus unserer Mitte als Klassenkämpfer ~~bestimmt~~ wird, sondern nur dadurch, dass wir uns nüchtern zusammensetzen, als Realpolitiker verhandeln, den Weg der Praxis gehen und unseren Gegnern beweisen, dass gerade wir von der ÖVP imstande sind, den Klassenkampf zu überwinden, dass der Solidarismus für uns keine Phrase ist, sondern eine Idee, die wir in die Tat umsetzen. (Beifall.)

Vors.G r u h e r: Bevor ich der Frau Nationalrat Rehor das Wort erteile, möchte ich die Debatteredner bitten, sich an den § 7 der Geschäftsordnung zu halten. In diesem wird bestimmt, dass die Sprechzeit nicht länger als 10 Minuten dauern soll. Ich erteile Frau Nationalrat Rehor das Wort.

NR. Grete R e h o r : Hoher Bundesparteitag! In der Resolution, die uns vorgelegt wurde, ist von kostendeckenden Preisen die Rede. Wir bekennen uns auch als Arbeitnehmer zu diesem Grundsatz, möchten aber dazu auch vom Standpunkt der Arbeitnehmer, die Gehalts- und Lohnempfänger sind, sprechen. Wir haben derzeit in Österreich ungefähr 1,9 Millionen berufstätige Menschen. Wer sich der Mühe unterzieht, das Einkommen dieser großen Zahl der Beschäftigten in unserem Lande zu überprüfen, wird feststellen können, daß es sich bei einem hohen Prozentsatz der Lohnempfänger in den Grenzen von 600 bis 850 S bewegt. Wenn wir gerade vom Standpunkt der Frauen, die doch dafür Sorge tragen müssen, daß das Einkommen so gut als möglich zur Versorgung der Familie aufgeteilt und eingeteilt wird, diese Ziffern überprüfen und wenn wir an die Preissteigerungen der letzten Tage und Wochen denken, so ist es berechtigt und eine vom Standpunkt des Grundsatzes der kostendeckenden Preise, die wir für die Landwirtschaft und für die Wirtschaft anerkennen, gerechtfertigte Forderung, daß sich insbesondere der Hohe Bundesparteitag zum Grundsatz der kostendeckenden Löhne und Gehälter bekennt. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte darauf verweisen, daß, wie die Statistik lehrt, Österreich an der Spitze jener Staaten marschiert, die derzeit in bezug auf den Reallohn und den realen Wert der Löhne und Gehälter die niedrigsten Einkommen für die Unselbständigen nachweisen. Es ist selbstverständlich richtig, daß den Arbeitnehmern in Österreich ein verhältnismäßig hohes Ausmaß an sozialen Rechten und an der sozialen Gesetzgebung zukommt. Aber was das Einkommen der Unselbständigen anlangt, müssen wir insbesondere vom Standpunkt der Frauen und Mütter sagen: Dieser Parteitag würde an den Problemen der Familie - und wir sind nun einmal die Partei, die die Familie zu schützen hat - vorbeigehen, wenn wir nicht in diese Resolution aufnehmen, daß alles darangesetzt werde, um auch den Arbeitern und Angestellten kostendeckende Löhne und Gehälter zu sichern. (Lebhafter Beifall.)

Vors. Gruber: Zug Wort ist niemand mehr gemeldet.
Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Ref. RR. Dr. Fleischacker: Es war meine Aufgabe, hohe Bundesparteitag, Ihnen die einstimmigen Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses zur Annahme vorzulegen. Ich darf hinzufügen, daß in diesen Ausschüssen Vertreter aller Gruppen anwesend waren, und über diese Beschlüsse mitbestimmt haben. Es steht mir also nicht zu, an diesen Beschlüssen noch etwas zu ändern. Dennoch darf ich mit zwei Worten einige Mißverständnisse aufklären.

Der erste Debattenredner hat ^{bezüglich} über das Arbeitsprogramm ^{es} bemängelt, daß Bewirtschaftungs- und Lenkungsmaßnahmen unter Umständen notwendig sind, und hat sich gegen die Fassung in diesem Programm gewendet. Ich darf aber sagen, es heißt hier ausdrücklich: "Bewirtschaftungs- und Lenkungsmaßnahmen dürfen nur so lange aufrechterhalten werden, als sie notwendig sind." Ich glaube also, daß man dagegen doch nichts sagen kann.

Das zweite Mißverständnis ist darin gelegen, daß übersehen wurde, daß es im zweiten Absatz ausdrücklich heißt: "Wir lehnen jeden Zwang des Staates in der Frage der Berufswahl und des Arbeitsplatzes entschieden ab". Dabei ist natürlich gemeint: im Rahmen der bestehenden Gesetze; denn, hoher Bundesparteitag, es gibt ja eine ganze Reihe von Gesetzen, die diese Berufswahl beschränken.

Wenn Sie heute das Tischlerhandwerk ausüben wollen, müssen Sie einen Befähigungsnachweis dafür haben. Es ist also durchaus durch diese Fassung nicht verhindert, dass, wenn das Parlament Gesetze beschliesst, Befähigungsnachweise für gewisse Gruppen von Angestelltenkategorien eingeführt werden. Das ist in dieser Resolution ohneweiteres gedeckt.

Nun schliesslich zur Frage der kostendeckenden Preise und Löhne. Der Terminus "Kostendeckung", meine Damen und Herren, ist ein Terminus der wirtschaftlichen Bilanzierung. Es ist wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, dass unsere Partei - und da glaube ich, darf ich als Berichterstatter hier ausdrücklich und mit der Zustimmung aller das sagen - jederzeit für gerechte Löhne aller Arbeiter, Angestellten und Unselbständigen in diesem Staate eintritt. Wenn hier der Terminus "kostendeckend", der hier beantragt wurde, vermieden wurde, dann selbstverständlich nur deswegen, weil es sich hier um einen speziellen, auf die wirtschaftliche Bilanzierung gerichteten Fachausdruck handelt.

Ich glaube, ohneweiters erklären zu können, dass das die übereinstimmende Meinung auch aller Mitglieder des Wirtschaftsausschusses war.

Ich bitte nun den Herrn Vorsitzenden, über diesen einstimmig gefassten Beschluss des Wirtschaftsausschusses nunmehr die Abstimmung durchzuführen.

Vors. Gruber: Bevor ich abstimmen lasse, möchte ich noch einmal Frau Nationalrat Regor das Wort geben, und zwar zur Geschäftsordnung.

NR. Grete Rehor: Hoher Parteitag! Ich möchte noch einmal ersuchen, entsprechend meinen Ausführungen - wenn es

schon nicht möglich ist, die Worte "kostendeckende Löhne und Gehälter" in die Resolution aufzunehmen - wenigstens die Formulierung "unter Wahrung der Sicherung des Realeinkommens entsprechende Löhne und Gehälter" hineinzunehmen.

In diesem Sinne würde ich bitte, dass dieser Zusatz in die Resolution eingebaut wird. (Starker Beifall.)

Vors. G r u b e r : Sie haben den Zusatzantrag gehört: "unter Wahrung der Sicherung von kostendeckenden Löhnen und Preisen". (Widerspruch.) Nachdem eigentlich schriftlich kein Antrag eingebracht wurde, die Resolution abzuändern, müsste man eigentlich dem Antrag des Berichterstatters Rechnung tragen und die Abstimmung vornehmen. (Erneuter Widerspruch.) Nach der Geschäftsordnung schon!

NR. Grete R e h o r : Der Berichterstatter hat aber erklärt, dass man die Änderung einbauen könne!

Vors. G r u b e r : Ja, der Berichterstatter hat sich bereit erklärt, dass man diese kleine Abänderung, die von der Frau Nationalrätin beantragt wurde, in die Resolution aufnehmen könnte. Ich erteile hiesu dem Berichterstatter das Wort.

Ref.BR.Dr. F l e i s c h a c k e r : Ich habe eigentlich dem, was ich bisher gesagt habe, nichts hinzuzufügen. Ich glaube, nach dem Verlauf der Beratungen im Wirtschaftsausschuss ermächtigt zu sein, die Erklärung abgeben zu können, dass wir keinen Einwand gegen die Ergänzung haben. Ich glaube, das wird meiner Vorrednerin, der Frau Nationalrat Rehor, genügen, dass es die einstimmige Meinung des Wirtschaftsausschusses war, dass es Aufgabe der Politik unserer Partei ist, auch den Arbeitnehmern in diesem Staat jederzeit

ihre gerechten Löhne zuzubilligen. (Widerspruch. -- Rufe:
Das genügt nicht!)

Vors. G r u b e r : Ich bitte um Ruhe!

Damit kein Missverständnis entsteht, gebe ich nocheinmal
zur Geschäftsordnung der Frau Nationalrät Rehor das Wort.

NR. Grete R e h o r: Hoher Bundesparteitag! Ich appelliere an die demokratische Auffassung dieses Parteitages. (Starker Beifall.)

Ich bitte, dass man uns Frauen, insbesondere auch die berufstätigen Frauen, die für das Land und für die Familien unseres Landes grosse Opfer bringen, auch versteht und sich nicht an formalen Dingen stösst, die nicht notwendig sind.

Ich bitte für diese meine Ausführungen um Entschuldigung, falls ich damit vielleicht irgend jemand beleidigt hätte. Es kommt im wesentlichen nicht auf Worte an, sondern auf den Sinn, und ich möchte bitten, Hoher Bundesparteitag, dass auf jeden Fall schon in dieser Resolution für die Masse der Menschen in unserem Lande, die arbeitenden Menschen, sinngemäss neben den kostendeckenden Preisen auch die Wahrung des Realeinkommens mit aufgenommen wird. (Stürmischer Beifall.)

Vors. G r u b e r: Ich entnehme aus der Zustimmung des Bundesparteitages, dass Sie diesem Antrag, obwohl er hier mündlich eingebracht wurde und nicht entsprechend unterstützt ist, zustimmen. Wenn ich genau nach der Geschäftsordnung verfare, dürfte ich darüber nicht abstimmen lassen, aber ich glaube, dass ich, da ja dieser Zusatzantrag sinngemäss vollkommen unserem Programm und unserem Willen entspricht, doch zuerst über den weitergehenden Antrag, also über den Einbau dieses Zusatzes in die Resolution abstimmen lassen kann. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme. (Stürmischer Beifall und Bravo-Rufe.)

Nun lasse ich über die gesamte Resolution noch einmal abstimmen. (Abstimmung und Gegenprobe.) Einstimmig angenommen. (Lobhafter Beifall.)

Nun erteile ich dem Berichterstatter wieder zu den Anträgen das Wort.

Ref. BR. Dr. Fleischacker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Entschuldigen Sie, wenn ich Sie mit Rücksicht darauf, dass nicht weniger als 103 Anträge in diesem Wirtschaftsausschuss beraten wurden, noch einige Minuten mit dieser Materie aufhalte.

Ausser den Anträgen, die bereits in der von Ihnen beschlossenen Resolution aufgenommen wurden, sind Materien beraten worden, die in den Instanzen der Partei oder des Parlaments zur Behandlung stehen. In diesem Fall hat der volkswirtschaftliche Ausschuss empfohlen, diese Anträge als Richtlinien für die weitere Haltung der Partei und ihrer Organe der Bundesparteileitung zu überweisen.

Das sind im einzelnen die Anträge Nr. 11 - 16, betreffend die Fragen der Steuergesetzgebung, der Steuervereinfachung und der gerechten Verteilung der Steuerlasten;

sodann die Anträge 16a und 17, betreffend die Preis-Lohn-Entwicklung;

der Antrag 29, betreffend die Reform des Untersagungsgesetzes und die Einführung einer allgemeinen Altersversicherung für selbständig Erwerbstätige.

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, darüber abstimmen zu lassen.

Vors. G r u b e r: Bevor ich darüber abstimmen lasse, eröffne ich die Debatte. (Nach einer Pause.) Es hat sich niemand zum Wort gemeldet, ich lasse daher abstimmen. (Abstimmung und Gegenprobe.) Gegen eine Stimme angenommen.

Ref. BR. Dr. F l e i s c h a c k e r: Der Antrag der Landesparteileitung Wien Nr. (10), betreffend die Verabschiedung des Kartellgesetzes, soll dem Klub der Nationalräte zur weiteren Behandlung zugewiesen werden.

Es obliegt mir noch, jene Anträge im besondern anzuführen, die weder der Bundesparteileitung überwiesen noch in der allgemeinen Resolution des Parteitages Aufnahme finden konnten, bezüglich derer aber der Volkswirtschaftliche Ausschuss den Beschluss gefasst hat, sie dem hohen Parteitag zur Annahme zu empfehlen.

sind dies
Es handelt sich hier um folgende Anträge:

Der Antrag Salzburg (Nr.7) auf Förderung der Produktivität unserer Volkswirtschaft;

der Antrag der Landesparteileitung Steiermark (Nr.8), der im gleichen Sinne gehalten ist;

der Antrag der Landesparteileitung Steiermark (Nr.30), betreffend die Wiedereinführung der Vorschriften des österreichischen Gewerberechtes an Stelle der derzeit geltenden reichsdeutschen Bestimmungen;

ein weiterer Antrag der Landesparteileitung Steiermark (Nr.34), worin gefordert wird, daß die ÖVP und ihre Organe den sozialistischen Bestrebungen, die Sozialisierung unter dem Deckmantel der Kommunalisierung auf kaltem Wege durchzuführen, energisch entgegenzutreten und eine wirtschaftliche Führung der Staatsbetriebe und die Beseitigung jedes Betriebsterrors gesichert wird;

der Antrag der Landesparteileitung Steiermark (Nr.35), be-

treffend großzügige Förderung der Fremdenverkehrswirtschaft und ein Antrag der Landesparteilitung Oberösterreich (Nr. 35a) hinsichtlich einer großzügigen Erweiterung der Kreditpolitik für Verkehrs- und Fremdenverkehrsbetriebe.

Einstimmig ~~wurde~~ angenommen wurde auch der Antrag der Landesparteilitung Niederösterreich (Nr. 36), demzufolge der Landeshauptmann von Niederösterreich für die Erteilung von Kraftfahrlinekonzessionen zuständig sein soll, die aus Bezirken des Landes nach Wien führen.

Über Antrag der Landesparteilitung ^NNiederösterreich hat der Volkswirtschaftliche Ausschuss einstimmig beschlossen, dem hohen Bundesparteitag zu empfehlen, bei Vergebung öffentlicher Aufträge und bei Zuwendungen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds vor allem die meistgeschädigten Gebiete zu berücksichtigen.

Einstimmig begrüßt wurde auch der Antrag der Landesparteilitung Wien, wonach ^{für}eine durchgreifende, fortlaufende Aufklärung der Bevölkerung über die wirtschaftsschädigenden Praktiken der USIA gesorgt werden soll.

Ein ebenfalls angenommener Antrag der Landesparteilitung Steiermark (Nr. 43) betrifft die Zuteilung von ERP-Mitteln für die Landwirtschaft aus den Schillingerlöskonten.

Ich habe noch einen Antrag der Bundesjugendführung der ÖJB vorzulegen, der folgende Entschließung anzunehmen empfiehlt:

"Der Bundesparteitag beauftragt die Vertreter der ÖVP im Österreichischen Gewerkschaftsbund, für die Beseitigung der einseitig parteipolitisch ausgerichteten Führung der Gewerkschaftsjugend innerhalb des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Sorge zu tragen."

Weiterhin empfehle ich die Annahme eines Antrages, der Bundesleitung des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes

(Nr. 97), wonach die berufliche Selbstverwaltung im Dienste einer stärkeren Angleichung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer auszugestalten ist und in diesem Sinne die gesetzlich vorgesehenen paritätischen Ausschüsse der Kammern mit den Aufgaben der Überprüfung der Preisspanne und Preisabreden, Beschaffung von Lehrstellen und Vorkehrungen für Voll- und Dauerbeschäftigungen betraut werden sollen.

Schließlich hat sich auch der Volkswirtschaftliche Ausschuss dem Antrag der anderen Ausschüsse angeschlossen und eine Resolution angenommen, wonach dafür Sorge zu tragen ist, daß die bisher gefaßten Beschlüsse auch durchgeführt und über ihre Durchführung Bericht erstattet wird.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss hat ferner einen Antrag des Österreichischen Bauernbundes angenommen, in dem es folgendermassen heisst: " Die Bundesregierung wird aufgefordert, neben den bereits für die durch Lawinen betroffenen Gebiete bereitgestellten Mitteln für die Notstands- und Sofortmassnahmen zum Wiederaufbau und zu Sicherungsmassnahmen durch eine gesetzliche Regelung vorzusorgen. Insbesondere ist auch für die Hinterbliebenen der Lawinenopfer, besonders für deren Witwen und Waisen, vorzusorgen." (Lebhafter Beifall.)

Vors. G r u b e r : Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse daher über die weitere Gruppe der Anträge des volkswirtschaftlichen Ausschusses abstimmen. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme. (Beifall.)

Ref.BR.Dr. F l e i s c h a c k e r : Damit habe ich dem Hohen Bundesparteitag auftragsgemäss über die Beschlüsse des volkswirtschaftlichen Ausschusses berichtet und darf mit meiner Berichterstattung schliessen. (Beifall.)

Ref. NR. Griessner : Hoher Parteitag!

Der Organisationsausschuss stellte in seiner Nachmittags~~sitzung~~^{sitzung} von heute fest, dass die aufgetauchten Unklarheiten im Zusammenhang mit dem Bericht des Herrn Bundesrates Weinmayer beseitigt sind. Die bereits beschlossene Ergänzung des § 46 Punkt 3 des Bundesparteiorganisationsstatutes macht nämlich eine weitergehende Befassung mit den Finanzfragen der Partei überflüssig.

Der Ausschuss hat darüber hinaus den Bericht der Finanzprüfer billigend zur Kenntnis genommen. Es wird den Landesparteileitungen empfohlen, den in den Schlussfolgerungen des Finanzprüferberichtes enthaltenen Hinweisen, soweit sie mit dem Bundesparteiorganisationsstatut vereinbar sind, besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Die Ausführungen des Berichterstatters des Organisationsausschusses sollten lediglich aufzeigen, inwieweit sich der Organisationsausschuss mit den organisatorischen und finanzpolitischen Problemen der Gesamtpartei beschäftigt hat. Der Ausschuss hat diesen Teil seiner Arbeiten als besonders vordringlich angesehen, weil er dadurch die unermüdliche Kleinarbeit sämtlicher Funktionäre der Partei wie auch der Bünde und ~~der~~ ^{der} Vorbereitung geeigneter Massnahmen die nötige Unterstützung und Beachtung sichern wollte.

Ich beantrage sohin namens des Ausschusses IV, die am Vormittag vom Berichterstatter gegebenen Anregungen über Organisation, Presse, Propaganda und Finanzen der Bundespartei~~leitung~~ empfehlend weiterzuleiten.

Vors. Gruber : Sie haben den Antrag des Herrn Nationalrates Griessner gehört. (Abstimmung und Gegenprobe.)
Einstimmig angenommen.

Vors. G r u b e r: Zu einer kurzen Erklärung hat sich der Herr Präsident Krammer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Präsident K r a m m e r: Hoher Bundesparteitag! Der Bundesparteitag hat heute vormittag die Wahl vorgenommen. Die Finanzprüfer verlieren auf diese Art und Weise einen lieben, wirklich bewährten Mitarbeiter, nämlich den Herrn Generaldirektor Dr. Habich. Ich danke ihm namens der Finanzprüfer für seine bisherige gute Unterstützung, und ich verspreche ihm im Namen der Finanzprüfer, dass wir ihm selbstverständlich im Interesse der Österreichischen Volkspartei treu zur Seite stehen werden, aber wir versprechen ihm auch, dass wir getreu der Satzung unsere Kontrolle auch ihm gegenüber durchführen werden. (Beifall.)

Vors. G r u b e r: Ich danke dem Herrn Präsidenten Krammer für seine Erklärung.

Wir schreiten in der Tagesordnung weiter. Ich erteile dem Berichterstatter des Politischen Ausschusses, Herrn Nk. Dr. Toncic[✓] das Wort.

Ref. NR. Dr. T o n c i c[✓]: Hoher Bundesparteitag! Ich berichte Ihnen im Namen des Politischen Ausschusses über die Tätigkeit und über die Beschlüsse dieses Ausschusses.

Dem Politischen Ausschuss lagen 49 Anträge vor. Daraus ersehen Sie bereits das politische Interesse und die Aktivität unserer Landesparteileitungen und der Bundeleitungen am politischen Leben.

An der Spitze dieses Interesses steht das Land Oberösterreich mit 8 Anträgen, am Ende steht das Land Niederösterreich mit keinem Antrag (Heiterkeit) und Beifall), in der Mitte befinden sich mit je 4 Anträgen Salzburg und die Steiermark, mit je 3 Anträgen Kärnten und Tirol und mit je 2 Anträgen Vorarlberg, Wien und das Burgenland.

Weiters wurden 9 Anträge von der Jungen Front eingesendet, 6 von der Österreichischen Jugendbewegung, 4 vom Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund und 2 von der Österreichischen Frauenbewegung.

Wir haben selbstverständlich auch die Anträge der Jungen Front einer Prüfung unterzogen, und zwar aus folgendem subjektiven Grunde: Uns erscheint die Prüfung einer Legitimation zur Einbringung von Anträgen viel weniger wichtig zu sein als die objektive Bedeutung einer behandelten Materie. Da die Materie im weiteren Sinne auch für uns wichtig sein kann, haben wir diese Anträge wie alle anderen behandelt.

Nun möchte ich Sie um etwas bitten. Wenn wir alle 49 Anträge eingehend behandeln und ihnen nur je 3 Minuten geben, so würden wir 2 1/2 Stunden brauchen, um mit diesen Anträgen fertig zu werden. Ich schlage Ihnen daher vor, dass ich die Anträge in 4 Gruppen teile und dass wir nach jeder einzelnen Gruppe abstimmen.

Die erste Gruppe enthält diejenigen Anträge, denen wir uneingeschränkt zugestimmt haben. Es sind das insgesamt 19 Anträge. Hiezu gehört zunächst der Antrag aus Wien, der beinhaltet, dass den Landesparteileitungen bis zum 1. Mai d.J.

ein Bericht der Bundesparteileitung über die Durchführung der Beschlüsse des ersten und zweiten Bundesparteitages vorzulegen sei.

Der zweite Antrag betrifft etwas, was uns, wie ich glaube, besonders am Herzen liegt. Wir erlebten in den letzten Monaten, dass die Sozialistische Partei einen starken Personenkult nicht nur mit der Person des verstorbenen Herrn Bundespräsidenten getrieben hat. Wir glauben, dass es nunmehr höchste Zeit ist, dass auch wir den grossen Persönlichkeiten unserer Vergangenheit die Würdigung zukommen lassen, die sie schon längst verdienen, vor allem der Person Seipels. (Starker Beifall.)

Der dritte Antrag dieser Gruppe, der Antrag 38/a, beschäftigt sich mit der Abschaffung eines Misstandes, der die österreichische Öffentlichkeit in den letzten Monaten ausserordentlich beschäftigt hat. Wir wissen, dass in der Presse im Rundfunk und im Theater, besonders in diesem üblen Radio in Wien eine systematische Hetze und Verunglimpfung Österreichs und des österreichischen Volkes durchgeführt wird.

Dieser Antrag fordert Ihre Zustimmung zu entscheidenden Maßnahmen gegen die Verunglimpfung des österreichischen Vaterlandes in Presse, Rundfunk und Theater.

Ein Antrag aus Burgenland, der Antrag Nr. 26, betrifft die Schaffung eines neuen Schulgesetzes, ein weiterer Antrag (Nr. 30) die Schaffung eines bundeseinheitlichen Lehrerdienstrechtes. Dazu darf ich nur bemerken, daß ein solches bereits im Unterrichtsministerium ausgearbeitet wird.

Der Antrag 33 beschäftigt sich mit der Vergeudung des wissenschaftlichen Grundstockes des Landes. Er lautet: "Es wird die Forderung an das Bundesministerium für Unterricht gestellt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium der Öffentlichkeit einen Plan zur wirtschaftlichen Sanierung und Fondierung des wissenschaftlichen Schaffens vorzulegen."

Ein weiterer Antrag, Nr. 24, betrifft das NS-Gesetz. Die Österreichische Volkspartei steht nach wie vor auf ihrem schon seit fünf Jahren proklamierten Standpunkt, daß wir alles unternehmen müssen, um die innere Befriedung Österreichs, soweit es nur irgend möglich ist und soweit es unsere innerstaatliche Ingerenz erlaubt, vorzutreiben und zu verwirklichen. Der vorliegende Antrag beschäftigt sich mit Einzelheiten dieser Maßnahmen.

Der Antrag 35 besteht aus drei Anträgen, der Österreichischen Jugendbewegung, und betrifft die Novellierung der Gesetze zum Schutze der Jugend. Demnach sollen insbesondere Vorführungen, die das Thema des Raubes, Mordes und des Totschlages enthalten, der gleichen Überwachung unterzogen werden, wie dies bisher durch das Gesetz gegen Schmutz und Schund auf einem anderen Gebiet vorgesehen ist.

Der Antrag Nr. 32 betrifft Presseveröffentlichungen über Kultur und Wissenschaft; in seiner Begründung heißt u.a.: Die historische Bedeutung Österreichs liegt zu einem wesentlichen Teil in der Fortführung des kulturellen Erbes, das wir von unseren Vorfahren übernommen haben.

Schließlich ein Antrag, betreffend den Ausbau und die Verstärkung der Jugendfilmkommission (Nr. 37).

Der Antrag 36 der Österreichischen Frauenbewegung hat die Verwahrlosung der Jugendlichen zum Gegenstand,

ein weiterer Antrag (Nr. 27) verlangt die Einführung von Hilfsklassen in Landschulen.

Schließlich noch zwei Anträge des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes: Der Antrag Nr. 2 betreffend die Beschlüsse der Bundesparteitage, fordert die Bundesparteileitung auf, binnen acht Wochen nach Abschluß des 3. Bundesparteitages allen Delegierten zum 3. Bundesparteitag einen genauen Bericht zu übermitteln, aus welchem die Behandlung aller Beschlüsse des ersten und zweiten Bundesparteitages ersichtlich und insbesondere feststellbar ist, inwieweit die Beschlüsse tatsächlich verwirklicht werden konnten.

Der zweite Antrag, Antrag Nr. 41 der Landesgruppe Kärnten, betrifft die Art der Besetzung der verschiedenen Posten im öffentlichen Dienst. Der Antrag wendet sich vor allem gegen die diktatorischen Maßnahmen des Ministers Waldbrunner.

Ein weiterer Antrag (Nr. 11), bei dem wir kleine Veränderungen vorgenommen haben, betrifft die Verwirklichung der Wahlversprechen und der nächste Antrag (Nr. 16) die Volksbefragung zu Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates.

Gestatten Sie mir, zu diesem Punkt etwas zu sagen. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die sogenannte ^{Demokratie} indirekte/ auch in Österreich gefördert werden soll. Der gegenwärtige Zeitpunkt, aber auch die jetzige Lage Österreichs, insbesondere seines östlichen Teiles, erlauben es uns nicht, dieses Prinzip tatsächlich in dem Maße durchzuführen, wie es in der Zukunft durchgeführt werden soll. Wir haben daher einem Zusatz zu diesem Antrag zugestimmt, daß der Zeitpunkt, wann die Volksbefragung oder, besser gesagt, Volksbegehrung^{en} und Volksabstimmungen einer Intensivierung unterzogen werden sollen, der Bundesparteileitung überlassen wird.

Ein weiterer Antrag (Nr. 25) betrifft die Aufhebung des einschränkenden Ministerratsbeschlusses vom Juli 1950 über die Behandlung von § 27 - Ansuchen.

Wir haben aus diesem Antrag nur den Passus herausgestrichen, der gleichsam dem Herrn Bundesminister für Finanzen eine besondere Schuld zuschreibt, und zwar deshalb, weil das nicht wahr ist. Er hat sich niemals gegen den Sinn dieses Antrages gewendet.

Schliesslich haben wir den Antrag 10 auf Trennung von staatlichen und politischen Funktionen: "Die Bundesparteileitung möge Massnahmen überprüfen, um eine Trennung der staatlichen von den politischen Funktionen in der ~~den~~ Bundesregierung und in den Landesregierungen durchzuführen."

Ich bitte nun den Herrn Vorsitzenden, über diese Anträge abstimmen zu lassen.

Vors. G r u b e r: Nachdem, Höher Bundesparteitag, diese erste Gruppe der Anträge im politischen Ausschuss behandelt und einstimmig angenommen wurde, erübrigt sich wohl eine Debatte. Bisher liegen auch keine Wortmeldungen vor. (NR. Brunner meldet sich zum Wort.)

NR. Brunner hat sich zum Wort gemeldet.

Nationalrat Brunner: Hoher Parteitag! Ich möchte den Parteitag mit einer Interessengemeinschaft vergleichen. Diese Interessengemeinschaft setzt sich zusammen aus den Herren Parteitagsdelegierten und den Herren des Bundespräsidiums. Wir alle haben Gelegenheit, hier auf diesem Hohen Parteitag unsere Wünsche und auch unsere Kritik zum Ausdruck zu bringen. Wir sind verpflichtet - jeder einzelne Abgeordnete, jeder einzelne Delegierte, wo immer er herkommt -, diese Gelegenheit wahrzunehmen.

Wenn ich mich zum Wort gemeldet habe, so ist das nur deshalb geschehen, weil ich durch eine Reihe von Jahren - es sind beinahe 6 Jahre - immer wieder als NS-Prophezei behandelt wurde, bei jedem Parteitag und bei allen möglichen anderen Anlässen, seien es nun Wahlreden und dergleichen gewesen. Nun, frage ich Sie, was ist in den letzten Jahren auf diesem Gebiet wirklich geschehen? (Ruf: Sehrviel!) Wir haben wohl einen Gnadenparagraphen, den § 27, aber derjenige Abgeordnete, der sich mit dieser Materie befasst, weiss, welchen Leidensweg dieser § 27 verursacht. Früher haben wir es hier noch etwas leichter gehabt. Wir haben gewusst: dieses Gnadengesuch bleibt monatelang unbearbeitet im Sozialministerium liegen. Wir wussten, dass solche Gesuche, bis sie wirklich in die Hand des Bundespräsidenten^W kamen, nahezu zwei Jahre brauchten. Heute müssen wir nun aber feststellen, dass es nicht nur das Sozialministerium ist, wo diese Gesuche durch Monate und Monate liegen bleiben, sondern auch das Finanzministerium.

Ausnahmen nach § 18 b werden abgelehnt, wenn der Gnadenwerber das 60. Lebensjahr noch nicht erreicht hat oder wenn er nicht der Versehrtenstufe III angehört. Das alles sind Fragen, die gelöst werden müssen.

Wir bilden eine Volksgemeinschaft, und es wurde gestern von dem Herrn Bundesminister Dr. Hurdes ausdrücklich erklärt, dass wir auch die Zersprengten einsammeln, dass wir gewillt sind, im Innern unseres Landes unbedingt jedem Menschen, der bereit ist, für unser Land zu arbeiten, die Hand zu reichen.

Die Praxis zeigt allerdings nicht immer die Einhaltung solcher Reden. Ich möchte daher an ~~an~~ den Hohen Bundesparteitag appellieren (Zwischenrufe; Vors.Gruber: Ich bitte um Ruhe!) , dass das Parteipräsidium aufgefordert wird und dass von diesem Parteitag aus an die einzelnen Minister, die unserer Partei angehören, der Auftrag gegeben wird, dafür ~~managen~~ zu sorgen, dass die Behandlung dieser Gnadengesuche im christlichen Geiste erfolgt und dass man diese Gesuche nicht monatelang unerledigt liegen lässt.

Weiters möchte ich zum dritten Rückstellungsgesetz Stellung nehmen. Ich weiss nicht, ob dieses Gesetz schon irgendwie in diese Gruppe einbezogen gehört. Das dritte Rückstellungsgesetz wurde seinerzeit in einer Psychose verabschiedet. Man glaubte, man müsse alles tun, um den Staatsvertrag zu erreichen. Wir haben auch dieses Rückstellungsgesetz, das das redlich erworbene Eigentum nicht anerkennt, im Glauben beschlossen, dass wir raschest den Staatsvertrag bekommen. Wir haben den Staatsvertrag nicht bekommen. Genau so haben wir seinerzeit das NS-Gesetz im Glauben beschlossen, dadurch möglichst rasch den Staatsvertrag zu bekommen. Auch dieses Rückstellungsgesetz muss novelliert werden, denn das Eigentum ist ein heiliger Begriff und darf nicht irgendwie durch Spitzfindigkeit gefährdet werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch darauf verweisen, dass es das Deutsche Eigentum in Österreich ist, das in den letzten Monaten stark diskutiert wurde, und ein sehr unglücklicher Artikel in der "Wiener Zeitung" hat sich besonders ausgezeichnet, um das Verhältnis zu unseren Nachbarn nicht besonders freundlich zu gestalten. Auch das möchte ich hier ganz offen vor dem Bundesparteitag zum Ausdruck bringen und erklären, dass wir gerade in punkto Deutsches Eigentum allen Grund haben, auch hier das Heilige am redlich erworbenen Eigentum anzuerkennen (Beifall), sonst haben wir kein Recht, bei anderen Missgriffen irgendwie Kritik zu üben.

Darf ich in diesem Zusammenhang zum Schluss noch erwähnen, dass die Verwertungsfrage des verfallenen Vermögens

bei Verurteilung wegen Formaldelikten jetzt wieder im Vordergrund des Interesses steht. Ich möchte auch da den Hohen Bundesparteitag bitten, hier zu erklären, dass dem österreichischen Staat die Erträgnisse aus derartigen Verwertungen niemals irgendwie von Nutzen sein können.

Verehrte Damen und Herren! Wir müssen über diese Dinge vollkommen offen und ehrlich reden. Alle Menschen, die einmal glaubten, durch irgendeine andere Parteideologie ihre Zwecke und Ziele besser erreichen zu können, haben durch ihre Mitgliedschaft zur NSDAP kein besonderes Verbrechen begangen. Wenn sie deshalb ihr Vermögen verloren haben, dann sollte es nun zurückgegeben werden. (Beifall.) Für Kriegsverbrecher haben wir kein Verständnis aber für die Formaldelikter dürfen wir Verständnis erbitten, vor allem, dass sie nicht samt den Kindern von Ham und Hof gejagt werden.

W e i n k a u f : Hoher Bundesparteitag! Im Anschluss an die Rede des Nationalrates Brunner möchte ich Ihnen nur mitteilen: Der Hauswirt von Gmunden, der zur SS-Bewachungsmannschaft in Mauthausen gehörte, hat dafür, dass er zweieinhalb Monate im Erholungslager Glasenbach inhaftiert war, im Auftrag ~~der~~ der amerikanischen Besatzungsmacht 11.782 S ausbezahlt bekommen.

Ref. NR. Dr. T o n č i c : Der Kollege Brunner hat keine Anträge gestellt, ich möchte aber auf die Ausführungen zum Antrag Nr. 24 Punkt 2 lit.f verweisen, wo gesagt wird, so lange die NS-Gesetzgebung durch den Einspruch der Alliierten weder aufgehoben noch gelockert werden kann, soll durch Richtlinien an die unteren Verwaltungsstellen die Voraussetzung dafür geschaffen werden, daß die gesetzlichen Bestimmungen in der mildesten Form anzuwenden sind; ferner soll in Zweifelsfällen stets zu Gunsten des Betroffenen entschieden werden. Dieser Antrag, der von uns befürwortet wird, entspricht den weitgehenden Intentionen des Kollegen Brunner. Außerdem kommt in der Resolution, die ich später verlesen werde, auch ein Passus vor, wonach sich die Volkspartei für die Wiedergutmachung an den politisch Geschädigten, aber auch für diejenigen Personen einsetzen soll, die nach unserer Auffassung ungerechtfertigt und durch ungebührliche Härten von der NS-Gesetzgebung betroffen wurden. Ich werde diesen Passus nachher noch einmal verlesen.

Vors. G r a b e r : Ich darf nun über die erste Gruppe der vorgebrachten Anträge abstimmen lassen. (Abstimmung und Gegenprobe. Einstimmige Annahme.)

Ref. NR. Dr. T o n č i c : Wir kommen nun zur zweiten Gruppe der Anträge, es sind dies nur die Anträge 12 und 13.

Der Antrag 12 betrifft die Einlösung der anlässlich der letzten Wahl gegebenen Versprechungen. Diesen Antrag haben wir abgelehnt, und zwar nur deshalb, weil er bereits im Antrag 11, dem wir zugestimmt haben, enthalten ist.

Der Antrag 13, betreffend das Personenwahlrecht, haben wir ebenfalls abgelehnt, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß sich in Österreich auf Grundlage des Listenwahlrechtes allmählich ein für die österreichischen Verhältnisse spezifisches Wahlrecht ent-

^{hat}wickelt und daß es schon besser ist, wenn ein Land sich seine eigenen Institutionen herausbildet, als wenn es Institutionen anderer Länder wahllos kooptiert. Ich bitte also, darüber abzustimmen.

Vors. G r o b e r: Ich lasse also, da keine Wortmeldung vorliegt, über die Ablehnung dieses Antrages abstimmen. (Abstimmung und Gegenprobe.) Bloß eine Stimme gegen die Ablehnung.

Ref. Nr. Dr. T o n č i ć: Die dritte Gruppe der Anträge umfaßt diejenigen Anträge, die wir an die Bundesparteilung weitergeleitet haben, und zwar dies aus folgendem Grund: Die Anträge behandeln Materien, die nicht in wenigen Stunden durchberaten und einer Entscheidung zugeführt werden können. Es ist besser, wenn diese Angelegenheiten einer eingehenden Prüfung unter Herbeiziehung von Fachexperten und vor allem von Vertretern aus den Bundesländern unterzogen werden. Dies ist der einzige Grund, weshalb wir diese Anträge, die ich nun verlesen werde, an die Bundesparteilung weitergeleitet haben.

Zunächst zwei Anträge aus Tirol, die Anträge 8 und 14; sie betreffen die Unterstellung der Arbeitsämter, der Landesinvalidenämter und der Wildbachverbauungen unter den Landeshauptmann, beziehungsweise die Arbeiterkammerwahlen.

Ein Antrag der Landesparteilung Oberösterreich (Nr. 7a) handelt von der Wiederherstellung der Finanzhoheit von Ländern und Gemeinden,

der Antrag Nr. 9, der Landesparteilung Steiermark vom Verhältnis Partei - Mandatare und

der Antrag der Landesparteilung Vorarlberg (Nr. 15) von der Sicherstellung der Wahlmöglichkeit für Auslandsösterreicher.

Von der Landesparteilitung Salzburg wird die rigorosere Handhabung der Filmzensur verlangt. (Nr.38)

Von der Österreichischen Jugendbewegung wird im Antrag Nr. 31 die Ausbildung der Jugend an den Kunsthochschulen und in einem zweiten Antrag (5 a), der uns, glaube ich, allen recht am Herzen liegt, die Wiedereinführung der alten Hydn-Hymne in Österreich gefordert. (Lebhafter, langanhaltender, sich wiederholender Beifall und Bravorufe.)

Meine Damen und Herren! Ihr Applaus beweist, dass Sie der gleichen Ansicht wie der Ausschuss sind. Wenn aber der Ausschuss den Antrag an die Bundesparteilitung weitergeleitet hat, dann nicht deswegen, weil es strittig sein könnte, welchen Text man zu dieser Hymne singt, sondern ausschliesslich deswegen, weil es unter den derzeitigen Verhältnissen gesetzlich nicht möglich ist, diesen von uns allen als richtig erkannten Schritt durchzusetzen, so dass also eine derzeitige Behandlung erfolglos wäre, ja der endgültigen Regelung der Frage in unserem Sinne schädlich sein könnte. Daher soll die Bundesparteilitung den richtigen Zeitpunkt für die Durchführung dieser Massnahme ausfindig machen.

Schliesslich haben wir den Antrag Nr.34: Intensivierung des Kulturreferates und Unterstützung kultureller Bestrebungen.

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, über diese Anträge die Abstimmung durchzuführen.

Vorh. G r u b e r : Es hat sich niemand zum Wort gemeldet. Ich lasse daher abstimmen. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, zur letzten Gruppe zu referieren.

Ref.NR.Dr. T o n Ć i Ć : Ich komme jetzt zur letzten Gruppe. Das sind diejenigen Anträge, die wir alle zusammen in eine Schlussresolution, die ich Ihnen verlesen werde, eingefügt haben. Ich bitte daher, die Abstimmung erst nach der Verlesung dieser Resolution durchzuführen.

Ich verlese jetzt die Anträge, die in die Resolution eingebaut sind, zunächst eine ganze Reihe von Anträgen der Landesparteil~~itung~~ Oberösterreich: 21a, betreffend die Heimatvertriebenen; 28a, Schulgesetzgebung; 25b, ein Bekenntnis zu einem geeinten Europa; 25a, Wiederherstellung der Gleichheit aller Staatsbürger; 40a, die fakultative Eheschliessung, und schliesslich 20a, die Vereinfachung der Verwaltung.

Ferner drei Anträge der Landesparteil~~itung~~ Salzburg, einer wiederum das Ehe~~recht~~ betreffend - es wird eine dringende Novellierung gefordert, das ist Nr.39 - ; die Anträge 6 und 7, betreffend die Stärkung des Rechtsstaatsgedankens in Österreich und das Verhältnis von Föderalismus und Zentralismus. In diesem Antrag kommt der Satz vor, den gestern unser Landeshauptmann gesagt hat: Im Bewusstsein der Österreichischen Volkspartei gibt es keine Ennslinie! (Zustimmung.)

Die Landesparteil~~itung~~ Kärnten beantragt, das Recht auf freie Sch~~ul~~wahl anzuerkennen (Antrag Nr. 29).

Das Burgenland stellt einen Antrag Nr.4 auf Verstärkung des Solidarismus, das Bundesland Steiermark auf eine Verstärkung der christlichen Weltanschauung(Antrag Nr.5). Kärnten einen Antrag, betreffend die Volksdeutschenfrage (Antrag 22); einen ähnlichen Antrag stellt die Steiermark(Nr.23). Schliesslich verlangt ein weiterer Antrag (Nr.21) die Lösung des Heimatvertriebenenproblems.

Der Antrag Nr. 18 betrifft die Durchführung der Verwaltungsreform; zwei weitere Anträge des Arbeiter- und Angestelltenbundes, Landesgruppe Kärnten, betreffen das Eherecht im gleichen Sinn wie die früheren Anträge - das ist Antrag Nr. 40 -, und der Antrag Nr. 19 betrifft die Verwaltungsreform. Auch der Antrag Nr. 20 der Landesparteileitung Steiermark betrifft die Verwaltungsreform, und schliesslich und endlich betrifft der Antrag Nr. 3 der Österreichischen Jugendbewegung die Ideologie der Partei. Er fordert im Sinne des Solidarismus, des christlichen Denkens und Handelns die Verwirklichung einer vom modernen Katholizismus bestimmten Politik.

Dies sind die Anträge, die wir in die Schlussresolution eingebaut haben. Ich werde Ihnen nun diese Schlussresolution verlesen, damit Sie sehen, dass wir dieses Gedankengut in die Schlussresolution aufgenommen haben. Die Resolution lautet:

Österreich und Recht und Freiheit.

In entscheidungsvoller Zeit hat die Österreichische Volkspartei ihr oberstes Organ, den Bundesparteitag, nach Salzburg einberufen. Die gewählten Delegierten aus ganz Österreich, aus allen Berufsgruppen und Altersklassen, haben sich vom 2. bis 4. März in der Salzachstadt zusammengefunden, um in demokratischer Art die bisherigen Ergebnisse der Arbeit unserer Partei zu überprüfen und die Richtlinien für die zukünftige Parteiarbeit festzulegen. Alle Teilnehmer waren sich bewusst, dass in den Jahren seit dem Wiedererstehen Österreichs Grosses und Schweres geleistet wurde, wofür allen jenen, die in dieser Zeit die Verantwortung mitgetragen haben, Dank gebührt; aber ebenso

bewusst waren sich alle, dass noch grosse und schwere Arbeit vor uns liegt, die gemeistert werden muss, wenn wir Österreich erhalten und einer glücklichen Zukunft entgegenführen wollen.

Um diesem Ziel zu dienen, haben die Delegierten der Österreichischen Volkspartei auf der Salzburger Tagung nach eingehenden Beratungen ein Arbeitsprogramm beschlossen, das folgenden Wortlaut hat:

Gerechtigkeit für Österreich!

Fast sechs Jahre sind seit der Wiedergeburt unseres Staates vergangen, aber die Signatarmächte der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 haben ihr Wort noch immer nicht eingelöst. Wir sind nach wie vor ein besetztes Land und nicht Herr ^{eigenen} unseres/Schicksals. Wir betrachten diesen Zustand nicht nur als einen Rechtsbruch, sondern auch als eine Gefährdung des Weltfriedens. Wir verlangen daher nochmals mit aller Entschiedenheit von den verantwortlichen Mächten dieser Welt, dass sie uns endlich Gerechtigkeit widerfahren lassen. Der Abschluss eines gerechten österreichischen Staatsvertrages bleibt unser oberstes Ziel.

Für Frieden und Freundschaft mit allen Völkern.

Die ganze Welt sehnt sich nach Frieden. Auch unser Volk wünscht nichts sehnlicher, als in Frieden und Freundschaft mit der gesamten ^{übrigen} Welt leben zu können. Wir verabscheuen den Krieg, weshalb unsere Aussenpolitik jede Möglichkeit wahrnehmen muss, um dem Gedanken des Friedens zu dienen.

Mit Entschiedenheit wenden wir uns aber gegen den Missbrauch des uns allen heiligen Friedensgedankens für die Zwecke einer bestimmten politischen Partei, deren Ziele die ganze Welt, als mit wahrer Friedensgesinnung unvereinbar, längst erkannt hat. Die Sehnsucht der Völker nach Frieden darf nicht politisch missbraucht werden. (Beifall.)

Für die Einigung Europas.

Wir erblicken in der Einigung Europas eine Voraussetzung für die Erhaltung der christlich-abendländischen Kultur und für die Gesundung unseres Erdteiles, der durch zwei Weltkriege schwer gelitten hat. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit von Staat zu Staat entspricht auch dem Geiste des Solidarismus, der die ideologische Grundlage unserer Partei bildet.

Für christliche Lebensart.

Es entspricht dem Geist des Solidarismus, die Grundsätze des Christentums in den Beziehungen von Mensch zu Mensch anzuwenden. Über konfessionelle Schranken hinweg treten wir dafür ein, dass christlicher Geist in unserem Lande lebendig bleibe.

Insbesondere müssen die Grundlagen dafür gelegt werden, dass unsere Jugend in diesem Geiste erzogen wird. Wir verlangen daher, dass ein neues Schulgesetz geschaffen wird, welches sowohl dieser Forderung wie auch den allgemeinen Grundsätzen der Demokratie, insbesondere der Freiheit und der Anerkennung des Elternrechtes Rechnung trägt.

Wir verlangen auch die staatliche Anerkennung aller vor den gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften geschlossenen Ehen.

Der bisherige Zustand ist undemokratisch und für die Religionsgemeinschaften diskriminierend. (Zustimmung.)

Gesunde und kinderreiche Familien sind die Voraussetzung für ein gesundes und geordnetes Staatswesen. Die Gründung und Erhaltung der Familie ist daher von der Gemeinschaft zu fördern. (Zustimmung.)

Jeder Österreicher liebt die Freiheit; nur eine wahre Demokratie entspricht seinem Wesen. Die Österreichische Volkspartei wird daher stets für die Erhaltung der demokratischen Staatsform eintreten und alle jene Tendenzen bekämpfen, die dem Volke seine Freiheit ~~h~~rauben wollen. Wir bejahen die Form des Mehrparteien-Staates und treten für die Ermöglichung der Listenkoppelung ein.

Mit Befriedigung hat der Bundesparteitag festgestellt, daß die Prinzipien des Rechtsstaates im Laufe der letzten Jahre in unserem Staatswesen immer stärker verankert wurden. Dennoch gibt es auf verschiedenen Rechtsgebieten noch ungeklärte ~~und~~ oder unbefriedigende Zustände. Dies gilt insbesondere auf dem Gebiet der Wiedergutmachung für die politisch Geschädigten, der Rückstellungsgesetzgebung und in der NS-Frage. Hier Wandel zu schaffen und die Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit wieder voll in Geltung zu setzen, wird eine der nächsten Aufgaben der Zukunft sein. Insbesondere muß auch die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz wiederhergestellt werden. Aus diesem Grunde müssen die letzten Reste der NS-Gesetzgebung beseitigt werden.

Um Ruhe und Ordnung sowie die Sicherheit des einzelnen zu garantieren, wird es nötig sein, im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten unsere Polizei und Gendarmerie auf einen ausreichenden Stand zu bringen. Niemals darf jedoch die Exekutive zu einem Machtinstrument einer politischen Partei werden, sie hat

vielmehr dem ganzen Volk zu dienen.

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur Einheit Österreichs unter Berücksichtigung eines gesunden Föderalismus. Wir treten dafür ein, daß berechnigte Sonderinteressen der Länder in Anwendung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen beachtet werden.

Für saubere und einfache Verwaltung.

Wir treten daher für eine organische Verwaltungsreform ein, die nach dem Grundsatz durchzuführen ist, daß eine einfache Verwaltung gleichzeitig auch die beste und billigste ist. Dazu gehört, daß der Staat sich auf seine ureigensten Aufgaben ^{zu} beschränken hat. Dies gilt in gleichem Maß für Bund, Länder und Gemeinden sowie für Staatsbetriebe und für alle verstaatlichten Unternehmen. Wir werden in Zukunft mehr als bisher darauf ^{zu} achten haben, daß unser Verwaltungsapparat den Bedürfnissen des Volkes und den finanziellen Möglichkeiten des Staates angepaßt wird. Dadurch wird es möglich sein, Angehörigen des öffentlichen Dienstes ^{je} Lebenshaltung zu sichern, auf die sie im Hinblick auf ihre besondere ^{im Staate} Stellung/und ihre erhöhte Verantwortung Anspruch haben.

Der Bundesparteitag begrüßt es, daß ^{es} in letzter Zeit gelungen ist, den wiederholten Forderungen der Österreichischen Volkspartei nach Gleichstellung der Heimatvertriebenen auf arbeitsrechtlichem und sozialrechtlichem Gebiet zum Durchbruch zu verhelfen. Wir wollen den Vertriebenen in Österreich eine neue Heimat bieten, nicht darauf warten, bis ihr Status durch internationale Abmachungen geklärt ist.

Das österreichische Volk an seiner Spitze die Österreichisch Volkspartei ist sich der unerschöpflichen und ewigen Werte seiner jahrhundertelangen Vergangenheit bewußt. Es bekennt sich zu seiner Unabhängigkeit und fordert seine uneingeschränkte Souveränität. Die ganze Welt aber, die für Frieden und Fortschritt eintritt, möge uns helfen in unserem gerechten Kampf."

Ich bitte nun den Vorsitzenden, über diesen letzten Antrag einschließlich der Schlußresolution die Abstimmung durchzuführen.

Vors. G r u b e r : Ich eröffne nunmehr über diesen Anträge, die in der Resolution eingebaut sind, und über die Resolution selbst die Wechselrede.

Es meldet sich niemand zum Wort. Ich lasse daher abstimmen.
(Abstimmung und Gegenprobe.) Einstimmig angenommen.

Bevor wir den heutigen Arbeitstag beenden, möchte ich noch eine Durchsage machen. Heute um 8 Uhr abends, also um 20 Uhr, findet hier in dieser Saale ein Kameradschaftsabend statt.

Ich erlaube mir, Sie daran zu erinnern: Morgen um 8 Uhr früh findet in der Kollegienkirche am Universitätsplatz eine heilige Messe statt.

Um 9 Uhr pünktlich beginnt die Vollversammlung des Bundesparteitages. Ich bitte die Delegierten und Gäste, pünktlich zu erscheinen.

Ein arbeitsreicher Tag findet nunmehr seinen Abschluss. Ich glaube, dass der heutige Tag einige Höhepunkte gebäch^t hat, Höhepunkte, die vor allem in dem überwältigenden Ergebnis der Wahl des Parteioh^mannes, aber auch des Parteivorstandes gelegen waren, Höhepunkte auch in den Referaten der Bericht-erstat^tter und in den Resolutionen. Ich glaube, dass es recht ist, wenn wir heute mit dem Programm etwas früher fertig geworden sind, um uns gewissermassen für den morgigen Tag zu rüsten, für den Höhepunkt des Bundesparteitages 1951 überhaupt.

Ich darf auch eines erfreulicherweise feststellen: zum Unterschied gegenüber früheren Jahren ist festzustellen, dass die Aufmerksamkeit der Teilnehmer nicht geringer, sondern eher grösser geworden ist, wenn auch manchmal die Glocke geläutet wurde und gewissermassen zur Ruhe mahnen musste. Wir können in dieser Richtung doch einen Fortschritt feststellen.

Damit sind die Beratungen für heute beendet.
Schluss der Beratungen: 17 Uhr 45 Minuten.

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

des

3. Bundesparteitage

der

Österreichischen Volkspartei.

Abgehalten vom 2. bis 4. März in Salzburg, Stieglbräu.

1951

3. Tag.

Arbeitsgemeinschaft
der
PARLAMENTSSTENOGRAPHEN
Wien I., Parlament
Tel. A 19 500

die Pragmatische Sanktion, die die Erbfolgerechte, der Nachfolger, festgelegt hat. Als dann die erste Republik kam, wurde das Amt des Staatsoberhauptes eigentlich zu einem Nebeneinkommen des Nationalratspräsidenten degradiert. Erst die Neuordnung unserer Verfassung, die dem Bundespräsidenten wieder Rechte verleiht, hat auch ausgesprochen, dass der Präsident dieses Staates vom ganzen Volk, diesmal ohne Unterschied der Länder, bei Wahlpflicht gewählt werden soll.

Darin liegt nun die historische Bedeutung in der tausendjährigen Geschichte - ein erstmaliges Geschehen!

Lassen Sie mich auch darauf hinweisen, in welchen Zeitläuften wir sind. Wir wollen weder die aussenpolitische Situation noch die innerpolitische Situation hier des weiten erörtern. Wir wissen, wir leben in einer Zeit der Krise, und da brauchen wir einen Mann, der fähig ist, wirklich Haupt dieses Staates zu sein. Sie wissen, dass die unangenehmste Seite einer Wahl die Kandidaturen sind, aber ich kann Sie versichern: Obwohl es sich hier um das höchste Amt handelt, obwohl es sich um ein erstmaliges Tun handelt, war noch nie eine Kandidatur so leicht wie dieses Mal. Nicht zwei Minuten brauchte der Politische Ausschuss zur Nominierung.

Ich stelle Ihnen, meine verehrten Männer und Frauen, daher den Antrag, den Vorschlag des Politischen Ausschusses anzunehmen: Wir schlagen Ihnen als Bundespräsidenten den Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Heinrich Gleissner, vor!

(Die Versammelten erheben sich von ihren Sitzen und spenden dem im Saale anwesenden nominierten Dr. Gleissner minutenlangen, sich stets wiederholenden stürmischen Beifall. - Zwei Delegierte heben ihn auf ihre Schultern und tragen ihn zum Präsidium.) - ~~Präsidentenamt~~

Vors. Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben den Vorschlag des politischen Ausschusses vernommen. Sie haben durch ihren frenetischen Jubel mir beinahe schon - möchte ich sagen - vorweggenommen, eine Abstimmung durchzuführen.

Aber ein Wort darf ich doch dazu sagen. Wenn heute die Österreichische Volkspartei als die stärkste Partei dieses Landes dem österreichischen Volke einen Mann namhaft macht, der ihrer Überzeugung nach der Mann für Österreich, der Mann ist, der wirklich pater in patriae sein kann, wenn wir auf unseren Freund Heinrich Gleissner gekommen sind, so wissen wir, wer Gleissner in Österreich ist. (Stürmische Zustimmung.)

So wie die Österreichische Volkspartei in den letzten fünf Jahren alles für Österreich getan hat, so tun wir es auch in dieser entscheidenden Stunde, da wir den besten Mann unserer Partei aus der aktiven Landespolitik, aus der Parteipolitik herausnehmen und ihn dem ganzen Volke zur Verfügung halten. (Anhaltender Beifall.) Wir verzichten auf unseren besten Mitarbeiter. Wir bringen als Partei dieses Opfer für das Volk, weil wir wissen: Gleissner hat in sich die Fähigkeiten, er ist innerlich so stark verantwortlich, dass er als Staatsoberhaupt nicht mehr der Volksparteiler sein wird, sondern dass er dann eben der Österreicher sein wird. (Langanhaltender Beifall.) Sein Leben war bis zur Stunde immer nur eine Linie: immer konsequent österreichisch! Er schwankte niemals, nicht in seiner Jugend, nicht in seiner Hochschulzeit, nicht in der ersten Kriegszeit, nicht in der ersten Republik, nicht in der zweiten Kriegszeit und auch jetzt nicht. Er war immer der verantwortungsbewusste, der von hoher sittlicher Kraft getragene Pflichterfüller für sein Vaterland. (Starker Beifall.)

Weil wir, Freunde, unseren Gleissner so gut kennen, so kann ich jetzt zur Abstimmung kommen. Aus Ihrem tosenden Beifall, aus Ihrer fanatischen Begeisterung sehe ich, dass Sie alle fühlen, dass wir, wenn Sie dem Antrag frisch zustimmen, in Gleissner den österreichischen Patrioten, den guten Kämpfer für Freiheit und Recht und den Bürgen für Österreichs Stellung als souveräner Staat in der Welt haben. In diesem Sinne darf ich, verehrte Parteifreunde, die Frauen und Herren, die mit dem Antrag einverstanden sind, bitten, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. (~~Abstimmung und~~ Gegenprobe.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme. (Stürmischer, anhaltender Beifall. Die Delegierten erheben sich applaudierend.)

Verehrter Parteifreund! Ich darf Dich nun herzlichst beglückwünschen und Dich bitten, die Wahl anzunehmen, wenn ich auch weiss, dass die Oberösterreicher jetzt in ihrem Herzen ein bisschen Schmerz empfinden, weil sie ihren Landeshauptmann allen Österreichern geben sollen. Der oberösterreichische Landeshauptmann muss uns der Garant der Österreicher sein. (Schüttelt Landeshauptmann Gleissner glückwünschend die Hand.)

Landeshauptmann Dr. Gleissner (mit stürmischem Beifall begrüsst): Herr Bundesparteiohmann, verehrte Ehrengäste, liebe Parteifreunde. Ich bitte Sie alle um die Erlaubnis, dass ich in diesem Augenblick der inneren Bewegung und Ergriffenheit davon absehen darf, politische Erklärungen abzugeben. Ich möchte nur ein paar schlichte, menschliche, persönliche Worte aus ganzen Herzen an Sie richten, ein Wort des Dankes, eine Versicherung und eine Bitte; ein Wort des Dankes nicht allein dafür, dass Sie mich jetzt gewählt haben. Sie werden es mir glauben, dass niemand, der ein ähnliches Schicksal wie ich hatte - es sitzen deren in dieser Saale sehr viele -, nach massigen Würden strebt, dass der sich irgendwie nach höherer Verantwortung drängt. Zu nahe waren in unserem Leben Höhe und Absturz, Hosianna und erneifige.

Ich habe mich in der letzten Woche, in der der Kelch, den ich heute leere, immer näher an mich herangerückt ist, sehr ernsthaft und reiflich geprüft, und ich darf Ihnen sagen: Ich bin mir der Grenzen meiner Fähigkeiten wohl bewusst.

Ich sehe in und ausser diesem Saale Männer, denen Würde und Fähigkeit für diese Stelle in höherem Masse zukommen würde.

Sie glauben es mir auch, dass es mir sehr schwer fällt, aus meiner oberösterreichischen Heimat wegzugehen. (Lebhafter Beifall bei den oberösterreichischen Delegierten.) Mir ist so wie einem Bauern, dessen kleines Haus man mit einem grösseren vertauschen will und der doch in jeden Obstbaum und in jede Ackerfurche ein Stück seines Herzens hineingelegt hat. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wofür ich Ihnen danken will aus ganzem Herzen, das ist für diese Welle des Vertrauens, der Freundschaft, der Zuversicht, der Hoffnung, die mir aus Ihrem Kreise jetzt entgegengeschlagen hat. (Starker Beifall.) Sie wissen nicht, welche Kraft Sie mir dadurch geben. Und wenn ich hier Hunderte unserer Parteifreunde sehe, die mich kennen, vielfach von Jugend an, die mein ganzes Leben kennen und die trotzdem, trotz aller Schwäche und ~~Irrtümlichkeiten~~^{ern} ~~noch~~ glauben, dass ich fähig bin, diese Stelle auszufüllen, dann muss ich sagen, erleichtert mir das die Entscheidung; und wenn ich noch dazu sehe, wie jeder unserer Vertrauensmänner, wo immer er steht, ohne Dank seine Verantwortung trägt, dann habe ich gar kein Recht, meine Verantwortung, die Sie mir übertragen, abzulehnen. (Stürmischer Beifall.)

So übernehme ich schweren Herzens den Auftrag, aber von diesem Augenblick mit dem festen und energischen Entschluss, meine ganzen Kräfte der Erfüllung dieses Auftrages zu widmen. (Sich erneuernder stürmischer Beifall.) Vielleicht kommt mir eines dabei zugute: Ich habe in den vergangenen Jahren in meiner Tätigkeit in

Oberösterreich mich immer bemüht, eine politische Atmosphäre des gemässigten Klimas zu erreichen. Wir haben in Oberösterreich über Parteischranken und Parteibrillen hinaus Brücken von Mensch zu Mensch geschlagen, wir haben versucht, Politik ohne Hysterie zu machen, und haben immer versucht, den Weg der Mitte und des Masses zu gehen. Es ist mein sehnlichster Wunsch, dass mir dies auch in meinem neuen Wirkungskreis gelingen möge. (Lebhafter Beifall.)

Ich glaube sagen zu dürfen, dass ich mich über die Grenzen der Volkspartei hinaus als Kandidat aller der Österreicher fühle, die dieses Land in gleicher Weise lieben wie wir und die die Garantie haben wollen, dass dieses Land seine freie Lebensform nicht verliert. (Starker Beifall.)

Und nun noch eine Bitte. Liebe Parteifreunde! Loben Sie mich in der Wahlkampagne nicht zu viel! (Heiterkeit.) Ein Mann verträgt viel eher den Tadel wie das Übertriebene Lob. Aber ich will noch eher das Lob ertragen als dass Sie einen Gegner schmähen! Denken Sie daran, dass diese Wahl um kein Parteiprestige sondern um das Staatswohl geht und dass der Kampf um das Staatsoberhaupt so geführt werden muss, dass hernach jeder - auch der ihn nicht gewählt hat - Achtung vor dem Gewählten haben kann. (Anhaltender Beifall.)

Nun, liebe Freunde, möchte ich noch ein Schlusswort zu Ihnen sagen: Vergessen Sie nicht, dass es in diesem Kampf, den wir um unser Land führen, auf eines ankommt, nämlich auf den Mut, mit dem wir vor keiner Gefahr weichen! (Starker Beifall.)

Ich erinnere Sie daran, dass wir, die Älteren unter Ihnen, zweimal vor dem Untergang des Landes standen und dass erwachsene Männer zweimal schluchzten, als sie in einem Herbst nach vier Jahren ungeheurer Anstrengungen in die Gefangenschaft abgeführt wurden und als sie in einem Frühjahr nach einem erbitterten Kampf um das Land in die KZs abgeführt wurden. Wir wollen daran denken, was für Tränen wir um unser Vaterland vergossen haben, was für Sorgen wir gehabt und was für Leid wir erlitten haben.

Wir wollen nicht vergessen, dass Österreich nicht im Jahre 1918 entstanden ist (stürmische Zustimmung), sondern dass es ein Jahrtausend besteht (stürmischer, sich erneuernder Beifall) und dass im wechsellvollen Lauf der Geschichte immer wieder Höhen und Tiefen zu verzeichnen waren, Freud und Leid, Not und Glück! Denken wir daran, was dieses

Jahrtausend uns zuruft! Es ruft uns zu: Auch Eure Zeit, die Ihr jetzt lebt, ist nicht das Ende der österreichischen Geschichte! An Euch liegt es, ob es ein neuer Anfang ist! (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Verlieren wir nicht die Zuversicht und den Mut, auf dass unsere Väter uns segnen und noch späte Geschlechter uns preisen! Denken wir nicht nur in die Vergangenheit, schauen wir nicht nur in diese zurück! Nehmen wir alles in unsere Reihen auf, was durch die Erschütterungen dieser Jahre reifer und wesentlicher geworden ist und was auch weiss, dass es sich auszahlt, um diesen Heimatboden zu kämpfen!

Denken wir daran, dass es auf die Dauer keinen Frieden gibt, wenn irgendwer in dem Lande unter ungleichen Rechtsverhältnissen oder Diffamierung leben soll. (Starker Beifall.) Kein Staat und kein Land duldet, dass Soldaten, die Schweres mitgemacht haben, die furchtbare Opfer gebracht haben - gleichgültig, ob man eine politische Ideologie anerkennt oder ablehnt, ob man den Krieg bekämpft oder nicht -, nicht geachtet und ihre Opfer nicht anerkannt werden und dass sie nicht in Ehren rehabilitiert werden. (Anhaltender starker Beifall.)

Liebe Freunde, noch eines: Wie werden wir den Kampf um die Erhaltung Österreichs führen? Ich glaube, die Zeit ist bei uns und in der Welt zu krank, um mit schwachen Arzneien helfen zu können. Wir müssen hier ganz andere Kräfte einsetzen, wir müssen die leeren Herzen wieder füllen, damit die Dämonie in unserer Zeit keinen Platz hat. (Stürmischer Beifall.) Die wirtschaftlichen Fragen sind wichtig, aber vergessen wir nicht: Es gibt Zeiten, in denen christlich handeln wichtiger ist als christlich glauben. (Starker anhaltender Beifall.) So muss das Unsichtbare in uns Christen sichtbar und fühlbar werden, und dann werden wir die grösste Revolution der Weltgeschichte, die Revolution der Herzen gewinnen und den Frieden auf Erden erreichen. (Stürmischer Beifall.)

Und jetzt bitte ich Gott, von dessen Gnade alles abhängt, dass er uns die Kraft gibt, die Wunden in unserem Lande zu schliessen, dass er uns in einer Zeit stärkster Unsicherheit und Bedrängnis die innere Sicherheit gibt, dass er uns und besonders mich den rechten Weg führe, damit unser österreichisches Vaterland

alle Fährnisse überwindet und damit unseren Kindern hier wieder eine reine Luft einer glücklichen und freien Heimat zur Verfügung steht. (Tosender, sich stets erneuernder Beifall und Händeklatschen. - Bundeskanzler Dr.Ing.Figl, das Präsidium und die ausländischen Delegierten beglückwünschen Landeshauptmann Dr.Gleissner zu seiner Nominierung zum Bundespräsidentenschafts-Kandidaten. - Die Kapelle intoniert das Lied "O Du mein Österreich", in das die Versammelten begeistert einstimmen. - Erneuter stürmischer Beifall.)

Vors. Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l: Hoher Bundesparteitag!
Wir kommen zum Schlusse unserer dreitägigen Beratung.

Wer Zeuge dieser letzten halben Stunde sein konnte, der muss in sich ein stolzes Gefühl haben, der muss glücklich sein, dabei gewesen zu sein, der muss in sich heute so viel Kraft und so viel Stärke haben, dass er wirklich sagt: Herr Gott, ich danke Dir, dass ich ⁱⁿ dieser Partei mitarbeiten kann! (Starker anhaltender Beifall.)

Und wer jetzt die Worte des Bundespräsidenten-Kandidaten gehört hat, der muss sich sagen: Keine Minute mehr gewankt, keine Minute verloren bis zur Entscheidung am 6. Mai! (Stürmische Zustimmung.) Wir sind es dem Vaterlande aber auch der Person schuldig, die sich nun mit solchem Bekenntnis und mit solcher Überzeugung zur Verfügung stellt, pater patriae zu sein, dass wir so viel arbeiten, dass es im ersten Wahlgang heisst: Gleissner Bundespräsident! (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Ich will diese Hochstimmung jetzt nicht beeinträchtigen und noch viele Worte machen. Ich will zum Abschluss nur ein paar Worte des Dankes sagen. Dank allen Parteifreunden, die diesen Tag vorbereitet haben, all den kleinen Angestellten, den Beamten, unseren Arbeitern der Partei, seien sie von der Bundesparteileitung hiehergekommen, seien es die braven Parteifreunde von Salzburg (lebhafter Beifall) mit ihrem Landesparteiobmann und Landessekretär Glaser und dem Landeshauptmann Dr. Klaus; allen braven Ordnern, die seit Tagen von früh bis nach Mitternacht in diesen Sälen und Zimmern ihre Arbeit, ihre Pflicht mit Freude ^{darf} erfüllt haben. Ich ~~danke~~ ihnen allen namens des neugewählten Parteivorstandes herzlichst Dank sagen. Dank aber auch den Freunden der Presse, die die Öffentlichkeit informiert.

Ich bitte sie nur, in objektiver Weise die Berichterstattung weiterzuführen.

Ich möchte auch allen in diesem Hause Beschäftigten, dem ganzen Personal mit dem Hausherrn selber, herzlichen Dank sagen.

Und wenn ich so allen, die ^{Paris} ~~zu~~ diesen Tagen gearbeitet haben, den Dank sage, dann darf ich auch unseren Freunden, die aus vielen Ländern Europas hiehergekommen sind - aktive Minister, Abgeordnete, Präsidenten, Generalsekretäre und sonstige Funktionäre - , dafür, dass sie aus England, aus Frankreich, aus Italien, aus der Schweiz, aus Belgien, aus Holland, aus Luxemburg, aus Westdeutschland und ^{als} unsere Nachbarn aus Bayern zu uns gekommen sind, herzlich danken für ihr Kommen. (Starker Beifall.) Ich danke ihnen auch für dieses Bekenntnis der Gemeinsamkeit, der gemeinsamen Idee, aber auch der gemeinsamen Verpflichtung, der gemeinsamen Verantwortung für die Menschheit in dieser Zeit. (Lebhafter Beifall.)

Und damit, verehrte Freunde, möchte ich auch Ihnen, meine Damen und Herren, Parteifreunde, die Ihr als Delegierte seit Freitag in der schönen Salzachstadt weilt, herzlich danken. Wir können, liebe Freunde, glaube ich, den Parteitag nicht besser beschliessen, als dass wir alle gemeinsam dafür sorgen, dass wir baldigst von der Angst und der Furcht vor der Zukunft befreit werden, dass wir wissen: wir dürfen nicht Angst, wir dürfen nicht Furcht haben für die Zukunft, wir dürfen nur den Mut und die Zuversicht in uns tragen, dass wir die Zeit meistern. (Lebhafter Beifall.)

Mit diesem Bekenntnis wollen wir die Heimreise antreten zur weiteren Arbeit für unser Österreich! (Anhaltender Beifall.)

(Eine Musikkapelle intoniert die Bundeshymne, die die Versammelten stehend mitsingen.)

Der Parteitag 1951 ist geschlossen! (Beifall.)

Ende der Beratungen: 13 Uhr.